

Parlamentarismus debatte

Pannekoek - Lukács - Rudas
Friedländer (Reuter)



Karikatur aus dem Reichstag vom Jahre 1901

Vorwort: Projektgruppe Räte, Berlin
Reprint: RÄTE-VERLAG

UNDERGROUND PRESS BERLIN 1968

Parlamentarismus debatte

*Keesyruelaan
Juni 1980*

Vorwort: Projektgruppe Räte, Berlin

Vorwort

Die Herausgabe dieser Broschüre erfolgt in einem Augenblick, in dem in der sozialistischen und radikaldemokratischen Opposition nach den Erfolgen ihrer außerparlamentarischen Aktionen die Frage nach einer Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen 1969 auftritt. Die Bildung der großen Koalition hat endgültig verdeutlicht, daß die Politik der etablierten Parteien sich nur noch um die Eroberung von Führungspositionen in der Machtstruktur des Staates kümmert, im Interesse der Funktionsbürokratie, jedoch nicht mehr um die Interessenvertretung der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten. In der Situation der Verstaatlichung der Parteien und Interessengruppen hat sich spontan ein antiautoritäres Lager herausgebildet, das nun nach einer gewissen Phase der Konsolidierung geeignete organisatorische Mittel sucht, um seinen politischen Einfluß in der Gesellschaft zu erweitern. In diesem Zusammenhang wird die Frage der Wahlbeteiligung als taktisches Mittel diskutiert. Im Verlaufe der Diskussion bezog man sich immer mehr auf die Taktik der Arbeiterbewegung in besonderen historischen Perioden, die dann unvermittelt und bruchstückhaft auf die politische Praxis der Gegenwart übertragen wurden, ohne den spezifischen historischen Stellenwert hervorzuheben und damit die Unterschiede aufzuzeigen.

Diese Broschüre enthält Aufsätze von Anton Fannekock aus dem 'Vorboten' (Düsseldorf 1916, Nr. 1) und aus der linkskommunistischen Zeitschrift 'Kommunismus' (Wien 1920), aus der auch die übrigen Aufsätze von Georg Lukács, L. Rudas und Paul Friedländer (Ernst Reuter) stammen.

I

Die Integration der subversiven Arbeiterpartei in die bürgerliche Gesellschaft und ihre Umwandlung in eine Volkspartei kennzeichnet die Problematik einer unbewußten und unreflektierten Teilnahme am Parlamentarismus.

Seit dem Erfurter Programm von 1891 war die deutsche Sozialdemokratie durch die Diskrepanz zwischen dem grundsätzlichen theoretischen Bekenntnis zum revolutionären Marxismus und maßvollen praktischen Gegenwartsforderungen gekennzeichnet. Bei verbaler Aufrechterhaltung des radikalen Endziels der sozialistischen Gesellschaft konzentrierte sich die praktische sozialdemokratische Agitation und Tätigkeit vor allem auf Reformen und Erfolge auf den Gebieten der Sozialpolitik und des Wahlrechts. Unter dem Einfluß des kautskyanischen Marxismus trennten sich Endziel und Bewegung, die durch die Organisation hätten vermittelt werden sollen. Im Laufe der Zeit verstärkte sich die Tendenz zur Umwandlung des Marxismus in eine Integrationsideologie mit ihrem typischen Nebeneinander von revolutionärer Proklamation und praktischer Anpassung.

Die institutionelle Voraussetzung für diese Entwicklung war die Konstruktion der Bismarckschen Reichsverfassung, die die politische Entschlei-

dung über die Reichspolitik der preußischen Regierungsadministration vorbehielt, sodaß der Reichskanzler, in Personalunion mit dem preußischen Ministerpräsidenten, unkontrolliert die Politik des imperialistischen Deutschland festlegte. Die Kontrolle dieser Machtstruktur durch den Reichstag war eine Fiktion, die Etatbewilligung brachte die Regierung keineswegs in Abhängigkeit von demokratischen Beschlüssen der Parteien. Trotzdem verfiel die Sozialdemokratie der Ideologie des Parlamentarismus und war von der formalen Möglichkeit der politischen Einflußnahme im Parlament so beeindruckt, daß sie die politische Tätigkeit auch während der Sozialistengesetze fast ausschließlich auf legale, parlamentarische Tätigkeit konzentrierte und mobilisierende außerparlamentarische Aktionen und Demonstrationen vernachlässigte. Dies führte zu der merkwürdigen sozialdemokratischen Synthese von Doktrinarismus, enger Interessenpolitik und dem Verzicht, den Herrschaftskonflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapital auszutragen. Zu dieser Mischung trugen aber auch die organisatorischen Strukturen und soziologischen Merkmale der deutschen Arbeiterbewegung bei. Die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratie im Kaiserreich ist gekennzeichnet durch folgende drei Merkmale:

1. die fast kontinuierliche Zunahme der Wähler bei den Reichstagswahlen und die dadurch bedingte Verstärkung der Parlamentsfraktion;
2. das Anwachsen der Mitgliederzahlen, wodurch eine breite Schicht von Berufspolitikern und Parteiangestellten entstand und die oligarchischen Tendenzen gegenüber der Parteidemokratie verstärkte;
3. die Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Das Prinzip der unbedingten Legalität, eine abstrakte Revolutionserwartung und die schon genannte Integrationsideologie waren Hauptmerkmale der politischen Einstellung der SPD. Das unbedingte Legalitätsprinzip fand seine ideologische Fundament in der durch wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungstendenzen begründeten Vorstellung von quasi naturgesetzlichem Anwachsen der politischen Macht der Sozialdemokratie. Diese fast als automatisch aufgefaßte Gesetzlichkeit der Proletarisierung der Massen und ihres politischen Überlaufens zur SPD sollte durch keine Politik der vorzeitigen Aktionen erschwert und behindert werden. Die unbedingte Erhaltung der Legalität sollte gerade die Vorbedingung der Revolution - die Entwicklung des Klassenbewußtseins durch politische Bildungs- und Gewerkschaftsarbeit und die Gewinnung bündnisfähiger Schichten - und das Funktionieren der Gesamtbewegung sichern und bedeutete damit keinen Verzicht auf Revolution und Machtübernahme, ließ aber die Revolutionserwartung immer abstrakter werden. Lukács bemerkt dazu, daß die äußere Form der Legalität der Organisation der Zweiten Internationale nur die notwendige Folge der innerlich legalen Ver-

haltensart der sozialdemokratischen Parteien dem Staat gegenüber gewesen sei: 'Die Parteien der Zweiten Internationale haben sich im Laufe der Entwicklung - allmählich und fast unmerklich - ganz auf den Boden der bürgerlichen Gesellschaft gestellt. Sie befanden sich allerdings ihr gegenüber fast ständig 'in Opposition', aber die legalen Waffen der Opposition sind immer stärker von Kampfmitteln einer defensiven Phase zum Wesen des Kampfes selbst geworden. Indem die Parteien der Zweiten Internationale die Ereignisse vom selben Standpunkt aus zu beurteilen anfangen, wie das Bürgertum, war es für sie ebenso unmöglich das Wesen der Entwicklung zu

durchschauen, wie es für dieses von vornherein unmöglich geworden ist.' (Organisationsfragen der Dritten Internationale. In: Kommunismus 1920, S.241f.). Damit wird die prinzipiell legale Opposition unfähig gemacht, das Wesen des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen; der Staat ist nicht mehr Gegner des Proletariats

in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern Objekt des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Die prinzipiell legale Opposition, die dem bestehenden Staat als eine im wesentlichen unveränderliche Grundlage anerkennt und ihre Opposition auf den Geltungsbereich des Bestehenden beschränkt, ist also ideologisch fundiert in der Vorstellung von der Klassenjenseitigkeit des Staates (vgl. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, S.261ff.). In dem Denken des sozialen Trägers der Integrationsideologie verwandelte sich die Organisationsaus einem Mittel der Aktion zum Selbstzweck. Indem die Institution wichtiger wurde als ihr Sinn, mußte auch jede Aktivität der Massen bedenklich erscheinen, die den 'gesetzlichen Rahmen' überschreiten und damit die Legalität der Bewegung gefährden könnte. Dessen ungeachtet wurde zumindest verbal in der Mehrheit der Partei an der Revolutionserwartung und an dem - formal bleibenden - Protest gegen den Kapitalismus festgehalten. Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Proklamierung der Burgfriedenspolitik sank die SPD offen zum integrierten Bestandteil des herrschenden Systems herab.

II

Erst die vollständige Integration der SPD in den bürgerlichen Staatsapparat und der Zusammenbruch des Imperialismus im I. Weltkrieg machte den Bruch zwischen radikaler, proletarischer Opposition und SPD möglich. Die Problematik der Debatte nach 1905 über den politischen Massenstreik und außerparlamentarische Aktionen erlangte in der Revolution von 1918 erneute Aktualität; die proletarischen Organisationen wurden als Instrumente des direkten Klassenkampfes gesehen, die die Arbeiter gegen die Gewalt von Reichswehr, Freikorps und Industriebürokratie mobilisierten. Aus den Organen der proletarischen Gegengewalt entstanden Organisationsformen - Parteien, Unionen und Bäte - die die revolutionäre Umwälzung in der Gesellschaft

vorbereiteten. Mit der Konsolidierung der kapitalistischen Herrschaft nach 1919 stand die neu entstandene KPD, die USPD und die Reste der Rätebewegung vor der taktischen Fragestellung, wie der Rückzug, aus der letzten Stufe des Kampfes, Eroberung der Staatsgewalt, in die zweite Phase, Belagerung der kapitalistischen Festung, politisch auszusehen hätte, welche Kampfformen in dieser Periode angebracht wären. In der theoretischen Diskussion bildeten sich zwei Hauptrichtungen, von denen die erste die parlamentarische Taktik vorschlug, ohne der gleichen Integrationsmechanik der Sozialdemokratie bis 1914 verfallen zu wollen. Die imperative Festlegung der Politik durch die Partei sollte verhindern, daß die Reichstagsfraktion Einfluß auf die Partei gewänne, sondern diese im Gegenteil angewiesen war, das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes und der proletarischen Propaganda zu benutzen, ohne die Interessen der Arbeiterklasse mit anderen Parteien auszuhandeln und zu modifizieren. Die Widersacher der Teilnahme am Parlament gingen nicht so sehr von der Disfunktionalität des Parlaments im kapitalistischen Staat aus, vielmehr betonten sie die soziologische Umwandlung der proletarischen Partei in eine Führerpartei, die in dieser Struktur die autoritären Verhältnisse in den bürgerlichen Parteien zwischen Führung und Gefolgschaft, den wortgewaltigen 'Opinionleader' und edem hingebungsvollen 'Parteiolk' nur noch reproduzierten, wenn in der Organisation als Kampforgan nicht gewährleistet war, daß die Träger des Kampfes permanent antiautoritär gegen den Kapitalismus mobilisiert wurden, eine permanente 'Kulturrevolution' gegen die Kulturwerte, die Sexualmoral und den Verhaltensnormen des Kapitalismus stattfand. Die Ziele der neuen Gesellschaft sollten in Ansätzen, in der Solidarität des Kampfes, in der proletarischen Partei schon verwirklicht sein. Die Wahlbeteiligung wurden nur als Startzeichen für Massenkampagnen begriffen, entweder als 'offensiver Wahlboykott' (Bela Kuhn), Revolutionierung des Parlaments (Rudas) oder antiparlamentarische Streikbewegungen für ein Räteystem (Pannekoek, ähnlich auch Lukács, der für ein Räteystem mit taktischen Modifizierungen eintrat). Die außerparlamentarischen Massenaktionen sollen weitgehend die parlamentarische Kompromißpolitik von bürokratischen Führeroligarchien ersetzen. Die Aufklärung in den Massenaktionen über die Gewalt und die Herrschaftsstruktur der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt erst das revolutionäre Selbstbewußtsein des einzelnen Arbeiters und ist die Vorbedingung für die Disziplin im Kampf.

III

Die Volksparteien des modernen 'Sozialstaates' bilden in ihrer Struktur als Staatsorgane und in ihrem Programm der Idylle der sozialen Sicherheit die plurale Fassung der 'Einheitspartei', die die einheitliche Herrschaft des Staates über die Bevölkerung verkörpert. Im disfunktionalen Parlament, dessen objektive Aufgaben der Kontrolle und Planung längst außerparlamentarische Gremien von Spezialisten und Sachbearbeitern' übernommen haben, wird lediglich

Pluralismus und Diskussion als ideologisches Schaubild vorgespielt, während den Entscheidungen akklamiert wird, die bereits gefallen sind. Das faschistische Ideal der 'Volksgemeinschaft' in seiner friedfertigen Version ist verwirklicht. Der gehorsame Untertan erfüllt hingebungsvoll die Anweisungen der bewährten Führung. Diese Integration hat zugleich eine ideologische Verfestigung zur Folge. Die Manipulation durch pluralistische Interessenskonflikte der verschiedenen Interessengruppen, die immer wieder die verschiedenen Schichten und Klassen der Bevölkerung beeinflussen konnten, verliert die Gesellschaft als Gesamtobjekt. Geringfügige politische Konflikte und Staatskrisen machen den Herrschaftsapparat anfällig und geben die Möglichkeit, gesellschaftliche Widersprüche bewußt werden zu lassen. Die eindeutige Funktion als staatliche Organe beeinflusst die Flexibilität und damit die pluralistische Anpassung der Parteien an die verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Dadurch können Randgruppen, Abteilungen der Klassen, aus der 'Volksgemeinschaft' ausbrechen, die dann je nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß die gesamte Herrschaftsstruktur dieser Gesellschaft in Frage stellen können. Radikaldemokratische Linksparteien oder Wahlkartelle, die sich dem Mechanismus der herrschenden Realpolitik anvertrauen, um mehr politischen Einfluß zu gewinnen, übernehmen objektiv Hilfsdienste der etablierten Parteien, die für die außerparlamentarischen Gruppen ihre integrierende, beruhigende Funktion verloren haben. Die gegenwärtig unorganisierte und pluralistische Form des anti-autoritären Lagers kennzeichnet zugleich die Anfälligkeit dieser außerparlamentarischen Opposition gegenüber bürokratischer Routine von seiten traditioneller Arbeitergruppierungen, die sehr leicht die Diskussion über die Strategie in den nächsten Jahren abfangen können, um sie in die 'erprobte' Taktik der Wahlbeteiligung und des parlamentarischen 'Kampfes' zu lenken, das heißt auf die Ebene der Interessenvermittlung von Führungseligarchien zu verlegen. Die Metamorphose des anti-autoritären Lagers zum rührig-treuerherzigen Wahlhelfer wäre die satirische Wiederholung der historischen Verwandlung der Linksinтеллекuellen von linken Kommunisten zu hingebungsvollen Stalinisten (Reval, Rudas usw.).

Die Verbürgerlichung der deutschen Arbeiter, Ergebnis des gescheiterten Emanzipationskampfes der Arbeiter nach 1945, woran SPD und KPD nicht unbeteiligt waren, kann nur aufgehoben werden durch Massenaktionen in den spezifischen Konfliktbereichen dieser Gesellschaft, an Universitäten und Schulen, in den stagnierenden Industriebranchen und wirtschaftlichen Notgebieten (Berlin, Ruhrgebiet, Norddeutschland). In diesen Massenaktionen der Aufklärung deuten sich zugleich Gegenstrukturen zur bestehenden Gesellschaft an, wodurch der Herrschaftskonflikt zwischen autoritärer Volksgemeinschaft und ihren Führungsmasken und den anti-autoritär sozialistischen Arbeitern und Studenten aktiviert wird. Die Diskussionen über Strategie und Taktik des anti-autoritären Lagers muß nicht nur historisch genetisch die Machtstruktur des 'Sozialstaates' untersuchen, sondern zugleich auch die Soziologie der Parteien aufnehmen, die mit dem Anspruch der Befreiung der Arbeiter in den historischen Prozeß eingetreten waren.

Projektgruppe Räte, Berlin
März 1968

Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats.

Von Anton Pannekoek.

I.

Der Ausbruch des ersten grossen Weltkriegs im Jahre 1914 hat zwei Tatsachen grell beleuchtet: erstens die *riesige Kraft des Imperialismus*, zweitens die *Schwäche des Proletariats*, namentlich seiner Vorhut und Führerin im Kampfe, der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder.

Der Imperialismus unterscheidet sich von dem alten Kapitalismus dadurch, dass er fremde Weltteile unter Notmässigkeit zu bringen sucht, um dort neue Märkte für Produkte, neue Bezugsquellen für Rohstoffe und vor allem neue Anlagegebiete für die überquellenden Kapitalmassen zu finden. In der letzten 20jährigen Prosperitätsperiode sind die Kapitalmassen riesig angeschwollen, und damit ist der Drang, sie in unentwickelten Ländern mit hohem Profit anzulegen, in der Bourgeoisie alles beherrschend geworden. Dabei treten die verschiedenen Bourgeoisien einander als Konkurrenten gegenüber; die neuaufgestiegene junge deutsche Bourgeoisie sucht überall Gebiete (Kolonien oder Einflussphären) zu gewinnen, sieht sich dabei durch die alten weltbeherrschenden Staaten, namentlich England, den Weg verlegt, wie in 1911 in Marokko, während sie selbst in Kleinasien das Vordringen Russlands hindert. Alle haben sich bewaffnet, um im Kampfe um die Verteilung der Welt ein entscheidendes Wort mitreden zu können: alle streben nach möglichst viel *Weltmacht*. Und dieses Streben riss überall allmählich die ganze Bourgeoisie mit sich. Alles, was noch an militärfeindlicher, fortschrittlicher oder radikaler Opposition unter dem Bürgertum vorhanden war, ging nach und nach mit, musste den steigenden Militärforderungen nachgeben oder sah sich von dem alten Anhang im Stich gelassen. In England so gut wie in Frankreich und in Deutschland schmolz die alte bürgerliche Opposition gegen den imperialistischen Kurs stets mehr zusammen auf einige Phrasen — denn man stimmte für die Flotte, für die Armee, für die Kolonialausgaben. In Deutschland war das Wachstum dieser Strömung in der Bourgeoisie am deutlichsten erkennbar, weil der *deutsche Imperialismus* seiner Art nach *aggressiv* sein muss: er hat noch alles zu gewinnen und fühlt sich stark, es zu gewinnen. In andern Ländern, wo der Imperialismus vor allem auf die Verteidigung des Besitzstandes zu achten hat, trat das weniger stark hervor; dort ist dieses Wachstum imperialistischen Strebens und Willens erst während des Krieges ganz deutlich hervorgetreten. Aber überall ist der Imperialismus in den letzten 20 Jahren zur herrschenden Politik aller grossen kapitalistischen Staaten geworden.

Nur eine Macht hielt sich abseits und bekämpfte den Imperialismus: die Sozialdemokratie als Vertreterin des Proletariats. Auf mehreren internationalen und nationalen Kongressen sprach sie in Resolutionen ihre Feindschaft gegen diese Politik aus. An der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen ist nicht zu zweifeln; die Gefahr, dass aus diesem imperialistischen Streben ein Krieg auflodern würde, kam jeden Tag näher, und ein solcher Weltkrieg bedeutete für die Arbeiterschaft das grösste Unglück, namenlose Opfer an Gut und Blut, Zusammenbruch ihrer internationalen Verbindung, wirtschaftlichen Niedergang auf lange Jahrzehnte. Deshalb machten internationale Kongresse auch den Kampf gegen den Krieg zur Hauptpflicht der sozialdemokratischen Parteien. Man brüstete sich bisweilen sogar damit, dass die Furcht der Regierungen vor der Sozialdemokratie den Krieg verhindere. Als aber die Regierungen im Jahre 1914 wirklich den Krieg wollten, stellten sich in den westeuropäischen Ländern der Widerstand der Sozialdemokratie als ein *wesenloser Schall* heraus. Und nicht einmal bekannte sie zähneknirschend ihre Ohnmacht, sondern sie ging mit dem Krieg mit, unterwarf sich dem Willen der Bourgeoisie, wurde patriotisch und stimmte den Kriegskrediten zu — ein völliger Bruch mit allem, was sie bisher als ihr Prinzip und ihre Taktik proklamiert hatte.

Wie war das möglich? Die Antwort ist wiederholt gegeben: Die Sozialdemokratie, das Proletariat war *zu schwach*. Das ist richtig, aber kann leicht falsch verstanden werden. Verteidiger der Haltung der deutschen Partei sagten auch: wir waren zu schwach, also konnten wir uns nicht widersetzen und mussten mitmachen. Aber wäre hier nur Mangel an materieller Kraft gewesen, so hätte man kämpfen und Widerstand bis zum äussersten versuchen können — wie zum Beispiel in Italien. Aber es war weit schlimmer: *man hat gar keinen Kampf versucht*. Die Schwäche war viel schlimmer: ein Mangel an Kampffähigkeit überhaupt, ein Mangel an geistiger Kraft, ein Mangel an Willen zum Klassenkampf. Dass die Partei, die bei den Wahlen nur ein Drittel aller Stimmen bekam, die in einem Volke von 70 Millionen nur eine Million Personen umfasst, von denen weitaus die Mehrzahl nur Beiträge zahlen, dass eine solche Partei die Bourgeoisie nicht besiegen und niederwerfen konnte, das wusste jedermann im voraus. Aber nach diesen Zahlen der äusseren Kraft wäre die Partei stark genug gewesen, eine grosse Bewegung gegen den Krieg zu entfesseln und der Kern einer mächtigen Oppositionsbewegung zu werden. Dass jeder Versuch dazu ausblieb, dass man kampflös die Waffen streckte, beweist, dass die Partei im *Innern morsch war und unfähig, ihre neuen Aufgaben zu erfüllen*.

Die sozialdemokratischen Parteien stammten aus den früheren Verhältnissen der vorimperialistischen Zeit; sie sind geistig und materiell an die Aufgaben des proletarischen Kampfes früherer Zeit angepasst. Ihre Aufgabe war, während des Aufwachens des Kapitalismus für Reformen zu kämpfen, soweit sie unter dem Kapitalismus möglich waren, und dazu und dadurch die proletarischen Massen zu sammeln und zu organisieren. Grosse Verbände und Parteien sind auch geschaffen worden; aber inzwischen entartete *der Kampf für Ver-*

besserungen stets mehr in ein Streben und Haschen nach Reformen um jeden Preis, zu einem Betteln und Kompromisseln mit der Bourgeoisie, zu einer beschränkten Politik der nächsten kleinen Vorteile, die auf die grossen Interessen der ganzen Klasse nicht mehr achtete und den Klassenkampf selbst aufgab. Unter dem Einfluss der gewaltigen Prosperität, die das schlimmste Elend der Arbeitslosigkeit stark einschränkte, trat in einem Teil des Proletariats ein Geist der Zufriedenheit, der Gleichgültigkeit gegen allgemeine Klasseninteressen auf. Der Reformismus beherrschte die Sozialdemokratie immer mehr und zeigte die Entartung und den Zerfall der alten Methoden an, gerade zu einer Zeit, als neue Aufgaben an das Proletariat herantraten.

Der Kampf gegen den Imperialismus stellte diese neuen Aufgaben dar. Gegen den Imperialismus kam man nicht mehr mit den alten Mitteln aus. Man konnte im Parlament seine Erscheinungen (Rüstungen, Steuern, Reaktion, Stillstand der Sozialgesetzgebung) kritisieren, aber beeinflussen konnte man die Politik nicht, da sie nicht von den Parlamenten, sondern von kleinen Gruppen von Personen (in Deutschland der Kaiser mit einigen Adelligen, Generälen, Ministern und Bankherren, in England drei oder vier Aristokraten und Politiker, in Frankreich ein paar Bankiers und Minister) gemacht wird. Die Gewerkschaften konnten sich gegen die mächtigen Unternehmerverbände kaum ihrer Haut erwehren; alle Geschicklichkeit der Beamten zerschellte an der granitenen Macht der Kartellherren. An den reaktionären Wahlgesetzen konnte durch Wahlen allein nicht gerüttelt werden. Neue Kampfmittel waren nötig. *Die proletarische Masse musste selbst auftreten mit aktiven Kampfmethoden.*

Es war im voraus nicht undenkbar, dass die Partei sich diesen neuen Bedingungen und Aufgaben anpasste und ihre Taktik umbildete. Zuerst wäre dazu nötig eine klare Einsicht, ein geistiges Erfassen des Imperialismus, seiner Ursachen, seiner Kraft und seiner Bedeutung. Zweitens musste die Masse selbst in den Kampf geführt werden, wo die Kraft der Parlamente nicht ausreichte. Ein kleiner Anfang wurde gemacht, als in dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Preussen die Massen so kräftig auf der Strasse auftraten, dass die Parteileitung selbst zurückschreckte vor der Grösse der neuen Kämpfe, die auf einmal als nächste Zukunft hervortraten, und von da an zu dämpfen anfang. Eine kleine Gruppe von *Linksradikalen* suchte die Partei auf diesem Weg der Massenkämpfe weiterzutreiben; einige suchten Verständnis für den Imperialismus zu wecken. Aber die führenden Schichten der Partei, die Leitung, die *Partieburkratie*, Kautsky und seine Freunde traten diesem Streben in den Weg. Für sie war der Imperialismus nur ein von einigen Grosskapitalisten genährter bürgerlicher Wahnsinn des Wetttrüstens, von dem man die Bourgeoisie durch gute Gründe abbringen müsse. Sie suchten ihr Heil in dem «Zurück zur alten bewährten Taktik», womit sie vergebens versuchten, den Revisionismus zurückzudrängen. Der neuen revolutionären Taktik stellten sie sich entgegen. Die *Bureaucratie der Beamten und Führer*, die natürlicherweise ihr eigenes Gruppeninteresse an der ruhigen und ungestörten Parteientwicklung mit dem Interesse des Proletariats indentifizierte, widersetzte sich mit aller

Kraft den « anarcho-syndikalistischen Abenteuern », in die die « Massenaktionäre » die Partei stürzen wollten. Geistig und materiell, durch die Presse, die Ämter und das Ansehen beherrschte die Parteibureaucratie die Partei. So kam es, dass das aus frühern Verhältnissen überlieferte Parteigebilde nicht fähig war, sich den neuen Aufgaben gemäss umzubilden. Es musste untergehen. Der Ausbruch des Krieges war die Katastrophe. Von den Ereignissen überfallen, betäubt und verwirrt, unfähig zu irgendeinem Widerstand, von den nationalistischen Schlagwörtern mitgerissen, ohne geistigen Halt, brach die stolzeste Organisation der Sozialdemokratie als Organ des revolutionären Sozialismus zusammen. Und mit ihr gingen fast alle sozialdemokratischen Parteien Europas, die zumeist schon längst innerlich vom Reformismus zerrissen waren, denselben Weg. In welcher Weise aus diesen Trümmern nachher eine neue Kampfmasse des Sozialismus emporkommen wird, muss der Zukunft überlassen bleiben. Wir können nur aus dem Zusammenbruch der alten Sozialdemokratie die Lehren ziehen, welche Aufgaben des Proletariats harren und in welcher Weise es imstande sein wird, sie zu lösen.

II.

Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus ist von jetzt an nur möglich als Kampf gegen den Imperialismus; denn eine andere Politik als die imperialistische kennt der moderne Kapitalismus nicht. Der Klassenkampf, der Kampf für den Sozialismus nimmt von jetzt an die Gestalt des Kampfes gegen den Imperialismus an. Aber als solcher bekommt er einen neuen, und zwar einen aussichtsvolleren Charakter. Neue Ausblicke des Sieges zeigen sich; ja, man darf ruhig behaupten, dass erst der Imperialismus die Bedingungen für einen Sieg des Proletariats, für die Herbeiführung des Sozialismus schafft.

Erstens macht der Imperialismus den Klassenkampf intensiver und allgemeiner. Der Imperialismus weckt alle Kräfte, die in der bürgerlichen Welt schlummern, er gibt der Bourgeoisie eine starke Energie und Begeisterung für ihre Weltmachtidesale, und das reißt grosse Massen mit. Das bedeutet zwar zuerst einen Zusammenbruch der Arbeiterbewegung, solange die Arbeiter in den alten Traditionen festsitzen und sich nicht zu der Höhe ihrer Zeit erhoben haben. Aber die Hoffnung des Sozialismus liegt nicht in der Unfähigkeit und Kraftlosigkeit der Bourgeoisie, sondern in der Fähigkeit und Kraft des Proletariats. Druck erzeugt Gegendruck; der Druck und die Energie von oben wecken schliesslich Erbitterung, Kampfesentschlossenheit, Energie von unten. Im alten Kapitalismus war der Wunsch, es besser zu haben, die Triebkraft des Kampfes; aber Millionen lebten in stumpfer Zufriedenheit weiter; der Wunsch nach Reformen konnte sie nicht zur genügenden Energie emportreiben. Jetzt drückt der Imperialismus ihre Lebenslage herunter, belegt sie mit steigenden Steuern, fordert immer grössere Opfer von ihnen, bis zur völligen Vernichtung; jetzt rüttelt die Verschlechterung ihres Lebens sie auf, jetzt müssen sie sich wehren. Es heisst nicht mehr: ich kümmere mich

nicht darum, denn ich bin zufrieden - man wird hineingezogen, der Imperialismus greift das Proletariat aktiv an. Und nicht nur die Proletarier; auch die Bauern und Kleinbürger, die sonst nicht allzuviel vom Kapital zu leiden hatten, müssen Gut und Blut für die imperialistischen Ziele des Grosskapitals hergeben. Alles wird in den Kampf gezogen, hüben oder drüben, keiner kann sich abseits stellen. Und da der Sozialismus nicht von einem kleinen Kern von Kämpfern inmitten einer unbeteiligten Volksmasse erkämpft und aufgebaut werden kann, sondern nur von dem *ganzen Volk*, schafft die Verallgemeinerung des Kampfes durch den Imperialismus erst die Bedingungen für den Sozialismus.

Zweitens macht der Imperialismus neue taktische Methoden notwendig. Wenn oft über die *Massenaktionen* als eine neue Taktik geredet wird, so kommt das nur daher, weil in dem Zeitalter des Parlamentarismus das richtige Augenmass für die Wirklichkeit verloren ging und der Glaube aufkam, Redenarten einiger Führer könnten eine Klasse zum Sieg bringen. Jede grosse Umwälzung in der Gesellschaft, jeder Übergang der Herrschaft auf eine neue Klasse war das Werk der Massen, der Klassen selbst, die sich den Sieg erkämpften. Der Parlamentarismus war ausschlaggebend während einer Vorbereitungszeit, als die Klasse erst gesammelt werden musste und nur erst mit Worten gekämpft werden konnte. Sobald genügend Kräfte gesammelt sind zu aktiven Angriffen, kommt die alte Wahrheit wieder zu ihrem Rechte, dass nur die Klasse selbst den Kampf führen kann. Und noch mehr gilt das, wenn neue Verhältnisse, neue gesellschaftliche Nöte die Massen zur Tat aufpeitschen. Sowie die französische Revolution zwar eine Folge des Emporsteigens der Bourgeoisie und des Vordringens neuer Ideen war, aber ihr Ausbruch gerade in jenen Jahren zugleich eine Wirkung schwerer Not der Massen und gesteigerter politischer Spannung war, so wirkt auch in der proletarischen Revolution das langsame Anwachsen des sozialistischen Gedankens zusammen mit der aufpeitschenden Wirkung bestimmter gesellschaftlicher Ereignisse.

Diese Not, diese Ereignisse werden vom Imperialismus erzeugt, und damit treibt er die Massen zum spontanen Handeln. Die Parlamente können in der Regel nichts tun, wo die Politik der regierenden Klasse gleichsam instinktiv und mechanisch zu den schwersten Bedrückungen oder Feindlichkeiten gegen die Massen führt, zu Teuerung, zu Lohnkürzungen, zu Steuern, zu Arbeitslosigkeit, zu politischer Reaktion, zum Krieg. Da kann nur die Masse selbst was tun. Bleibt sie verwirrt und unsicher, aktionslos, so helfen alle Proteste im Parlament auch nichts, und wehrlos muss sie alles über sich ergehen lassen. Will sie aber auftreten, dann muss sie als Masse auftreten, durch spontane oder vorbereitete Kundgebungen und Aktionen einen unmittelbaren Druck auf die Regierung ausüben; dieser Druck tritt als neuer politischer Faktor auf, da aus Furcht vor dem weiteren Anwachsen solcher Bewegungen die regierende Klasse ein Interesse daran hat, mehr oder weniger nachzugeben. Wiederholt kam es in den früheren Jahren vor, dass in verschiedenen Ländern ein geplantes Attentat auf das Koalitionsrecht durch eine Aktion der Massen, zum Beispiel

einen politischen Streik verhindert wurde. Wäre das deutsche Proletariat vor drei Jahren gegen die Teuerung oder im vorigen Jahre gegen den Krieg in gewaltigen Massen in Aktion getreten, so hätten sicher die herrschenden Klassen dem mehr oder weniger Rechnung tragen müssen.

Nicht nur gegen solche Nöte und Gefahren bildet die Aktion der Masse das einzige Mittel, das Erfolge ermöglicht, sondern auch wichtige Reformen sind in keiner andern Weise zu bekommen. In der ersten Zeit des Parlamentarismus wurde manche Reform gewonnen, weil das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen die herrschende Klasse erschreckte: sie fühlte die Grundlage ihrer Herrschaft wanken. Als sie aber bemerkte, dass es sich nur um ein Wählen, nur um eine oppositionelle Gesinnung handelte, dem keine weiteren Taten folgten, verschwand die Furcht und damit die Reformfreundlichkeit. «Oderint, dum metuant» gilt auch im Klassenkampf; rot wählen schadet uns nicht, wenn es nur dabei bleibt. Nur aus Furcht, dass sonst die Unzufriedenheit, die Macht, die Rebellion des Proletariats allzusehr wachsen werden, macht die herrschende Klasse Zugeständnisse. Mit dem Imperialismus, der der Bourgeoisie neue Zuversicht und Selbstvertrauen gab, hörten daher die Reformen auf. Kräftigere Mittel, Massenaktionen, sind jetzt nötig, Reformen zu gewinnen; und in Belgien, in Schweden, in Russland hat sich die Macht dieser Aktionsmethode zur Erringung neuer politischer Rechte schon bewährt.

Das bedeutet, dass der Gegensatz zwischen der revolutionären Taktik der Massenaktionen und der unrevolutionären Taktik des Nurparlamentarismus nicht im absoluten Sinne verstanden werden soll. Revolutionär ist alles, was die Macht der Arbeiterklasse vergrößert. Vor dreissig Jahren war daher der Parlamentarismus revolutionär, während damals der Versuch zu rebellischen Aktionen fruchtlos und daher unrevolutionär war. Jetzt wirkt der Parlamentarismus vielfach unrevolutionär, weil er die Macht des Proletariats nicht stärkt, sondern schwächt — aber natürlich kann auch weiterhin ein gut geführter parlamentarischer Kampf eine grosse revolutionäre Bedeutung haben. Auch jetzt unter dem Imperialismus bleibt die Einheit von Reform und Revolution das Grundprinzip der sozialistischen Taktik; der Kampf für unmittelbare Lebensinteressen des Proletariats, gegen alles, was es bedrückt, ist zugleich der Kampf für den Sozialismus. Der Unterschied früher liegt darin, dass grosse, wichtige Reformen weiterhin nur mit den grossen Mitteln der Massenaktionen errungen werden können. Die Massenaktionen sind die grossen entscheidenden Kraftäusserungen des Proletariats, die es gegen die gewaltige Macht des Imperialismus braucht, um nicht zerschmettert zu werden, um sich zu behaupten, um vorwärts zu dringen. — Daneben behalten alle kleinern Mittel des Tageskampfes ihren Wert und ihre Notwendigkeit. Daher wird diese neue Periode des Kapitalismus, die wir das Zeitalter des Imperialismus nennen, zugleich das Zeitalter der Massenaktionen sein.

III.

Wir sehen also, wie der neue Charakter des modernen Kapitalismus einen neuen Sozialismus, eine neue Arbeiterbewegung mit neuem Charakter nötig macht; nötig in dem Sinne, dass nur dadurch ein wirklicher erfolgreicher Kampf gegen ihn möglich ist. Aber dieser neue Kampf fliesst nicht nur als unabwendbare Notwendigkeit aus dem neuen Kapitalismus hervor, er bildet auch zugleich den einzigen Weg zur Ueberwindung der Kapitalherrschaft, den einzigen Weg zum Sozialismus.

Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht jetzt, wie die aller früher herrschenden Klassen, auf den grossen Machtmitteln, über die sie verfügt. Obgleich sie meist eine Minderheit bildet, verfügt sie über Wissen und Kenntnisse, wodurch sie der Masse der Beherrschten geistig überlegen ist; durch Schule, Kirche, Presse beherrscht die besitzende Klasse das Denken und Fühlen der Massen. Daneben liegt ihre Macht in ihrer kräftigen Organisation. Eine gut organisierte Minderheit kann eine Mehrheit beherrschen, wenn diese nicht organisiert ist, das heisst keinen Zusammenhalt, keine Einheit des Willens und Handelns besitzt. Diese Organisation der herrschenden Klasse ist die Staatsgewalt, die durch ihr feinverzweigtes organisiertes Beamtenheer überall der zu Atomen zersplitterten Volksmasse als ein Körper mit einheitlichem Willen gegenübersteht. Und wo die daraus fließende gewohnheitsmässige Autorität bei den Massen verschwindet und diese rebellisch werden, hat der Staat starke materielle Machtmittel zur Verfügung: Polizei, Justiz, schliesslich eine gutdisziplinierte bewaffnete Armee — was kann die unorganisierte Masse von Einzelpersonen dagegen machen!

Man hat in der Periode des Parlamentarismus oft die Illusion gehegt, man kämpfe mit der Bourgeoisie um die Staatsgewalt, um das Kommando über diesen bestehenden Organismus des Staates, der über die Gesetze gebietet. Die Konsequenz dieser Auffassung war die reformistische Anschauung, an Stelle der kapitalistischen Minister brauchen nur sozialdemokratische zu treten, und wir würden mit vollen Segeln in den Sozialismus hineinfahren. Man könnte demgegenüber die Frage stellen, was sich dann Grosses in der Welt ändert, wenn die Personen der Minister sich ändern? Man kann an die Erfahrung erinnern, dass jeder Sozialdemokrat, der Minister wurde, damit zugleich zum Diener und Sachwalter der herrschenden Klasse wurde. Aber entscheidend für die Beurteilung dieser parlamentarischen Eroberung der Macht ist die Tatsache, dass die herrschende Klasse überall durch Wahlgesetz und Verfassung eine solche friedliche Besitzergreifung der politischen Herrschaft im voraus unmöglich machen kann. Um sie zu ermöglichen, muss zuerst überall gleiches Wahlrecht erobert werden; und dies ist nur durch ein ausserparlamentarisches Auftreten der Massen selbst möglich. Die Eroberung der politischen Herrschaft durch das Proletariat besteht staatsrechtlich aus zwei Teilen: erstens muss die Mehrheit des Volkes für den Sozialismus gewonnen werden, und zweitens muss die Mehrheit über Regierung und Staat zu gebieten haben. Das erste erfordert Propaganda, Agitation,

Aktion, die ganz im Rahmen des Parlamentarismus denkbar sind; das zweite bedeutet absolute politische Demokratie, die nirgends vorhanden ist und mit der friedlichen Agitations- und Gesetzgebungsarbeit des Parlaments auch nicht zu verwirklichen ist. Sie ist nur durch einen Kampf der Massen, durch Massenaktionen zu erringen. Der Schwerpunkt des Kampfes um die politische Herrschaft liegt daher immer mehr in dem Kampf um die politischen Rechte, die den Ausdruck der Herrschaft der Volksmehrheit über den Staat bilden. In diesem Kampfe, wie in dem Klassenkampf überhaupt, setzt die herrschende Klasse die Staatsgewalt mit ihren Machtmitteln gegen das Proletariat in Bewegung. Die Staatsgewalt ist nicht einfach neutrales Objekt des Klassenkampfes, sondern Waffe und Zwingburg der Bourgeoisie, ihre stärkste Stütze, ohne die sie sich nie behauptet hätte. Der Kampf des Proletariats ist daher in erster Linie ein Kampf gegen die Staatsgewalt.

Was ist dabei die Bedeutung der Massenaktionen?

Alle politischen Verhältnisse und Verfassungen werden durch die Machtverhältnisse der Klassen bestimmt. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Nur wenn eine aufsteigende Klasse dem Gegner an Macht überlegen ist, kann sie die Herrschaft erobern. Die Frage des Sozialismus ist die Frage des Wachstums der Macht des Proletariats. Die gesellschaftliche Macht des Proletariats besteht in seiner Massenzahl, die durch den Kapitalismus von selbst wächst, in seiner geistigen Kraft — Klassenbewusstsein, revolutionäres Denken, klare Einsicht in das Wesen von Staat und Gesellschaft — und in seiner materiellen oder moralischen Kraft, — Organisation, Solidarität, Einheit, Disziplin. — Jetzt sind diese Faktoren alle noch in ungenügendem Masse vorhanden; aber durch ihr Wachstum erhebt sich die Macht der Arbeiterklasse schließlich über die der herrschenden Klasse. Durch ihr Klassenbewusstsein und ihre sozialistische Einsicht macht sie sich geistig von der Bourgeoisie unabhängig und wird geistig stärker als jene; durch ihre Organisation wird sie imstande sein, schließlich den mächtigen Organisationen der Bourgeoisie standzuhalten und fester zu werden als deren Staatsgewalt. Und dieses Wachstum der Machtfaktoren des Proletariats bedeutet zugleich eine Umbildung des ganzen Menschentums aus einer beschränkten einsichtlosen Masse von isolierten egoistischen Individuen zu einer organisierten, von einem gemeinsamen Bewusstsein ihres gesellschaftlichen Wesens geleiteten Menschheit, die dadurch erst fähig wird, selbst ihre Produktion und ihr Gesellschaftsleben zu leiten und bewusst zu gestalten. Dasselbe Wachstum an Macht, das das Proletariat befähigt, die Herrschaft der Bourgeoisie umzustürzen, macht es zugleich reif zum Sozialismus.

Was bewirkt dieses Wachstum? Der Klassenkampf. Alle Kämpfe mögen sie direkt Siege oder Niederlagen bringen, bauen an der Macht des Proletariats mit, bald durch Klärung der Einsicht, bald durch Stärkung der Organisation, bald durch Aufräumung hemmsender Traditionen. Die Bedeutung des Parlamentarismus in der verflochtenen Periode besteht darin, dass er die ersten Anfänge der proletarischen Macht aufgebaut hat, sozialistische Einsicht gebracht, Organisationen zu schaffen geholfen hat, die Massen etwas auferhellt und zugleich

das moralische Ansehen der Staatsgewalt abgebrükkelt hat. Das war nicht genug zur Eroberung der Herrschaft, aber genug, um Massenaktionen möglich zu machen. *Die Massenaktionen werden das Mittel sein, die Macht des Proletariats weiter, bis zur höchsten Stufe zu steigern und zugleich die Macht der Staatsgewalt zu vernichten.*

In den Massenaktionen, unter denen der Massenstreik die gewaltigste Form ist, treten die stärksten Machtmittel der beiden Klassen einander gegenüber. Durch ihre moralische und geistige Kraft, ihre Organisation, ihre Gewalt sucht der Staat die Aktion der Massen zu verhindern oder zu brechen, um ihr nicht nachgeben zu brauchen. Durch Prozeszensur, Lügennachrichten, Belagerungszustand, Verhaftungen, Flintensalven, Verhinderung jeder Verständigung miteinander sucht die Behörde die Arbeiter zu entmutigen, einzuschüchtern und zu spalten. Es hängt dann von dem festen, klaren Wissen, der unzerbrechlichen Geschlossenheit und Disziplin der Massen ab, ob das gelingt. Gelingt es, dann ist das eine Niederlage der Arbeiter, die nachher mit neuer Kraft dasselbe wieder versuchen müssen. Wenn es aber nicht gelingt, so muss die Regierung mehr oder weniger nachgeben, so hat das Proletariat einen Erfolg errungen, ist seine Kraft neu gewachsen und hat die Macht des Staates einen Stoss bekommen. Bei einem Massenstreik kann die ganze Organisation des Staates zeitweilig aus den Fugen gehen und kann ihre Funktion zeitweilig auf Organe des Proletariats übergehen: was 1905 in Russland geschah, wird in Zukunft in Westeuropa in viel riesigerem Massstab auftreten. Damit hat dann die Organisation des Proletariats — wenigstens zeitweilig — ihre Überlegenheit über die Organisation der Bourgeoisie gezeigt. Wird Militär gegen die Massen angewandt, so kann das zeitweilig einen Sieg für die Regierung bedeuten, aber damit fängt zugleich die Disziplin an, sich zu lockern, und fällt schliesslich dieses stärkste Machtmittel der herrschenden Klasse aus den Händen. Natürlich kann ein gewonnener Vorteil wieder verloren gehen; Siege und Niederlagen werden miteinander wechseln; aber auf die Dauer muss dabei die Einsicht, die Organisationsmacht, die revolutionäre Energie der Massen stets steigen, die Macht der Staatsgewalt sinken. Soll das Proletariat und damit die Gesellschaft überhaupt nicht völlig zu gründe gehen, so ist nur ein Ausgang des Kampfes möglich: *die im Kampfe wachsende Festigkeit der proletarischen Solidarität und Organisation zerbricht in Massenaktionen die Machtmittel und die Organisation des Staates.* Damit fällt die politische Herrschaft in die Hände des Proletariats, und es kann daran gehen, die Organe zu schaffen, die für die neue Regelung der Produktion nötig sind.

Das ist die historische Bedeutung der Massenaktionen: sie werden durch schweren Kampf der Klasse selbst das Proletariat reif zum Sozialismus machen und es befähigen, die Herrschaft der Bourgeoisie zu vernichten. Das ist die historische Bedeutung des Imperialismus: er wird die Arbeiterklasse zwingen, diesen Kampf mittelst Massenaktionen zu beginnen und den Weg zur Freiheit einzuschlagen.

Ein neuer Abschnitt des proletarischen Befreiungskampfes bricht an. Jetzt erst steigt dieser Kampf zu der Höhe seiner grossen Ziele; gegen die gewaltigste Macht eines riesig wachsenden Kapitalismus

und einer kampfkraftigen energischen Bourgeoisie muss die ganze Macht des Proletariats aufgeboten werden, muss die millionenköpfige Masse selbst auftreten, den Blick nicht mehr auf die enge Arbeitssphäre und die kleinen Verbesserungen, sondern auf den grossen Weltkampf der Klassen gerichtet, durch Not und Leid zu energischen Taten aufgepeitscht, das Herz voll Begeisterung, die Seele voll revolutionärer Energie. Eine neue Internationale wird emporwachsen, gegen die Klassengenossen jenseits der Grenze nicht mehr bloss mit brüderlicher Gesinnung erfüllt, die sofort vor der nationalen Leidenschaft der Machthaber zusammenbricht, sondern bereit ist, mit den anderssprachigen Proletariern gegen die eigene kriegslüsterne Bourgeoisie zu kämpfen.

Wir stehen jetzt erst inmitten der Trümmer der alten Internationalen, des alten Sozialismus: wir sehen erst in weiter Ferne, gleichsam nur theoretisch, wie es werden muss und wird; können wir *vielleicht schon in dem, was heute geschieht, die Anfänge der neuen Entwicklung bemerken?* Haben wir die neue Arbeiterbewegung, die neue Internationale schon aus der alten aufwachsen?

Es ist schon oft gesagt worden, dass nach dem Krieg eine *Spaltung in den sozialistischen Parteien eintreten müsste*. Diejenigen, die sich an die Seite des Imperialismus geschart haben, die mit ganzem Herzen mit der Bourgeoisie für die « nationale » Sache zusammengingen — wie Scheidemann, Heine, Lensch, Vaillant, Sembat, Plechanow, die Liquidatoren, Tillott — sie alle, was auch ihre früheren Verdienste für die Arbeiterbewegung sind, sie werden nicht mehr mit den entschiedenen Kämpfern gegen den Imperialismus zusammenbleiben können. Aber so einfach liegt die Sache doch nicht. Allerdings hat der Reformismus schon seit langem mit der Bourgeoisie, mit der Kolonialpolitik, mit dem Imperialismus zusammengehen wollen; der Krieg, der den Imperialismus als den grössten Feind der Arbeiterklasse enthüllt, macht also bloss klar, dass *Reformisten und Revolutionäre*, die während der Periode der kleinen Reformen zusammenbleiben konnten, nicht mehr zusammengehören, sondern *Todsünde* sein müssen. Aber mit der Masse der deutschen Partei und ihren führenden Kreisen — von denen Kautsky der literarische Vertreter ist — steht es anders. Sie sind keine Freunde des Imperialismus, sondern Feinde; sie sind nicht in den Krieg mitgegangen aus imperialistischer Gesinnung und klarem nationalem Bewusstsein, sondern weil sie durch die Lösung des Verteidigungskriegs überflüpelt wurden, teils weil sie an der alten Ideologie der Vaterlandsverteidigung hielten, also aus Unwissenheit und Philisterhaftigkeit, weil sie nicht zu kämpfen wussten und nicht zu kämpfen wagten gegen die herrschende Klasse. Hier besteht also Aussicht auf einen Umschlag der Stimmung, die zu einem grossen Teil auch schon bemerkbar ist, und dasselbe gilt für den besten Teil der französischen Arbeiter, sowohl unter denen, die vorher zu den Sozialdemokraten wie unter denen, die zu den Syndikalisten zählten. Es ist denkbar, dass diese Massen und ihre Vertreter stets schärfer gegen die Bourgeoisie und den Krieg auftreten werden. Ist damit nicht die Hoffnung gegeben, dass die Mehrheit, der grösste oder doch ein sehr grosser Teil der früheren Sozialdemokratie sich zu einem über-

gischen Kampf gegen den Imperialismus auffaffen wird, durch die harte Erfahrung belehrt, sich wehrbar machen und die neuen taktischen Methoden anwenden wird und wo aus den Trümmern der alten die neue Internationale aufbauen wird?

Diese Frage ist von ausserordentlicher Wichtigkeit, und mit Sicherheit ist hier nichts vorauszusagen. Aber doch sind einige wichtige Gründe anzuführen, die eine andere Zukunft wahrscheinlich machen. Sie liegen in dem ganzen Wesen einer grossen, ausgebaute Partei, von der die deutsche Sozialdemokratie das Muster ist. Sie ist eine festgefügte Riesenorganisation, die fast wie ein Staat im Staate lebt, mit eigenen Beamten, eigenen Finanzen, eigener Presse, mit einer eigenen geistigen Welt, einer eigenen Ideologie (dem Marxismus). Der ganze Charakter dieser Organisation ist der ruhigen vor-imperialistischen Zeit angepasst; und die Träger dieses Charakters sind die Beamten, die Sekretäre, die Agitatoren, die Parlamentarier, die Theoretiker und Schriftsteller, die mit ihrer mehrere Tausende umfassenden Anzahl schon eine eigene Kaste, eine Gruppe mit eigenen Interessen bildet und dabei die Organisation völlig beherrschen, geistig und materiell. Es ist kein Zufall, dass sie alle, mit Kautsky an der Spitze, von einem wirklichen scharfen Kampf gegen den Imperialismus nicht wissen wollen. Ihr ganzes Lebensinteresse widersetzt sich der neuen Taktik, die ihre Existenz als Beamten gefährdet. Ihre ruhige Arbeit in Bureaus und Redaktionen, in Konferenzen und Ausschussitzungen, in dem Schreiben gelehrter und nicht gelehrter Artikel gegen die Bourgeoisie und gegeneinander — dieses ganze friedlich-geschäftige Treiben wird durch die Stürme des imperialistischen Zeitalters bedroht. Kautskys Theorie und Taktik ist ein Versuch, diesen ganzen bürokratisch-gelehrten Apparat in der kommenden gesellschaftlichen Revolutionen gegen Schädigungen sicherzustellen. Er ist in der Tat nur zu retten, indem er ausserhalb des wüsten Lärms, ausserhalb des revolutionären Kampfes, also ausserhalb des wirklichen grossen Lebens gestellt wird. Befolgte die Partei und die Leitung die Taktik der Massenaktionen, so würde die Staatsgewalt sofort die Organisationen — die Grundlage ihrer ganzen Existenz und Lebenstätigkeit — angreifen und vielleicht zerstören, die Kassen konfiszieren, die Führer verhaften. Natürlich wäre es eine Illusion, wenn sie glaubt, damit die Kraft des Proletariats gebrochen zu haben: die Organisationemacht der Arbeiter besteht nicht in der äusseren Form der Verbandskörper, sondern in dem Geist des Zusammenhaltens, der Disziplin, der Einheit, und damit würden die Arbeiter neues, bessere Formen der Organisation schaffen. Aber für die Beamten wäre es das Ende, denn jene Organisationsform ist für sie ihre ganze Welt, ohne die sie nicht bestehen und wirken können. Der Selbsterhaltungstrieb, das Gruppeninteresse ihrer Zunft muss sie daher zu der Taktik zwingen, dem Imperialismus anzuweichen und ihn nachzugeben. Was vor dem Krieg und bei Kriegsausbruch geschah, ist daher kein anormaler Zufall. Sie sagen — wie schon so oft — dass solche gefährliche Massenkämpfe die Organisationen zugrunde richten werden und daher nicht mutwillig heraufbeschworen werden dürfen. Die von ihnen beherrschte Organisation wird daher den

Kampf gegen den Imperialismus nicht entschieden, mit aller Macht führen. Ihr Kampf wird ein Kampf mit Worten sein, mit Anklagen, Bitten und Beschwörungen, ein *Scheinkampf*, der jede *Tat des Kampfes* vermeidet. Den besten Beweis dafür liefert eben Kautsky, der, nachdem er nach langem Schwanken den Kampf mit dem Sozialimperialismus begann, gleichzeitig die Strassenkundgebungen der Arbeiter ein « Abenteuer » nennt. Also in Worten gegen den Imperialismus, aber nur keine Taten wagen!

Daher ist kaum anderes zu erwarten, als dass auch weiterhin die bisherige Parteibureaucratie von einem revolutionären Kampf gegen den Imperialismus nichts wissen will. Sie wird den Kampf auf kleine Streitereien in Parlament und Presse beschränken wollen, auf lange Redensarten über kleine Fragen, auf gewerkschaftlichen Kleinkampf. Trotzdem die Reformisten Freunde und die Zentrumsradikalen Gegner des Imperialismus sind, werden sie doch auf der gemeinsamen Linie des Nurkritisierens und Nichtkämpfens zusammenbleiben können. Sie werden versuchen, die Partei zu einer bürgerlichen Reformpartei, zu einer Arbeiterpartei nach englischem Muster, nur mit einigen sozialistischen Phrasen, die die Tagesinteressen der Arbeiter energisch vertritt, aber keinen grossen revolutionären Kampf führt, umzuwandeln suchen.

Die Aufgabe, den Arbeitern die Bedeutung und die Notwendigkeit der Massenaktionen gegen den Imperialismus zu zeigen und bei jedem Anlass aufklärend, helfend und führend voranzugehen, fällt den revolutionären Sozialdemokraten zu. Wenn aber diese neue Taktik nur von Minderheiten oder kleinen Gruppen propagiert wird, die noch keine Massen hinter sich haben, während die grossen Massenparteien nichts davon wissen wollen — wird dann eine Massenaktion, die ohne Massen nicht denkbar ist, nicht zur Utopie? Dieser Widerspruch beweist nur, dass die Massenaktionen nicht möglich sind als bewusste planmässig vorbereitete und geleitete Aktionen der sozialdemokratischen Partei, wie sie die äusserste Linke in Deutschland in den Jahren vor dem Kriege propagierte. Sie werden als spontane Aktionen kommen, aus den Massen hervorbrechend, wenn diese durch Not, Elend und Empörung aufgepeitscht werden, bald als ungewollte Folge eines von der Partei geplanten kleinen Kampfes, der die Dämme überflutet, bald gegen den Willen und die Beschlüsse der Organisationen « disziplinwidrig » losbrechend, aber dann, wenn sie mächtig anschwellen, diese Organisationen selbst mitreisend und sie zu einem zeitweiligen Zusammengehen mit den revolutionären Elementen zwingend. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei einiger Dauer des Krieges so etwas schon bald stattfinden könnte; die Symptome sind schon erkennbar.

In den vor uns liegenden Zeiten werden daher die vorhandenen Organisationen (Partei und Gewerkschaft) voraussichtlich, ihrem ganzen Wesen nach, aber in Widerspruch zu den Zielen und Aufgaben der proletarischen Massen, vor allem eine hemmende Rolle spielen. Wenn aber die neue Taktik sich stets mehr durchsetzt und in grossen Massenkämpfen die Macht des Proletariats sich allmählich erhebt, werden sie dazu nicht mehr fähig sein. Dann werden die starren,

festen Körperschaften von Partei und Gewerkschaft stets mehr zu einem untergeordneten Teil innerhalb der breiteren Klassenbewegung und grösseren Klassenorganisation werden, die die Massen nicht durch Mitgliedsbuch, sondern durch Gemeinschaft des Klassenziels zu einer machtvollen Kampfgemeinschaft zusammenbindet

Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik des Kommunismus.¹⁾

Von Anton Pannekoek.

Auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen sobald sie radikal wird.

Marx.

I.

Zwei Kräfte, von denen eine aus der anderen entspringt, eine geistige und eine materielle, bewirken die Umwälzung des Kapitalismus zum Kommunismus. Die materielle Entwicklung der Wirtschaft schafft die Erkenntnis und diese bewirkt den Willen zur Revolution. Aus den allgemeinen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus ist die marxistische Wissenschaft entstanden, die die Theorie zuerst der sozialistischen, dann der kommunistischen Partei bildete und der revolutionären Bewegung eine tiefe einheitliche geistige Kraft gibt. Während diese Theorie nur langsam einen Teil des Proletariats durchdringt, muß aus der eigenen Erfahrung in den Massen die praktische Erkenntnis der Unhaltbarkeit des Kapitalismus emporwachsen. Der Weltkrieg und der rasche wirtschaftliche Zusammenbruch bringt nun die objektive Notwendigkeit der Revolution, bevor noch die Massen geistig den Kommunismus erfaßt haben — dieser Widerspruch bedingt die Widersprüche, die Hemmungen und Rückschläge, die die Revolution zu einem langen und qualvollen Prozeß machen. Allerdings kommt nun auch die Theorie in einen neuen Schwung und ergreift die Massen im raschen Tempo; aber trotzdem muß beides bei den auf einmal riesengroß wachsenden praktischen Aufgaben zurückbleiben.

Für Westeuropa wird die Entwicklung der Revolution hauptsächlich durch zwei Triebkräfte bestimmt: durch den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und durch das

¹⁾ Obiger bereits vor einiger Zeit niedergeschriebene Artikel ist unbestreitbar ein sehr wertvoller Beitrag zur Analyse und Kritik der kommunistischen Taktik, mag er auch in einem gewissen Widerspruch zu den Richtlinien des Moskauer Exekutivkomitees stehen. Wir bringen ihn daher im gegenwärtigen Zeitpunkt anlässlich der Tagung des zweiten Kongresses der Internationale im „Kommunismus“ zum Abdruck, gemäß der Aufgabe, die sich unsere Zeitschrift gestellt hat, ein Sammelpunkt für die Diskussion der Probleme der Kommunistischen Internationale zu sein. Wir bemerken noch, dass dieser Artikel demnächst als selbständige Broschüre erscheinen wird.

Die Redaktion.

Beispiel von Sowjetrußland. Die Ursachen, weshalb in Rußland das Proletariat relativ rasch und leicht siegen konnte — die Schwäche der Bourgeoisie, das Bündnis mit den Bauern, die Revolution während des Krieges — brauchen hier nicht erörtert zu werden. Das Beispiel eines Staates, wo das arbeitende Volk herrscht, wo es den Kapitalismus beseitigte und damit beschäftigt ist, den Kommunismus aufzubauen, mußte mächtig auf das Proletariat der ganzen Welt einwirken. Natürlich hätte das Beispiel allein nicht genügt, die Arbeiter in anderen Ländern zur proletarischen Revolution anzustacheln. Der menschliche Geist wird am stärksten durch die Einwirkung der eigenen materiellen Umgebung bestimmt; wenn also der heimische Kapitalismus in alter Kraft geblieben wäre, hätte die Kunde aus dem fernen Rußland schwerlich dagegen aufkommen können. „Voll ehrfurchtsvoller Bewunderung, aber kleinbürgerlich-furchtsam, ohne den Mut, durch Taten sich selbst, Rußland und die Menschheit zu retten“, so fand Rutgers bei seiner Rückkehr in Westeuropa die Massen. Als der Krieg zu Ende ging, hoffte man hier überall auf den baldigen Aufschwung der Wirtschaft, während die Lügenpresse Rußland als eine Stätte des Chaos und der Barbarei ausmalte; daher warteten die Massen ab. Aber seitdem hat sich umgekehrt das Chaos in den alten Kulturländern verbreitet, während die neue Ordnung in Rußland ihre wachsende Kraft zeigt. Nun kommen auch hier die Massen in Bewegung.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch ist die wichtigste Triebkraft der Revolution. Deutschland und Oesterreich sind wirtschaftlich schon völlig vernichtet und pauperisiert, Italien und Frankreich befinden sich im unaufhaltsamen Niedergang, England ist schwer erschüttert — und es ist fraglich, ob die kräftigen Rekonstruktionsversuche seiner Regierung den Untergang abwenden können — und in Amerika treten schon die ersten drohenden Symptome der Krise auf. Und überall — ungefähr in dieser Reihenfolge — fängt es an, in den Massen zu gären; in großen Streikbewegungen, die die Wirtschaft noch mehr erschüttern, wehren sie sich gegen die Verelendung; diese Kämpfe wachsen allmählich zu einem bewußten revolutionären Kampf aus und, ohne Kommunisten zu sein, folgen die Massen stets mehr dem Weg, den der Kommunismus ihnen zeigt. Denn die praktische Notwendigkeit treibt sie dorthin.

Mit dieser Notwendigkeit und dieser Stimmung, gleichsam von ihnen getragen, wächst in diesen Ländern die kommunistische Vorhut, die die Ziele klar erkennt und sich in der Dritten Internationale sammelt. Das Symptom und das Merkmal dieser wachsenden Revolutionierung bildet die scharfe geistige und organisatorische Trennung des Kommunismus von der Sozialdemokratie. In den Ländern Zentraleuropas, die durch den Versailler Vertrag sofort in eine scharfe wirtschaftliche Krise ge-

stoßen würden und wo eine Regierung von Sozialdemokraten notwendig war, um den bürgerlichen Staat zu retten, ist diese Trennung am längsten vollzogen. So unheilbar und tief ist dort die Krise, daß die Masse der radikal-sozialdemokratischen Arbeiter (U. S. P.), trotzdem sie noch im hohen Grade an den alten sozialdemokratischen Methoden, Traditionen, Losungen und Führern festhalten, auf Anschluß an Moskau drängen und sich für die Diktatur des Proletariats erklären. In Italien hat sich die ganze sozialdemokratische Partei der Dritten Internationale angeschlossen; eine kampfbereite revolutionäre Stimmung der Massen, die sich im fortwährenden Kleinkrieg mit Regierung und Bourgeoisie betätigt, läßt über die theoretische Mischung von sozialistischen, syndikalistischen und kommunistischen Anschauungen hinwegsehen. In Frankreich haben sich erst neulich kommunistische Gruppen aus der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung losgelöst und schreiten zur Bildung einer kommunistischen Partei. In England ist aus der tiefen Einwirkung des Krieges auf die traditionellen Verhältnisse der Arbeiterbewegung eine kommunistische Bewegung entstanden, die noch aus mehreren Gruppen und Parteien verschiedenen Ursprungs und neuen Organisationsbildungen besteht. In Amerika haben sich zwei kommunistische Parteien aus der sozialdemokratischen Partei abgetrennt, während diese selbst sich auch für Moskau erklärt hat.

Die unerwartete Widerstandskraft Sowjetrußlands gegen die revolutionären Angriffe, wodurch die Entente zum Verhandeln gezwungen ist — so wirkt immer der Erfolg — hat eine neue starke Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiterparteien ausgeübt. Die Zweite Internationale bricht zusammen; eine allgemeine Bewegung der Mittelgruppen nach Moskau hat eingesetzt, durch die wachsende revolutionäre Stimmung der Massen getrieben. Indem sie sich den neuen Namen der Kommunisten beilegen, ohne daß sich an ihren überlieferten Grundauffassungen viel änderte, bringen sie Anschauungen und Methoden der alten Sozialdemokraten in die neue Internationale über. Als Symptom, daß solche Länder reifer zur Revolution geworden sind, tritt nun gerade die umgekehrte Erscheinung auf als zuerst; mit ihrem Eintritt oder mit ihrem Bekenntnis zu den Prinzipien der Dritten Internationale (wie bereits für die U. S. P. erwähnt wurde) wird die scharfe Trennung von Kommunisten und Sozialdemokraten wieder abgeschwächt. Mag man auch versuchen, solche Parteien formell außerhalb der Dritten Internationale zu halten, um nicht alle Prinzipienfestigkeit zu verwischen, so drängen sie sich doch in die Leitung der revolutionären Bewegung in jedem Lande und durch die neuen Losungen, zu denen sie sich äußerlich bekennen, behalten sie ihren Einfluß auf die in Aktion tretenden Massen. So handelt jede herrschende Schicht: statt sich von den Massen abschneiden zu lassen, wird sie selbst

„revolutionär“, damit unter ihrem Einfluß die Revolution möglichst verflacht wird. Und viele Kommunisten sind geneigt, hier nur das Wachstum an Kraft, nicht auch das Wachstum an Schwäche zu sehen.

Die proletarische Revolution schien durch das Auftreten des Kommunismus und das russische Beispiel eine einfache zielklare Gestalt gewonnen zu haben. In Wirklichkeit treten jetzt mit den Schwierigkeiten auch die Kräfte hervor, die sie zu einem höchst verwickelten und mühsamen Prozeß machen.

II.

Die Fragen und Lösungen, die Programme und die Taktik entspringen nicht abstrakten Grundsätzen, sondern werden nur durch die Erfahrung, durch die reale Praxis des Lebens bestimmt. Die Anschauungen der Kommunisten über das Ziel und den Weg mußten und müssen sich an der bisherigen revolutionären Praxis ausbilden. Die russische Revolution und der bisherige Verlauf der deutschen Revolution bilden das praktische Tatsachenmaterial, das uns bis jetzt über die Triebkräfte, die Bedingungen und Formen der proletarischen Revolution zu Gebote steht.

Die russische Revolution hat dem Proletariat die politische Herrschaft in einem so erstaunlich raschen Aufschwung gebracht, daß sie die westeuropäischen Beobachter schon damals völlig überraschte und jetzt, angesichts der Schwierigkeiten in Westeuropa, immer wunderbarer erscheint, trotzdem die Ursachen klar erkennbar sind. Die erste Wirkung mußte notwendig diese sein, daß in der ersten Begeisterung die Schwierigkeiten der Revolution in der übrigen Welt unterschätzt wurden. Die russische Revolution hat die Prinzipien der neuen Welt in ihrer strahlenden, reinen Kraft dem ganzen Weltproletariat vor Augen gestellt: die Diktatur des Proletariats, das Sowjetsystem als die neue Demokratie, die Neuorganisation der Industrie, der Landwirtschaft, der Erziehung. Sie hat in mancher Hinsicht ein so einfaches, klares, übersichtliches, fast idyllisches Bild des Wesens und des Gehaltes der proletarischen Revolution gegeben, daß nichts einfacher erscheinen konnte, als diesem Beispiel nachzufolgen. Daß dies aber nicht so einfach war, hat die deutsche Revolution gezeigt und die dabei hervortretenden Kräfte gelten größtenteils auch für das übrige Europa.

Als der deutsche Imperialismus November 1918 zusammenbrach, war die Arbeiterklasse für eine proletarische Herrschaft völlig unvorbereitet. Geistig und moralisch zerrüttet durch den vierjährigen Krieg, befangen in sozialdemokratischen Traditionen, konnte sie nicht in den ersten wenigen Wochen verschwundener Regierungsgewalt eine klare Erkenntnis ihrer Aufgabe gewinnen; die intensive, aber kurze kommunistische

Propaganda konnte diesen Mangel nicht ersetzen. Besser als das Proletariat hatte die deutsche Bourgeoisie aus dem russischen Beispiel gelernt; während sie sich mit Rot schmückte, um die Arbeiter einzuschläfern, begann sie sofort ihre Machtorgane wieder aufzubauen. Die Arbeiterräte legten ihre Macht freiwillig aus den Händen zugunsten der sozialdemokratischen Parteiführer und des demokratischen Parlaments. Die noch als Soldaten bewaffneten Arbeiter entwaffneten nicht die Bourgeoisie, sondern sich selbst; die aktivsten Arbeitergruppen wurden von den neugebildeten weißen Garden niedergeworfen und die Bourgeoisie wurde in Bürgerwehren bewaffnet. Mit Hilfe der Gewerkschaftsleitungen wurden die jetzt wehrlos gemachten Arbeiter allmählich aller durch die Revolution gewonnenen Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen beraubt. So wurde der Weg zum Kommunismus mit Stacheldrahtverhauen gesperrt, damit der Kapitalismus sich ausleben, d. h. stets tiefer in das Chaos hinabsinken könnte.

Zweifellos darf nun diese Erfahrung der deutschen Revolution nicht ohne weiteres auf die anderen Länder Westeuropas übertragen werden; dort wird die Entwicklung wieder anderen Linien folgen. Dort wird die Herrschaft nicht plötzlich durch einen politisch-militärischen Zusammenbruch den unvorbereiteten Massen in die Hände fallen; das Proletariat wird schwer darum kämpfen müssen und daher nach der Eroberung einen höheren Reifegrad erworben haben. Was in Deutschland im Fiebertempo nach dem Novemberumsturz geschah, findet in den anderen Ländern schon in Ruhe statt: die Bourgeoisie zieht ihre Konsequenzen aus der russischen Revolution, rüstet sich militärisch für den Bürgerkrieg, während sie zugleich den politischen Betrug des Proletariats mittels der Sozialdemokratie inszeniert. Aber trotz dieser Verschiedenheiten zeigt die deutsche Revolution einige allgemeine Züge und bietet einige Lehren allgemeiner Bedeutung. Sie stellt uns klar vor Augen, daß und durch welche Kräfte die Revolution in Westeuropa ein langsamer, langwieriger Prozeß sein muß.

Die Langsamkeit der revolutionären Entwicklung Westeuropas — wenn sie auch nur relativ ist — hat einen Gegensatz von einander bekämpfenden taktischen Richtungen hervorgerufen. In Zeiten schneller revolutionärer Entwicklung werden taktische Differenzen durch die Praxis rasch überwunden oder kommen nicht zum Bewußtsein; intensive prinzipielle Agitation klärt die Köpfe auf, während zugleich die Massen zuströmen und die Praxis der Aktivität die alten Anschauungen umwälzt. Wenn aber eine Zeit der äußeren Stagnation eingetreten ist, wenn die Massen regungslos alles über sich ergehen lassen und die hinreißende Kraft der revolutionären

Losungen gelähmt scheint; wenn die Schwierigkeiten sich auf-türmen und der Gegner nach jedem Kampfe sich riesiger zu erheben scheint; wenn die Kommunistische Partei noch schwach bleibt, und nur Niederlagen erleidet — dann ent-zweien sich die Anschauungen, werden neue Wege gesucht und neue taktische Mittel. Der Hauptsache nach treten dann zwei Tendenzen hervor, die in allen Ländern, trotz lokaler Abweichungen zu erkennen sind. Die eine Richtung will durch Wort und Tat die Köpfe revolutionieren, aufklären und sucht dazu die neuen Prinzipien möglichst scharf den alten über-lieferten Anschauungen gegenüber zu stellen. Die andere Richtung versucht die Massen, die noch abseits stehen, für praktische Tätigkeit zu gewinnen, will dazu möglichst ver-meiden, was sie abstoßen könnte und hebt statt des Gegen-satzes vor allem das Verbindende hervor. Erstere erstrebt die scharfe klare Scheidung, die zweite die massale Vereinigung; die erstere wäre als die radikale, die zweite als die opportu-nistische Tendenz zu bezeichnen. Bei der jetzigen Lage in Westeuropa, da einerseits die Revolution auf kräftige Wider-stände stößt, andererseits die feste Kraft Sowjetrußlands gegen-über den Niederwerfungsversuchen der Entente-Regierung auf die Massen einen gewältigen Eindruck macht und deshalb auf einen starken Zustrom bisher zögernder Arbeitergruppen zu der Dritten Internationale zu rechnen ist, wird zweifellos der Opportunismus eine starke Macht in der kommunistischen Internationale werden.

Der Opportunismus schließt nicht notwendig eine sanfter, friedfertiger entgegenkommende Haltung und Sprache im Gegensatz zu einer dem Radikalismus gehörenden schärferen Tonart ein; im Gegenteil verbirgt sich der Mangel an prinzipieller klarer Taktik nur zu oft hinter rabiaten kräftigen Worten; und es gehört gerade zu seinem Wesen, in revolu-tionären Situationen auf einmal alles von der großen revolu-tionären Tat zu erwarten. Sein Wesen ist, immer nur das Augenblickliche, nicht das Weiterabliegende zu berücksichtigen, an der Oberfläche der Erscheinungen zu haften, statt die be-stimmenden tieferen Grundlagen zu sehen. Wo die Kräfte zur Erreichung eines Zieles nicht sofort ausreichen, ist es seine Tendenz, nicht diese Kräfte zu stärken, sondern auf anderem Wege, auf Umwegen das Ziel zu erreichen. Denn das Ziel ist der augenblickliche Erfolg und dem opfert er die Bedingungen künftigen, bleibenden Erfolges. Er beruft sich darauf, daß es doch oft möglich ist, durch Verbindung mit anderen „fort-schrittlichen“ Gruppen, durch Konzessionen an rückständige Anschauungen die Macht zu gewinnen, oder wenigstens den Feind, die Koalition der kapitalistischen Klassen zu spalten und damit günstigere Kampfbedingungen zu bewirken. Es stellt sich dabei jedoch immer heraus, daß diese Macht nur eine

Scheinmacht ist, eine persönliche Macht einzelner Führer, nicht die Macht der proletarischen Klasse und daß dieser Widerspruch nur Zerschlagung, Korruption und Streit mit sich bringt. Eine Gewinnung der Regierungsgewalt, hinter der nicht eine völlig zur Herrschaft reife Arbeiterklasse steht, muß wieder verloren gehen oder muß der Rückständigkeit so viele Konzessionen machen, daß sie innerlich zermürbt wird. Eine Spaltung der feindlichen Klasse — die viel gepriesene Lösung der Reformismus — hindert die Einheit der innerlich zusammengehörigen Bourgeoisie doch nicht, während das Proletariat dabei betrogen, verwirrt und geschwächt wird. Zweifellos kann es vorkommen, daß die kommunistische Vorhut des Proletariats die politische Herrschaft übernehmen muß, bevor die normalen Bedingungen erfüllt sind; aber nur was dann an Klarheit, an Einsicht, an Geschlossenheit, an Selbstständigkeit der Massen gewonnen wird, hat einen bleibenden Wert als Fundament der weiteren Entwicklung zum Kommunismus.

Die Geschichte der Zweiten Internationale ist voll der Beispiele für diese Politik des Opportunismus und in der Dritten fangen sie schon an sich zu zeigen. Damals bestand er in dem Bestreben, das sozialistische Ziel erreichen zu wollen mit Hilfe der Massen der nicht-sozialistischen Arbeitergruppen oder anderer Klassen. Dies führte zur Korruption der Taktik und schließlich zum Zusammenbruch. Bei der Dritten Internationale liegen die Verhältnisse nun wesentlich anders; denn die Zeit der ruhigen kapitalistischen Entwicklung, da die Sozialdemokratie im besten Sinne nicht anders tun konnte als durch eine prinzipielle Politik aufzuklären zur Vorbereitung späterer Revolutionszeiten, ist vorüber. Der Kapitalismus bricht zusammen; die Welt kann nicht warten, bis unsere Propaganda die Mehrheit zur klaren kommunistischen Einsicht gebracht hat; die Massen müssen sofort eingreifen und möglichst rasch, um sich selbst und die Welt vor dem Untergang zu retten. Was soll dann eine kleine, noch so prinzipielle Partei, wenn Massen nötig sind? Ist hier der Opportunismus, der die breitesten Massen rasch zusammenfassen will, nicht Gebot der Notwendigkeit?

Ebensowenig wie von einer kleinen radikalen Partei, kann eine Revolution von einer großen Massenpartei oder einer Koalition verschiedener Parteien gemacht werden. Sie bricht spontan aus den Massen hervor; Aktionen, die von einer Partei beschlossen werden, können bisweilen den Stoß geben (das geschieht jedoch nur selten), aber die bestimmenden Kräfte liegen anderswo, in den psychischen Faktoren, tief im Unterbewußtsein der Massen und in den großen weltpolitischen Ereignissen. Die Aufgabe einer revolutionären Partei besteht darin, daß sie im voraus klare Erkenntnisse verbreitet, sodaß

überall in den Massen die Elemente vorhanden sind, die in solchen Zeiten wissen, was zu tun ist, und selbständig die Lage beurteilen können. Und während der Revolution hat die Partei die Programme, Losungen und Direktiven aufzustellen, die die spontan handelnde Masse als richtig erkennt, weil sie darin ihre eigenen Ziele in vollkommenster Gestalt wiederfindet und sich an ihnen zur größeren Klarheit emporhebt; dadurch wird die Partei zur Führerin im Kampfe. Solange die Massen untätig bleiben, mag es scheinen, daß dies erfolglos bleibt; aber innerlich wirkt das klare Prinzip auch bei vielen, die zuerst fern bleiben, und in der Revolution zeigt sich seine aktive Kraft, ihr eine feste Richtung zu geben. Hat man dagegen zuvor durch Verwässerung des Prinzips, durch Koalitionen und Konzessionen eine größere Partei zu sammeln gesucht, so bietet das in Zeiten der Revolution unklaren Elementen die Gelegenheit, Einfluß zu gewinnen, ohne daß die Massen ihre Unzulänglichkeit durchschauen. Die Anpassung an die überlieferten Anschauungen ist ein Versuch, Macht zu gewinnen ohne deren Vorbedingung, die Umwälzung der Ideen; sie wirkt also dahin, die Revolution in ihrem Lauf aufzuhalten. Sie ist außerdem eine Illusion, da nur die radikalsten Ideen die Massen ergreifen können, wenn diese in die Revolution treten, gemäßigte dagegen nur, solange die Revolution ausbleibt. Eine Revolution ist zugleich eine Zeit tiefer geistiger Umwälzung der Ideen der Massen; sie schafft dazu die Bedingung und wird durch sie bedingt; daher, durch die Kraft ihrer weltumwälzenden klaren Prinzipien, fällt der kommunistischen Partei die Führung in der Revolution zu.

Im Gegensatz zu der starken scharfen Hervorhebung der neuen Prinzipien (Sowjetsystem und Diktatur), die den Kommunismus von der Sozialdemokratie trennen, lehnt der Opportunismus in der Dritten Internationale sich möglichst an die aus der Zweiten Internationale überkommenen Kampfmethoden an. Nachdem die russische Revolution den Parlamentarismus durch das Sowjetsystem ersetzt und die Gewerkschaftsbewegung auf den Betrieben aufgebaut hatte, war das erste Streben in Westeuropa, diesem Beispiel nachzufolgen. Die kommunistische Partei Deutschlands boykottierte die Wahlen für die Nationalversammlung und propagierte den sofortigen oder allmählichen organisierten Austritt aus den Gewerkschaften. Als aber die Revolution 1919 zurückklief und stagnierte, leitete die Zentrale der K. P. D. eine andere Taktik ein, die auf die Anerkennung des Parlamentarismus und die Unterstützung der alten Gewerkschaftsverbände gegen die Unions hinauskam. Das wichtigste Argument dabei ist, daß die kommunistische Partei die Fühlung mit den Massen nicht verlieren darf, die noch völlig parlamentarisch denken, die durch den Wahlkampf und durch Parlamentsreden am besten

zu erreichen sind und die durch massenhaftes Eintreten in die Gewerkschaften deren Mitgliederzahl auf 7 Millionen gesteigert hatten. Der nämliche Grundgedanke tritt in England in der Haltung der B. S. P. zum Vorschein: sie will sich nicht von der „Labourparty“ trennen, trotzdem diese der Zweiten Internationale angehört, um nicht den Kontakt mit den Massen der Gewerkschaftler zu verlieren. Diese Argumente sind am schärfsten formuliert und zusammengestellt von unserem Freund Karl Radck, dessen in Berliner Gefangenschaft verfaßte Schrift: „Die Entwicklung der Weltrevolution und die Aufgabe der Kommunistischen Partei“ als die Programmschrift des kommunistischen Opportunismus anzusehen ist. Hier wird dargelegt, daß die proletarische Revolution in Westeuropa ein lang andauernder Prozeß sein wird, in welchem der Kommunismus alle Mittel der Propaganda benutzen soll, in welchem Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung die Hauptwaffen des Proletariats bleiben werden, mit daneben als neues Kampfobjekt die allmähliche Durchführung der Betriebskontrolle. Inwieweit dies richtig ist, wird eine Untersuchung der Grundlagen, Bedingungen und Schwierigkeiten der proletarischen Revolution in Westeuropa zeigen.

III.

Wiederholt ist hervorgehoben worden, daß in Westeuropa die Revolution lange dauern wird, weil die Bourgeoisie hier soviel mächtiger ist als in Rußland. Analysieren wir das Wesen dieser Macht! Liegt sie in der größeren Kop fzahl dieser Klasse? Die proletarischen Massen sind verhältnismäßig noch viel größer. Liegt sie in der Beherrschung des ganzen wirtschaftlichen Lebens durch die Bourgeoisie? Zweifellos war dies ein starkes Element der Macht; aber diese Herrschaft schwindet dahin und in Mitteleuropa ist die Wirtschaft völlig bankrott. Liegt sie schließlich in ihrer Verfügung über den Staat mit allen seinen Gewaltmitteln? Gewiß, damit hat sie die Masse immer niedergehalten und deshalb war Eroberung der Staatsgewalt das erste Ziel des Proletariats. Aber im November 1918 fiel die Staatsgewalt in Deutschland und Oesterreich machtlos aus ihren Händen, die Gewaltmittel des Staates waren völlig gelähmt, die Massen waren Meister. Und trotzdem hat die Bourgeoisie diese Staatsgewalt wieder aufbauen und die Arbeiter aufs neue unterjochen können. Dies beweist, daß noch eine andere verborgene Machtquelle der Bourgeoisie vorhanden war, die unangestastet geblieben war und die ihr gestattete, als alles zusammengebrochen schien, ihre Herrschaft wieder neu zu errichten. Diese verborgene Macht ist die geistige Macht der Bourgeoisie über das Proletariat. Weil die proletarischen Massen noch völlig durch eine bürgerliche Denkweise beherrscht wurden, haben sie nach dem Zusammen-

bruch die bürgerliche Herrschaft mit eigenen Händen wieder aufgerichtet.

Diese deutsche Erfahrung stellt uns gerade vor das große Problem der Revolution in Westeuropa. In diesen Ländern hat die alte bürgerliche Produktionsweise und die damit zusammenhängende hochentwickelte bürgerliche Kultur vieler Jahrhunderte dem Denken und Fühlen der Volksmassen völlig ihren Stempel aufgeprägt. Dadurch ist der geistige und innere Charakter der Volksmassen hier ganz anders als in den östlichen Ländern, die diese Herrschaft bürgerlicher Kultur nicht kannten. Und darin liegt vor allem der Unterschied in dem Verlauf der Revolution im Osten und im Westen. In England, Frankreich, Holland, Italien, Deutschland, Skandinavien lebte vom Mittelalter her ein kräftiges Bürgertum mit kleinbürgerlicher und primitiv kapitalistischer Produktion; indem der Feudalismus zerschlagen wurde, wuchs auf dem Lande ein ebenso kräftiges, unabhängiges Bauerntum empor, das auch Meister in der eigenen kleinen Wirtschaft war. Auf diesem Boden entfaltete sich das bürgerliche Geistesleben zu einer festen nationalen Kultur, vor allem in den Küstenstaaten England und Frankreich, die voran in der kapitalistischen Entwicklung schritten. Der Kapitalismus im 19. Jahrhundert hat mit der Unterwerfung der ganzen Wirtschaft unter seine Macht und mit der Hineinziehung der fernsten Bauernhöfe in seinen Kreis der Weltwirtschaft diese nationale Kultur gesteigert, verfeinert und mit seinen geistigen Propagandamitteln, Presse, Schule und Kirche, fest in die Köpfe der Massen eingehämmert, sowohl jener Massen, die er proletarisierte und in die Städte zog, als auch jener, die er auf dem Lande ließ. Das gilt nicht nur für die Stammländer des Kapitalismus, sondern ähnlich, sei es auch in etwas verschiedenen Formen, für Amerika und Australien, wo die Europäer neue Staaten gründeten, und für die bis dahin stagnierenden Länder Zentraleuropas: Deutschland, Oesterreich, Italien, wo die neue kapitalistische Entwicklung an eine alte, steckengebliebene, kleinbäuerliche Wirtschaft und kleinbürgerliche Kultur anknüpfen konnte. Ganz anderes Material und andere Tradition fand der Kapitalismus vor, als er in die östlichen Länder Europas eindrang. Hier, in Rußland, Polen, Ungarn, auch in Ostelbien, war keine kräftige bürgerliche Klasse, die von altersher das Geistesleben beherrschte; die primitiven Agrarverhältnisse mit Großgrundbesitz, patriarchalischem Feudalismus und Dorfkommunismus bestimmten das Geistesleben. Hier standen daher die Massen primitiver, einfacher, offener, empfänglich wie weißes Papier, dem Kommunismus gegenüber. Westeuropäische Sozialdemokraten sprachen oft höhnisch ihre Verwunderung darüber aus, wie die „unwissenden“ Russen die Vorkämpfer der neuen Welt der Arbeit sein könnten. Ihnen gegenüber drückte ein englischer

Delegierter auf der kommunistischen Konferenz in Amsterdam den Unterschied ganz richtig aus: Die Russen mögen unwissender gewesen sein, aber die englischen Arbeiter sind so vollgepfropft mit Vorurteilen, daß die Propaganda des Kommunismus unter ihnen viel schwieriger ist. Diese „Vorurteile“ sind nur die erste äußerliche Seite der bürgerlichen Denkweise, die die Masse des englischen und des ganzen westeuropäisch-amerikanischen Proletariats erfüllt.

Der ganze Inhalt dieser Denkweise in ihrem Gegensatz zur proletarisch-kommunistischen Weltanschauung ist so vielseitig und verwickelt, daß sie schwerlich in wenigen Sätzen zusammengefaßt werden kann. Ihr erster Zug ist der Individualismus, der aus den früheren kleinbürgerlich-bäuerlichen Arbeitsformen stammt und nur langsam dem neuen proletarischen Gemeinschaftsgefühl und der notwendigen freiwilligen Disziplin weicht — in den angelsächsischen Ländern ist dieser Zug bei Bourgeoisie und Proletariat wohl am stärksten ausgeprägt. Der Blick ist auf die Arbeitsstätte beschränkt und umfaßt nicht das gesellschaftliche Ganze; befangen in dem Prinzip der Arbeitsteilung sieht man auch die „Politik“, die Leitung der ganzen Gesellschaft, nicht als die eigene Angelegenheit eines jeden, sondern als ein Monopol der herrschenden Schicht, als ein spezielles Fach besonderer Fachleute, der Politiker. Die bürgerliche Natur ist durch einen Jahrhunderte langen Verkehr materieller und geistiger Natur, durch Literatur und Kunst, fest in die proletarischen Massen eingepflanzt und schafft ein Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit — tiefer im Unbewußtsein wurzelnd, als es nach äußerer Gleichgültigkeit oder äußerlichem Internationalismus erscheint — das sich in einer nationalen Klassensolidarität äußern kann und die internationale Tat erschwert.

Die bürgerliche Kultur lebt im Proletariat erstens als geistige Tradition. Die darin befangenen Massen denken in Ideologien statt in Realitäten; bürgerliches Denken war immer ideologisch. Aber diese Ideologie und Tradition ist nicht einheitlich; aus den zahllosen Klassenkämpfen früherer Jahrhunderte sind die geistigen Reflexe als politische und religiöse Gedankensysteme überliefert worden, die die alte bürgerliche Welt und daher auch noch die ihr entstammenden Proletarier in nach ideologischen Anschauungen getrennten Gruppen, Kirchen, Sekten, Parteien, verteilen. So besteht die bürgerliche Vergangenheit im Proletariat zweitens als organisatorische Tradition, die der zu der neuen Welt gehörenden Einheit der Klasse im Wege steht; in diesen überlieferten Organisationen bilden die Arbeiter den Nachtrab und die Gefolgschaft einer bürgerlichen Vorhut. Die unmittelbaren Führer in diesen ideologischen Kämpfen gibt die Intelligenz ab. Die Intelligenz — die Geistlichen, Lehrer, Literaten, Journalisten, Künstler, Politiker — bil-

det eine zahlreiche Klasse, deren Aufgabe die Pflege, Ausbildung und Verbreitung der bürgerlichen Kultur ist; sie übermittelt diese den Massen und spielt den Vermittler zwischen Kapitalherrschaft und Masseninteressen. In ihrer geistigen Führerschaft über die Massen liegt die Kapitalherrschaft verankert. Denn wenn die unterdrückten Massen auch oft rebellierten gegen das Kapital und seine Organe, so nur unter ihrer Führung; und der in diesem gemeinsamen Kampfe gewonnene feste Zusammenhang und Disziplin erweist sich nachher, wenn diese Führer offen auf die kapitalistische Seite übergehen, als die stärkste Stütze des Systems. So zeigt sich die christliche Ideologie niedergehender kleinbürgerlicher Schichten, die als Ausdruck ihres Kampfes gegen den modernen kapitalistischen Staat eine lebendige Kraft geworden war, später oft als reaktionäres, staaterhaltendes Regierungssystem äußerst wertvoll (so der Katholizismus in Deutschland nach dem Kulturkampf). Ähnliches gilt für die Sozialdemokratie, trotzdem sie in theoretischer Hinsicht vieles Wertvolle geleistet hat, in der zeitgemäßen Zerstörung und Ausrottung alter Ideologien in der emporkommenden Arbeiterschaft. Sie ließ dabei die geistige Abhängigkeit der proletarischen Massen von politischen und anderen Führern bestehen, denen diese Massen als Spezialisten die Leitung aller großen allgemeinen Klassenangelegenheiten überließen, statt sie in die eigenen Hände zu nehmen. Der feste Zusammenhang und die Disziplin, die sich in dem oft scharfen Klassenkampf eines halben Jahrhunderts ausgebildet, hat den Kapitalismus nicht untergraben, denn sie bedeutete eine Macht der Organisation und des Führertums über die Massen, die diese Massen im August 1914 und im November 1918 zu machtlosen Werkzeugen der Bourgeoisie, des Imperialismus und der Reaktion machte. Die geistige Macht der bürgerlichen Vergangenheit über das Proletariat bedeutet in vielen Ländern Westeuropas (so in Deutschland, Holland) eine Spaltung des Proletariats in ideologisch getrennte Gruppen, die die Klasseneinheit verhindern. Die Sozialdemokratie hatte ursprünglich diese Klasseneinheit verwirklichen wollen, aber — zum Teil durch ihre opportunistische Taktik, die die rein-politische Politik an die Stelle der Klassenpolitik setzte — ohne Erfolg: sie hat die Zahl der Gruppen bloß um eine vermehrt.

Die Herrschaft bürgerlicher Ideologie über die Massen kann nicht verhindern, daß in Zeiten der Krise, die diese Massen zur Verzweiflung und zur Tat bringen, die Macht dieser Tradition zeitweilig zurückgedrängt wird — wie im November 1918 in Deutschland. Aber dann tritt die Ideologie neuerlich hervor und wird zur Ursache, daß der zeitweilige Sieg wieder verloren geht. An dem deutschen Beispiel zeigen sich die konkreten Kräfte, die wir hier hier als Herrschaft bürgerlicher Anschauungen zusammenfassen: die Ehrfurcht vor ab-

strakten Losungen, wie die „Demokratie“; die Macht alter Denkgewohnheiten und Programmpunkte, wie Verwirklichung des Sozialismus durch parlamentarische Führer und eine sozialistische Regierung; Mangel an proletarischem Selbstvertrauen, erkennbar in dem Einfluß des ungeheuren Schlammstromes der Lügennachrichten über Rußland; Mangel an Glauben in die eigene Kraft; aber vor allem das Vertrauen in die Partei, die Organisation, die Führer, die während vieler Jahrzehnte die Verkörperung ihres Kampfes, ihrer Revolutionsziele, ihres Idealismus gewesen waren. Die gewaltige, geistige, moralische und materielle Macht der Organisationen, dieser von den Massen selbst in emsiger langjähriger Arbeit geschaffenen riesigen Maschinen, die die Tradition der Kampfformen einer Periode verkörperten, in der die Arbeiterbewegung ein Glied des emporsteigenden Kapitalismus war, zerdrückte jetzt alle revolutionären Tendenzen, die neu in den Massen aufflammten.

Dieser Fall wird nicht der einzige bleiben. Der Widerspruch zwischen der geistigen Unreife, der Macht bürgerlicher Tradition im Proletariat und dem raschen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Kapitalismus — kein zufälliger Widerspruch, da in einem blühenden Kapitalismus das Proletariat die geistige Reife zur Herrschaft und Freiheit nicht erwerben kann — kann nur gelöst werden durch den revolutionären Entwicklungsprozeß, in dem spontane Erhebungen und Ergreifungen der Herrschaft mit Rückschlägen abwechseln. Er macht einen Verlauf der Revolution, bei dem das Proletariat lange Zeit immer vergebens mit allen alten und neuen Mitteln des Kampfes gegen die Kapitalburg stürmt, bis sie schließlich und dann endgültig erobert wird, wenig wahrscheinlich. Und damit fällt auch die Taktik der langwierigen kunstvollen Belagerung, die in Radeks Ausführungen dargelegt wird. Das Problem der Taktik ist nicht, wie möglichst rasch die Macht zu erobern, wenn sie nur erst eine Scheinmacht sein kann — sie wird den Kommunisten früh genug zufallen — sondern wie in dem Proletariat die Grundlagen für die dauernde Macht der Klasse auszubilden. Keine „entschlossene Minorität“ kann die Probleme lösen, die nur durch die Aktivität der ganzen Klasse gelöst werden können; und wenn die Bevölkerung scheinbar gleichgültig eine solche Mächtergreifung über sich ergehen läßt, so bildet sie doch nicht eine wirklich passive Masse, sondern ist, soweit nicht für den Kommunismus gewonnen, zu jedem Augenblicke fähig, als aktive Gefolgschaft der Reaktion über die Revolution herzufallen. Eine „Koalition mit dem Galgen daneben“ wäre auch nur eine notdürftige Verdeckung einer solchen unhaltbaren Parteidiktatur. Wenn das Proletariat in einer gewaltigen Erhebung die bankrotte Herrschaft der Bourgeoisie zerschlägt und seine klarste Vorhut, die kommunistische Partei, die poli-

tische Leitung übernimmt, dann hat sie nur eine Aufgabe, alle Mittel anzuwenden, die Ursache der Schwäche des Proletariats fortzuschaffen und seine Kraft zu steigern, damit es den revolutionären Kämpfen der Zukunft im höchsten Grade gewachsen ist. Dann gilt es, die Massen selbst zur höchsten Aktivität zu bringen, ihre Initiative anzustacheln, ihr Selbstvertrauen zu heben, damit sie selbst die Aufgaben ins Auge fassen, die in ihre Hand gelegt werden, denn nur so können diese gelöst werden. Dazu ist nötig, das Uebergewicht der überlieferten Organisationsformen und der alten Führer zu brechen — also auf keinen Fall mit ihnen eine regierungsfähige Koalition bilden, die nur das Proletariat schwächen kann — die neuen Formen auszubauen, die materielle Macht der Massen zu festigen; nur dadurch wird es möglich sein, die Produktion neu zu organisieren sowie die Verteidigung gegen die Angriffe des Kapitalismus von außen, und dies ist die erste Vorbedingung zur Verhinderung der Konterrevolution.

Die Macht, die die Bourgeoisie in der jetzigen Periode noch besitzt, ist die geistige Abhängigkeit und Unselbständigkeit des Proletariats. Die Entwicklung der Revolution ist der Prozeß der Selbstbefreiung des Proletariats aus dieser Abhängigkeit, aus der Tradition vergangener Zeiten — was nur durch die eigene Kampferfahrung möglich ist. Wo der Kapitalismus schon alt ist und daher auch der Kampf der Arbeiter gegen ihn schon einige Generationen umfaßt, mußte das Proletariat in jeder Periode Methoden, Formen und Hilfsmittel des Kampfes aufbauen, der jeweiligen Entwicklungsstufe des Kapitalismus angepaßt, die bald nicht mehr in ihrer Realität, als zeitlich beschränkte Notwendigkeiten gesehen, sondern als bleibende, absolut gute, ideologisch verhimmelte Formen überschätzt und daher später zu Fesseln der Entwicklung wurden, die gesprengt werden müssen. Während die Klasse in stetiger rascher Umwälzung und Entwicklung begriffen ist, bleiben die Personen der Führer auf einer bestimmten Stufe stehen, als Exponenten einer bestimmten Phase, und ihr mächtiger Einfluß kann die Bewegung hemmen; Aktionsformen werden zu Dogmen und Organisationen werden zum Selbstzweck erhoben, wodurch eine neue Orientierung und Anpassung an neue Kampfbedingungen erschwert wird. Das gilt auch jetzt noch; jede Entwicklungsstufe des Klassenkampfes muß die Tradition voriger Stufen überwinden, um ihre eigenen Aufgaben klar erkennen und lösen zu können — nur daß jetzt die Entwicklung in viel rascherem Tempo vor sich geht. So wächst die Revolution im Prozeß des inneren Kampfes. Aus dem Proletariat selbst wachsen die Widerstände auf, die es überwinden muß. Indem sie es überwindet, überwindet das Proletariat seine eigene Beschränktheit und wächst auf zum Kommunismus.

IV.

Der Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung waren die beiden hauptsächlichsten Kampfformen in dem Zeitalter der Zweiten Internationale.

Die erste internationale Arbeiterassoziation hat auf ihren Kongressen die Grundlagen zu dieser Taktik gelegt, indem sie (entsprechend der Marxschen Gesellschaftslehre) gegenüber den primitiven Anschauungen aus vorkapitalistischer, kleinbürgerlicher Zeit den Charakter des proletarischen Klassenkampfes als ununterbrochenen Kampf gegen den Kapitalismus um die Lebensbedingungen des Proletariats bis zur Eroberung der politischen Gewalt bestimmte. Als das Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen und bewaffneten Aufstände abgeschlossen war, konnte dieser politische Kampf nur im Rahmen der alten oder neu entstandenen Nationalstaaten geführt werden, der gewerkschaftliche oft noch in engem Rahmen. Daher mußte die Erste Internationale auseinanderfallen; und der Kampf um die neue Taktik, die von ihr selbst nicht durchzuführen war, sprengte sie, während in dem Anarchismus die Tradition der alten Anschauungen und Kampfmethoden lebendig blieb. Als Erbschaft hinterließ sie die neue Taktik denjenigen, die sie praktisch durchführen mußten, den überall entstehenden sozialdemokratischen Parteien mit den Gewerkschaften. Als aus ihnen die Zweite Internationale als lose Föderation entstand, hatte sie sich zwar noch in dem Anarchismus mit der Tradition der vorigen Periode auseinandersetzen; aber das Vermächtnis der Ersten Internationale bildete schon ihren selbstverständlichen taktischen Boden.

Jeder Kommunist kennt heute die Gründe, weshalb diese Kampfmethoden während jener Zeit notwendig und nützlich waren. Wenn die Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus emporkommt, ist sie noch nicht imstande und kann nicht einmal den Gedanken fassen, die Organe zu schaffen, durch die sie die Gesellschaft beherrschen und regeln könnte. Sie muß sich zuerst geistig zurechtfinden und den Kapitalismus und seine Klassenherrschaft begreifen lernen. Ihre Vorhut, die sozialdemokratische Partei, muß durch ihre Propaganda das Wesen der Regierung enthüllen und durch das Aufstellen der Klassenforderungen den Massen ihre Ziele zeigen. Dazu war es notwendig, daß ihre Wortführer in die Parlamente, die Zentren der Bourgeoisie, eindringen, dort ihre Stimme erheben und sich an den politischen Parteikämpfen beteiligen.

Anders wird es, wenn der Kampf des Proletariats in ein revolutionäres Stadium tritt. Wir reden hier nicht über die Frage, weshalb der Parlamentarismus als Regierungssystem nicht zur Selbstregierung der Massen taugt und dem Sowjetssystem weichen muß, sondern über die Benutzung des Parlamentarismus als Kampfmittel für das Proletariat. Als solche ist

der Parlamentarismus die typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen selbst eine untergeordnete Rolle spielen. Seine Praxis besteht darin, daß Abgeordnete, einzelne Personen, den wesentlichen Kampf führen; es muß dies daher bei den Massen die Illusion wecken, daß andere den Kampf für sie führen können. Früher war es der Glaube, die Führer könnten für die Arbeiter wichtige Reformen im Parlament erzielen; oder gar trat die Illusion auf, die Parlamentarier könnten durch Gesetzbeschlüsse die Umwälzung zum Sozialismus durchführen. Heute, da der Parlamentarismus bescheidener auftritt, hört man als Argument, im Parlament könnten die Abgeordneten Großes für die Propaganda des Kommunismus leisten.¹⁾ Immer fällt dabei das Hauptgewicht auf die Führer und es ist selbstverständlich dabei, daß Fachleute die Politik bestimmen — sei es auch in der demokratischen Verkleidung der Kongreßdiskussionen und Resolutionen —; die Geschichte der Sozialdemokratie ist eine Kette vergeblicher Bemühungen, die Mitglieder selbst ihre Politik bestimmen zu lassen. Wo das Proletariat parlamentarisch kämpft, ist das alles unvermeidlich, solange die Massen noch keine Organe der Selbstaktion geschaffen haben, also, wo die Revolution noch kommen muß. Sobald die Massen selbst auftreten, handeln und dadurch bestimmen können, werden die Nachteile des Parlamentarismus überwiegend.

Das Problem der Taktik ist — wir führten es oben aus — wie in der proletarischen Masse die traditionelle bürgerliche Denkweise auszurotten ist, die ihre Kraft lähmt; alles, was die überlieferte Anschauung neu stärkt, ist von Übel. Der zäheste, festeste Teil dieser Denkweise ist ihre Unselbstständigkeit Führern gegenüber, denen sie die Entscheidung allgemeiner Fragen, die Leitung ihrer Klassenangelegenheiten überläßt. Der Parlamentarismus hat die unvermeidliche Tendenz, die eigene, zur Revolution notwendige Aktivität der Massen zu hemmen. Mögen da schöne Reden zur Weckung der revolutionären Tat gehalten werden, so entspringt das revolutionäre Handeln nicht solchen Worten, sondern nur der harten, schweren Nötigkeit, wenn keine andere Wahl mehr bleibt.

Die Revolution erfordert auch noch etwas mehr als die massale Kampfthat, die ein Regierungssystem stürzt und von der wir wissen, daß sie nicht von Führern bestellt, sondern nur aus dem tiefen Drang der Massen empor springen kann. Die Revolution erfordert, daß die großen Fragen der gesell-

¹⁾ In Deutschland wurde neulich der Grund angegeben, die Kommunisten müssen ins Parlament gehen, um die Arbeiter von der Nützlosigkeit des Parlaments zu überzeugen. Aber man geht doch nicht einen falschen Weg, um anderen zu zeigen, daß er falsch ist, sondern geht lieber sofort den richtigen Weg.

schäftlichen Rekonstruktion zur Hand genommen, daß schwierige Entscheidungen getroffen werden, daß das ganze Proletariat in schaffende Bewegung gebracht wird — und das ist nur möglich, wenn zuerst die Vorhut, dann eine immer größere Masse sie selbst zur Hand nimmt, sich selbst dafür verantwortlich weiß, sucht, propagiert, ringt, versucht, nachdenkt, wägt, wagt und durchführt. Aber das ist alles schwer und mühsam; solange daher die Arbeiterklasse glaubt, einen leichteren Weg zu sehen, indem andere für sie handeln — von einer hohen Tribüne Agitation führen, Entscheidungen treffen, Signale für die Aktionen geben, Gesetze machen — wird sie zögern und durch die alten Denkgewohnheiten und die alten Schwächen passiv bleiben.

Während die Bedeutung des Parlamentarismus einerseits das Uebergewicht der Führer über die Massen stärkt, also konterrevolutionär wirkt, hat sie andererseits die Tendenz, diese Führer selbst zu verderben. Wenn persönliche Geschicklichkeit ersetzen muß, was an aktiver Massenkraft fehlt, tritt eine kleinliche Diplomatie auf; die Partei, mag sie mit anderen Absichten hingegegangen sein, muß sich einen legalen Boden, eine parlamentarische Machtstellung zu erwerben suchen; so wird schließlich das Verhältnis zwischen Zweck und Mittel umgekehrt und es dient nicht das Parlament als Mittel zum Kommunismus, sondern der Kommunismus als werbende Losung steht im Dienste der parlamentarischen Politik. Damit bekommt aber auch die kommunistische Partei selbst einen anderen Charakter. Aus der Vorhut, die die ganze Klasse zum revolutionären Handeln hinter sich sammelt, wird sie zu einer parlamentarischen Partei, mit derselben legalen Position wie die anderen, gleichartig sich mit den anderen herumzankend, eine Neuauflage der alten Sozialdemokratie unter neuen radikalen Losungen. Während im inneren Wesen zwischen der revolutionären Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei kein Unterschied besteht, kein Gegensatz denkbar ist, da die Partei gleichsam das zusammengefaßte klarste Klassenbewußtsein des Proletariats und seine wachsende Einheit verkörpert, zerbricht der Parlamentarismus diese Einheit und schafft die Möglichkeit eines solchen Gegensatzes: statt die Klasse zusammenzufassen, wird der Kommunismus eine neue Partei mit eigenen Parteihäuptern, die sich zu den anderen Parteien fügt und so die politische Spaltung des Proletariats verewigt; und die Fälle werden vorkommen, wo die Partei nach Macht strebt, durch Konzessionen, Kompromisse und andere Mittel, die der Macht und Geschlossenheit der Klasse schaden. Alle diese Tendenzen werden zweifellos durch die revolutionäre Entwicklung der Wirtschaft wieder aufgehoben werden; aber auch die ersten Ansätze können der revolutionären Bewegung nur schaden, indem sie die geistige Entwicklung zum klaren

Klassenbewußtsein hemmen; und wo die wirtschaftliche Lage zeitweilig in konterrevolutionärer Richtung zurückläuft, wird diese Politik den Weg zur Ablenkung der Revolution ins Fahrwasser der Reaktion bahnen.

Das große, wirklich Kommunistische der russischen Revolution liegt vor allem darin, daß sie die eigene Aktivität der Massen geweckt hat und eine psychische und physische Energie in ihnen entfachte, die sie befähigte, die neue Gesellschaft zu bauen und zu tragen. Dieses Aufwachen der Massen zu solchem Kraftbewußtsein und zu solcher Kraft geht nicht in einem, sondern in Etappen; eine Etappe auf diesem Weg zur Selbständigkeit und Selbstbefreiung ist die Ablehnung des Parlamentarismus. Als die neuentstandene Kommunistische Partei Deutschlands, Dezember 1918, die Boykottierung der Nationalversammlung beschloß, entsprang dies nicht der unreifen Illusion eines leichten, raschen Sieges; sondern dem Bedürfnis, sich aus der geistigen Abhängigkeit von Parlamentsvertretern zu befreien — als Reaktion gegen die sozialdemokratische Tradition notwendig — da man jetzt den Weg zur eigenen Aktion in dem Aufbau des Rätessystems vor sich sah. Allerdings hat von den damals Vereinigten die eine Hälfte, die in der K. P. D. Gebliebenen, nach dem Zurückfluten der Revolution den Parlamentarismus wieder adoptiert — mit weichen Folgen, wird sich noch herausstellen, und hat sich zum Teil schon herausgestellt. Auch in anderen Ländern sind die Anschauungen unter den Kommunisten geteilt und es wollen viele Gruppen sogar vor dem Ausbruch der Revolution den Parlamentarismus nicht anwenden. So wird während der nächsten Zeit der innere Streit über den Parlamentarismus als Kampfmethode voraussichtlich einer der hauptsächlichsten Streitpunkte der Taktik innerhalb der Dritten Internationale sein.

Allerdings sind alle darin miteinander einig: er bildet nur einen untergeordneten Punkt unserer Taktik. Die Zweite Internationale konnte sich so weit entwickeln, bis sie den Kernpunkt der neuen Taktik hervorgehoben und klargestellt hatte: das Proletariat kann den Imperialismus nur besiegen mit der Waffe der Massenaktionen. Selbst konnte sie sie nicht mehr anwenden; sie mußte zugrunde gehen, als der Weltkrieg den revolutionären Klassenkampf auf eine internationale Basis stellte. Das Resultat der vorigen war die selbstverständliche Grundlage der neuen Internationale; die Massenaktionen des Proletariats bis zum Massenstreik und zum Bürgerkrieg bildet den gemeinsamen taktischen Boden der Kommunisten. In der parlamentarischen Aktion ist das Proletariat national geteilt und ist ein wirklich internationales Auftreten nicht möglich; in den Massenaktionen gegen das internationale Kapital fallen die nationalen Trennungen fort und ist jede Bewegung, auf

welche Länder sie sich ausbreiten oder beschränken mag, Teil eines gemeinsamen Weltkampfes.

V.

Sowie der Parlamentarismus die geistige, so verkörpert die Gewerkschaftsbewegung die materielle Macht der Führer über die Arbeitermassen. Die Gewerkschaften bilden unter dem Kapitalismus die natürlichen Organisationen für den Zusammenschluß des Proletariats; und als solche hat Marx schon in frühester Zeit ihre Bedeutung hervorgehoben. Im entwickelten Kapitalismus und noch mehr in dem imperialistischen Zeitalter sind diese Gewerkschaften stets mehr zu riesigen Verbänden geworden, die die gleiche Tendenz der Entwicklung zeigen, wie in älterer Zeit die bürgerlichen Staatskörper selbst. In ihnen ist eine Klasse von Beamten, eine Bürokratie entstanden, die über alle Machtmittel der Organisation verfügt: die Geldmittel, die Presse, die Ernennung der Unterbeamten; oft hat sie noch weitergehende Machtbefugnisse, so daß sie aus Dienern der Gesamtheit zu ihren Herren geworden ist und sich selbst mit der Organisation identifiziert. Und auch darin stimmen die Gewerkschaften mit dem Staat und seiner Bürokratie überein, daß trotz der Demokratie, die darin herrscht, die Mitglieder nicht imstande sind, ihren Willen gegen die Bürokratie durchzusetzen; an dem kunstvoll aufgebauten Apparat von Geschäftsordnungen und Statuten bricht sich jede Revolte, bevor sie die höchsten Regionen erschüttern kann. Nur mit zäher Ausdauer gelingt es einer Opposition bisweilen, nach Jahren einen mäßigen Erfolg zu erzielen, der meist nur auf einen Personenwechsel herauskommt. In den letzten Jahren, vor dem Krieg und nachher, kam es daher — in England, Deutschland, Amerika — öfters zu Rebellionen der Mitglieder, die auf eigene Faust streikten, gegen den Willen der Führer oder die Beschlüsse des Verbandes selbst. Daß dies als etwas Natürliches vorkommt und als solches hingenommen wird, bringt schon zum Ausdruck, daß die Organisation nicht die Gesamtheit der Mitglieder ist, sondern gleichsam etwas ihnen Fremdes; daß die Arbeiter nicht über ihren Verband gebieten, sondern daß er als eine äußere Macht, gegen die sie rebellieren können, über ihnen steht, obgleich doch diese Macht aus ihnen selbst entspringt — also wieder ähnlich wie der Staat. Legt sich dann die Revolte, so stellt sich die alte Herrschaft wieder ein, trotz des Hasses und der machtlosen Erbitterung in den Massen weiß sie sich zu behaupten, weil sie sich stützt auf der Gleichgültigkeit und dem Mangel an klarer Einsicht und einheitlichem, ausdauerndem Willen dieser Massen und von der inneren Notwendigkeit der Gewerkschaft als einzigem Mittel der Arbeiter, in dem Zusammenschluß Kraft gegen das Kapital zu finden, getragen wird.

Kämpfend gegen das Kapital, gegen die verelendeten absolutistischen Tendenzen des Kapitals, sie beschränkend und dadurch der Arbeiterklasse die Existenz ermöglichend, erfüllte die Gewerkschaftsbewegung ihre Rolle im Kapitalismus und war dadurch selbst ein Glied der kapitalistischen Gesellschaft. Aber erst mit dem Eintritt der Revolution, als das Proletariat aus einem Glied der kapitalistischen Gesellschaft zum Vernichter dieser Gesellschaft wird, tritt die Gewerkschaft in Gegensatz zum Proletariat.

Sie wird legal, offen staatszerhaltend und staatlich anerkannt; sie stellt den „Aufbau der Wirtschaft vor der Revolution“ als ihre Lösung auf, also die Erhaltung des Kapitalismus. In Deutschland strömen nun viele Millionen Zahlen von Proletariern, die es bisher durch Terrorismus von oben nicht wagten, in sie hinein in einer Mischung von Furchtsamkeit und beginnender Kampf Stimmung. Jetzt wird die Verwandtschaft der fast die ganze Arbeiterklasse umfassenden Gewerkschaftsverbände mit einem Staatswesen noch größer. Die Gewerkschaftsbeamten kommen nicht nur darin mit der staatlichen Bürokratie überein, daß sie zu Gunsten des Kapitals durch ihre Macht die Arbeiterklasse niederhalten, sondern auch darin, daß ihre „Politik“ immer mehr darauf hinauskommt, die Massen mit den demagogischen Mitteln zu betrügen und für ihre Abkommen mit den Kapitalisten zu gewinnen. Und auch die Methode wechselt mit den Verhältnissen: roh und brutal in Deutschland, wo die Gewerkschaftsführer den Arbeitern mit Gewalt und schlauem Betrug die Akkordarbeit und die verlängerte Arbeitszeit aufhasten, mit raffinierter Schlaueit in England, wo dieses Beamtentum — ähnlich wie die Regierung — sich den Anschein gibt, sich durch die Arbeiter widerwillig fortschieben zu lassen, während es in Wirklichkeit die Forderungen der Arbeiter sabotiert.

Was Marx und Lenin für den Staat hervorhoben: daß es seine Organisation trotz der formellen Demokratie unmöglich macht, ihn zu einem Instrument der proletarischen Revolution zu machen, muß daher auch für die Gewerkschaftsorganisation gelten. Ihre konterrevolutionäre Macht kann nicht durch einen Personenwechsel, durch die Ersetzung reaktionärer durch radikale oder „revolutionäre“ Führer vernichtet oder geschwächt werden. Die Organisationsform ist es, die die Massen so gut wie machtlos macht und sie darin hindert, die Gewerkschaft zum Organ ihres Willens zu machen. Die Revolution kann nur siegen, indem sie diese Organisation vernichtet, d. h. die Organisationsform so völlig umwälzt, daß sie zu etwas ganz anderem wird. Das Sowjetsystem, der Aufbau von innen, ist nicht nur in der Lage, die staatliche, sondern auch die gewerkschaftliche Bürokratie zu entwurzeln und zu beseitigen; es wird nicht bloß die neuen politischen Organe des Proletariats gegenüber dem Parlament bilden, sondern auch die Grundlage der neuen Gewerkschaften.

In den Parteistreitigkeiten in Deutschland ist darüber gespöttelt worden, als könne eine Organisationsform revolutionär sein, da es doch nur auf die revolutionäre Gesinnung der Menschen, der Mitglieder ankomme. Wenn aber der wichtigste Inhalt der Revolution darin besteht, daß die Massen selbst ihre Angelegenheiten — die Leitung der Gesellschaft und der Produktion — in die Hand nehmen, dann ist jede Organisationsform konterrevolutionär und schädlich, die den Massen nicht gestattet, selbst zu herrschen und zu leiten; daher soll sie ersetzt werden durch eine andere Form, die deshalb revolutionär ist, weil sie die Arbeiter selbst aktiv über alles bestimmen läßt. Das soll nicht bedeuten, daß in einer noch passiven Arbeiterschaft diese Form zuerst geschaffen und fertiggestellt werden soll, in der sich dann nachher der revolutionäre Sinn der Arbeiter betätigen könnte. Diese neue Organisationsform kann selbst nur im Prozeß der Revolution von den revolutionär auftretenden Arbeitern geschaffen werden. Aber die Erkenntnis der Bedeutung der heutigen Organisationsform bestimmt die Stellung, die die Kommunisten zu den Versuchen einzunehmen haben, die jetzt schon auftreten, diese Form zu schwächen oder zu sprengen.

In den syndikalistischen und noch mehr in der „industriellen“ Gewerkschaftsbewegung trat schon das Bestreben hervor, den bürokratischen Apparat möglichst klein zu halten und alle Kraft in der Aktivität der Massen zu suchen. Daher haben sich die Kommunisten zumeist für die Unterstützung dieser Organisationen gegen die zentralen Verbände ausgesprochen. Solange der Kapitalismus aufrechtsteht, können allerdings diese Neubildungen keinen großen Umfang gewinnen — die Bedeutung der amerikanischen I. W. W. ist dem besonderen Umstande eines zahlreichen ungelerten Proletariats meist fremden Ursprunges außerhalb der alten Verbände entsprungen. Dem Sowjetsystem vielmehr verwandt ist die Bewegung der Shop-Committees und Shop-Stewards in England, die in der Kampfpraxis geschaffene Organe der Massen gegenüber der Bürokratie sind. Noch absichtlicher der Sowjetidee nachgebildet, aber schwach durch das Stagnieren der Revolution, sind die „Unionen“ in Deutschland. Jede Neubildung solcher Art, die die zentralisierten Verbände und ihre innere Festigkeit schwächt, räumt ein Hemmnis der Revolution aus dem Wege und schwächt die konterrevolutionäre Macht der Gewerkschaftsbürokratie. Allerdings wäre es eine verlockende Idee, alle oppositionellen und revolutionären Kräfte innerhalb dieser Verbände zusammenzuhalten, damit sie schließlich als Majorität diese Organisation erobern und umwälzen könnten. Aber erstens ist dies eine Illusion, — ähnlich wie es der verwandte Gedanke wäre, die S. D. Partei zu erobern — da die Bürokratie schon weiß, mit einer Opposition umzugehen, bevor sie zu gefährlich wird. Und zweitens läuft eine Revolution nun

einmal nicht nach einem glatten Programm ab, sondern spielen elementare Ausbrüche leidenschaftlich aktiver Gruppen darin immer eine bedeutende Rolle als vorwärts treibende Kraft. Sollten aber Kommunisten, aus opportunistischen Rücksichten auf Augenblickserfolge, sich solchen Erstrebungen entgegenstellen zu Gunsten der Zentralverbände, so würden sie die Hemmnisse verstärken, die sich ihnen später am mächtigsten in den Weg stellen werden.

Die Bildung ihrer eigenen Macht- und Aktionsorgane, der Sowjets, durch die Arbeiter, bedeutet schon die Zersetzung und Auflösung des Staates. Die Gewerkschaft als eine viel jüngere, moderne, selbstgeschaffene Organisationsform wird sich viel länger erhalten, da sie in einer frischeren Tradition selbst-erlebter Verhältnisse wurzelt und daher in der Anschauungswelt des Proletariats noch einen Platz behauptet, wenn es die staatlich-demokratischen Illusionen schon abgestreift hat. Da die Gewerkschaften aber aus dem Proletariat selbst hervorgekommen sind, als Produkte ihres eigenen Schaffens, werden sich hier am meisten Neubildungen zeigen als Versuche, sie jedesmal neuen Verhältnissen anzupassen; hier werden dem Prozeß der Revolution folgend, sich nach dem Muster der Sowjets neue Formen seines Kampfes und seiner Organisation in stetiger Umbildung und Entwicklung aufbauen.

VI.

Die Vorstellung, die proletarische Revolution in Westeuropa sei einer geregelten Belagerung der kapitalistischen Festung zu vergleichen, in der das Proletariat durch die kommunistische Partei in eine wohlorganisierte Armee zusammengefaßt, sie mittels seiner altbewährten Methoden in wiederholten Stürmen angreift, bis der Feind sich ergibt, während es zugleich die Betriebskontrolle Schritt für Schritt erobert, ist eine neureformistische Vorstellung, die den Kampfbedingungen der altkapitalistischen Länder sicher nicht entspricht. Revolutionen und Eroberungen der Macht können da vorkommen, die wieder verloren gehen; die Bourgeoisie wird die Macht zurückgewinnen können, aber dabei die Wirtschaft noch hoffnungsloser zerrütten; politische Zwischenformen können auftreten, die durch ihren Mangel an Kraft das Chaos nur verlängern. Der Prozeß der Revolution besteht zuerst in einer Loslösung der alten Bedingungen, die in jeder Gesellschaft vorhanden sein müssen, weil sie den gesellschaftlichen Gesamtprozeß der Produktion und des Zusammenlebens erst ermöglichen und die durch die lange geschichtliche Praxis die feste Kraft spontaner Sitten und sittlicher Normen (Pflichtgefühl, Fleiß, Disziplin) bekommen haben. Ihr Zerfall ist eine notwendige Begleiterscheinung der Auflösung des Kapitalismus, während zugleich die neuen Bindungen, die zur kommuni-

stischen Neuorganisation der Arbeit und der Gesellschaft gehören — deren Entstehung wir in Rußland beobachten — noch nicht kräftig genug sind. Daher wird eine Zeit des gesellschaftlichen und politischen Chaos als Uebergangszeit unvermeidlich. Wo das Proletariat rasch die Herrschaft erobert und sie fest in der Hand zu behalten weiß, wie in Rußland, kann die Uebergangszeit kurz sein und rasch durch den positiven Aufbau beendet werden. Aber in Westeuropa wird der Zerstörungsprozeß viel langwieriger sein. In Deutschland sehen wir die Arbeiterklasse gespalten in Gruppen, in denen diese Entwicklung verschieden weit gediehen ist, und die deshalb noch nicht zur aktiven Einheit kommen können. Die Symptome der letzten Revolutionsbewegungen weisen darauf hin, daß das ganze Reich, wie Zentraleuropa überhaupt, sich auflöst, daß die Volksmassen nach Schichten wie nach Regionen auseinanderfallen, deren jede zuerst auf eigene Faust vorgeht, hier sich zu bewaffnen weiß und die politische Gewalt mehr oder weniger an sich zieht, da in Streikbewegungen die bürgerliche Gewalt lähmt, dort sich als eine Bauernrepublik abschließt, anderswo zum Stützpunkt von weißen Gardien wird oder in elementaren agrarischen Revolten die feudalen Reste sprengt — die Zerstörung der Kräfte der alten Welt muß offenbar erst gründlich sein, bevor von einem wirklichen Aufbau des Kommunismus die Rede sein kann. Die Aufgabe der kommunistischen Partei kann dabei nicht sein, diese Umwälzung zu schulmeistern und vergeblich Versuche anzustellen, sie in eine Zwangsjacke überlieferter Formen zu pferchen, sondern überall die Kräfte der proletarischen Bewegung zu unterstützen, die spontanen Aktionen zusammen zu fassen, ihnen das Bewußtsein ihres Zusammenhanges im großen Rahmen zu geben, dadurch die Vereinheitlichung der zersplitterten Aktionen vorzubereiten und sich so an die Spitze der Gesamtbewegung zu stellen.

Die erste Phase der Auflösung des Kapitalismus, gleichsam ihre Einleitung, sehen wir in den Ententeländern, wo seine Herrschaft noch unerschüttert ist, als ein unaufhaltsames Zurücklaufen der Produktion und der Valuta, ein Ueberhandnehmen des Streiks und eine starke Arbeitsunlust im Proletariat. Die zweite Phase, die Zeit der Konterrevolution, d. h. der politischen Herrschaft der Bourgeoisie im Zeitalter der Revolution, bedeutet den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch; wir können sie am besten in Deutschland und im übrigen Zentraleuropa studieren. Wäre sofort nach der politischen Umwälzung ein kommunistisches System aufgetreten, so hätte, sogar trotz der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, trotz Erschöpfung und Armut, ein organisierter Neuaufbau beginnen können. Aber Ebert-Noske dachten so wenig wie Renner-Bauer an den organisierten Aufbau: sie ließen der Bourgeoisie die freie Hand und sahen es nur als

ihre Aufgabe an, das Proletariat niederzuhalten. Die Bourgeoisie handelte, d. h. jeder Kapitalist handelte wie es seiner Natur als Bourgeois entspricht; jeder hatte nur diesen einen Gedanken, möglichst viel Profit machen, für sich persönlich aus dem Zusammenbruch zu retten, was zu retten war. Es wurde zwar in Zeitungen und Manifesten von der Notwendigkeit geredet, das ökonomische Leben durch geordnete Arbeit wieder aufzubauen, aber das war bloß für die Arbeiter gemeint, um den harten Zwang zur intensivsten Arbeit trotz ihrer Erschöpfung mit schönen Phrasen zu verkleiden. In Wirklichkeit kümmerte sich selbstverständlich kein einziger Bourgeois um den wirtschaftlichen Aufbau als allgemeines Volksinteresse, sondern nur um seinen persönlichen Gewinn. Zuerst wurde der Handel wieder, wie in der Urzeit, das wichtigste Mittel zur Bereicherung; das Sinken der Valuta bot die Gelegenheit, alles ins Ausland zu verkaufen — Rohstoffe, Lebensmittel, Produkte, Produktionsmittel — was für den wirtschaftlichen Aufbau oder die bloße Existenz der Massen nötig gewesen wäre, und weiter die Fabriken selbst und die Eigentumsmittel. Das Schiebertum beherrscht alle bürgerlichen Schichten, von einer zügellosen Korruption des Beamtentums unterstützt. So wurde alles, was vom alten Besitz übrig geblieben war und nicht als Kriegsentschädigung abgegeben werden mußte, von den „Leitern der Produktion“ ins Ausland verschoben. Und ähnlich trat auf dem Gebiete der Produktion die private Profitsucht auf, die durch ihre völlige Gleichgültigkeit für das Gemeinwohl das Wirtschaftsleben herunterbringt. Um den Proletariern die Akkordarbeit und die verlängerte Arbeitszeit aufzwingen zu können oder die rebellischen Elemente unter ihnen los zu werden, wurden sie ausgesperrt und die Betriebe stillgelegt, unbekümmert um die Stagnation, die dadurch in der übrigen Industrie entstand. Dazu kam die Unfähigkeit der bürokratischen Leitung der Staatsbetriebe, die zur völligen Bummelerei wurde, da die kräftige Hand der Regierung von oben fehlte. Beschränkung der Produktion, das altprimitivste Mittel zur Steigerung der Preise, aber unter einem blühenden Kapitalismus infolge der Konkurrenz undurchführbar, kam wieder zu Ehren. In den Börsenachrichten scheint der Kapitalismus wieder aufzublühen, aber die hohen Dividenden sind ein Aufzehren des letzten Besitzes und werden selbst in Luxus verjubelt. Was wir in Deutschland in dem letzten Jahre beobachten, ist nicht etwas Auffälliges, sondern die Wirkung des allgemeinen Charakters der Bourgeoisie als Klasse. Ihr einziges Ziel ist und war immer der persönliche Profit, im normalen Kapitalismus hält dieser Trieb die Produktion im Gange, im untergehenden Kapitalismus bewirkt er die völlige Zerstörung der Wirtschaft. Und daher wird es mit anderen Ländern denselben Weg gehen; ist einmal die Produktion

bis zu einer gewissen Höhe zerrüttet und ist die Valuta stark gesunken, dann wird, wenn dem privaten Gewinnsucht der Bourgeoisie freie Bahn gelassen wird — und das ist die Bedeutung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie unter der Larve irgendwelcher nichtkommunistischen Partei — auch der völlige Untergang der Wirtschaft das Resultat sein.

Die Schwierigkeiten des Neuaufbaues, von denen sich das westeuropäische Proletariat unter solchen Umständen gestellt sieht, sind ungeheuer viel größer, als sie in Rußland waren — die nachherige Verwüstung der industriellen Produktivkräfte durch Koltshak und Denikin gibt eine schwache Ahnung davon. Er kann nicht warten, bis eine neue politische Ordnung hergestellt ist, er muß schon im Prozeß der Revolution begonnen werden, indem überall, wo das Proletariat die Macht ergreift, sofort eine Ordnung der Produktion durchgeführt wird, und die Verfügungsgewalt der Bourgeoisie über die materiellen Elemente des Lebens aufgehoben. Die Betriebskontrolle kann dazu dienen, in den Werkstätten die Verwendung der Waren zu überwachen; aber es ist klar, daß damit nicht alle gemeinschädlichen Schiebungen der Bourgeoisie erfaßt werden. Dazu ist die volle bewaffnete politische Gewalt und ihre schärfste Handhabung nötig. Wo die Wucherer rücksichtslos ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl das Volksgut verschleudern, wo die bewaffnete Reaktion blindlings mordet und zerstört, muß das Proletariat rücksichtslos eingreifen und kämpfen, das Gemeinwohl, das Leben des Volkes zu schützen.

Die Schwierigkeiten der Neuorganisation einer völlig vernichteten Gesellschaft sind so groß, daß sie von vornherein unüberwindlich erscheinen, so daß es auch absolut unmöglich ist, im voraus ein Programm für die Rekonstruktion aufzustellen. Aber sie müssen überwunden werden, das Proletariat wird sie überwinden durch die grenzenlose Selbstaufopferung und Hingabe, durch die unendliche Kraft der Seele und des Geistes, durch die ungeheuren psychischen und moralischen Energien, die die Revolution in seinem geschwächten und gemarterten Leib zu wecken vermag.

Ein paar Fragen mögen andeutungsweise erörtert werden. Die Frage der technischen Industriebeamten wird nur zeitweilig Schwierigkeiten geben, trotzdem sie absolut bürgerlich denken und einer proletarischen Herrschaft in tiefster Feindschaft gegenüberstehen, werden sie sich schließlich doch fügen. Das Ingangbringen von Verkehr und Industrie wird vor allem eine Frage der Zufuhr von Rohstoffen sein; und diese Frage fällt mit der Frage der Lebensmittel zusammen. Die Lebensmittelfrage ist die Kernfrage der westeuropäischen Revolutionen, da die stark industrialisierte Bevölkerung schon unter dem Kapitalismus nicht ohne fremde Zufuhr auskommen konnte. Die Lebensmittelfrage

der Revolution ist aber aufs engste mit der ganzen Agrarfrage verknüpft und die Prinzipien einer kommunistischen Regelung der Landwirtschaft müssen schon auf die Maßnahmen zur Steuerung des Hungers während der Revolution von Einfluß sein. Die Junkergüter, der Großgrundbesitz ist reif zur Enteignung und kollektiven Bewirtschaftung; das Kleinbauernrum wird von aller kapitalistischen Ausbeutung befreit und durch Unterstützung mit allen Mitteln der Staatshilfe und Kooperation auf den Weg intensiver Kultur geleitet werden; das mittlere Bauernrum, das zum Beispiel in West- und Süddeutschland die Hälfte des Bodens besitzt, das stark individualistisch, also antikommunistisch denkt, aber eine noch unerschütterliche wirtschaftliche Stellung einnimmt, also nicht zu expropriieren ist, wird man durch Regelung des Produktaustausches und Förderung der Produktivität in den Kreis des gesamten Wirtschaftsprozesses einzuflügen haben — erst der Kommunismus wird in der Landwirtschaft die Entwicklung zur höchsten Produktivität und die Aufhebung der Individualwirtschaft einleiten, die der Kapitalismus in der Industrie gebracht hat. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter die Gutsbesitzer als feindliche Klasse, die Landarbeiter und Kleinbauern als ihre Verbündeten in der Revolution anzusehen haben, während sie keinen Anlaß haben, sich die Mittelbauern zu Feinde zu machen, wenn diese im voraus auch feindlich gesinnt sein mögen. Das bedeutet, daß, solange ein Austausch von Gütern noch nicht geregelt ist — in der ersten chaotischen Zeit — eine Requisition von Lebensmitteln bei diesen Bauernschichten nur als Notmaßnahme, als absolut unvermeidlicher Ausgleich des Hungers zwischen Stadt und Land, stattfinden. Der Kampf gegen den Hunger wird vor allem durch die Einfuhr von außen geführt werden müssen. Sowjetrußland wird mit seinen reichen Hilfsquellen an Lebensmitteln und Rohstoffen der Retter und Ernährer der westeuropäischen Revolution sein. Deshalb vor allem ist die Erhaltung und die Unterstützung Sowjetrußlands für die westeuropäische Arbeiterklasse das allerhöchste und ureigenste Lebensinteresse.

Der neue Aufbau der Wirtschaft, so ungeheuer schwierig er sein wird, ist nicht das erste Problem, das die Kommunistische Partei zu beschäftigen hat. Wenn die proletarischen Massen ihre höchste geistige und sittliche Kraft entfalten, werden sie es lösen. Die erste Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, diese Kraft zu wecken und zu fördern. Sie hat alle überkommenen Ideen, die das Proletariat ängstlich und unsicher machen, auszurotten, allem, was in den Arbeitern Illusionen über leichtere Wege weckt und sie von den radikalsten Maßnahmen zurückhält, entgegenzusetzen, alle Tendenzen, die auf halbem Wege oder bei Kompromissen stehen bleiben, energisch zu bekämpfen. Und solche Tendenzen gibt es noch viele.

VII.

Der Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus wird nicht nach dem einfachen Schema: Eroberung der politischen Gewalt, Einführung der Rätssysteme, Aufhebung der Privatwirtschaft, stattfinden, wenn dies auch die große Entwicklungslinie abgibt. Das wäre nur möglich, wenn man gleichsam im Leeren aufbauen könnte. Aber aus dem Kapitalismus sind Betriebs- und Organisationsformen entstanden, die ihren festen Boden im Bewußtsein der Massen haben und selbst erst in einen Prozeß politischer und wirtschaftlicher Revolution umgewälzt werden können. Von den Betriebsformen erwähnten wir schon die agrarischen Formen, die eine besondere Entwicklung durchmachen. In der Arbeiterklasse sind unter dem Kapitalismus Organisationsformen entstanden — nach den Ländern in Einzelheiten verschieden — die eine starke Macht darstellen, die nicht sofort zu beseitigen sind und die daher eine bedeutsame Rolle im Verlauf der Revolution spielen werden.

Das gilt zuerst von den politischen Parteien. Die Rolle der Sozialdemokratie in der heutigen Krise des Kapitalismus ist genügend bekannt, aber in Zentraleuropa bald ausgespielt. Auch ihre radikalsten Teile (wie die U. S. P. in Deutschland) wirken nicht nur dadurch schädlich, daß sie das Proletariat spalten, sondern vor allem, weil sie durch ihre sozialdemokratischen Ideen — die Herrschaft politischer Führer, die durch ihre Taten und Verhandlungen die Geschichte des Volkes lenken — immer wieder die Massen verwirren und von der Aktion zurückhalten. Und wenn eine kommunistische Partei sich als parlamentarische Partei konstituiert, die statt der Klassendiktatur die Diktatur der Partei, das heißt die Diktatur der Parteiführer verwirklichen will, so kann sie auch zu einem Hemmnis werden der Entwicklung. Die Haltung der kommunistischen Partei Deutschlands während der revolutionären März-bewegung, als sie erklärte, das Proletariat sei noch nicht reif zur Diktatur und sie werde deshalb, wenn eine „rein-sozialistische Regierung“ zustande käme, zu ihr als „loyale Opposition“ auftreten, also das Proletariat vom schärfsten revolutionären Kampf gegen eine solche Regierung zurückhalten, hat auch schon von verschiedenen Seiten Kritik erfahren.¹⁾

Eine Regierung sozialistischer Parteiführer kann im Verlaufe der Revolution als Zwischenform auftreten; in ihr kommt dann das augenblickliche Verhältnis der revolutionären und bürgerlichen Kräfte zum Ausdruck, und sie hat die Tendenz, das augenblickliche Verhältnis der Zerstörung des Alten und der Ausbildung des Neuen als das Ergebnis der Revolution festzu-

¹⁾ Wir verweisen zum Beispiel auf die eingehende Kritik des Genossen Kolosvary in der Wiener Wochenschrift „Kommunismus“.

halten und zu verewigen. Sie wäre so etwas wie eine radikalere Neuauflage der Ebert-Haase-Dittmann-Regierung. Was von einer solchen Regierung zu erwarten ist, ergibt sich aus ihrer Grundlage: ein scheinbares Gleichgewicht der feindlichen Klassen, aber unter einem Uebergewicht der Bourgeoisie, eine Mischung von parlamentarischer Demokratie mit einer Art Rätssystem für die Arbeiter, Sozialisierung, durch das Veto des Entente-Imperialismus beschränkt, unter Erhaltung des Kapitalprofits, vergebliche Versuche, das scharfe Aufeinanderprallen der Klassen zu verhindern. Die dabei geprellt werden, sind immer die Arbeiter. Eine solche Regierung kann nicht nur nichts zum Aufbau tun, sie versucht es nicht einmal, da ihr einziges Ziel ist, die Revolution auf halbem Wege in ihrem Lauf aufzuhalten. Da sie sowohl den weiteren Abbruch des Kapitalismus zu verhindern sucht, wie die Ausbildung der vollen politischen Gewalt des Proletariats, wirkt sie direkt konterrevolutionär. Die Kommunisten können nicht anders, als in der rücksichtslosesten Weise eine solche Regierung bekämpfen.

Sowie in Deutschland die Sozialdemokratie die führende Organisation des Proletariats war, hat in England die Gewerkschaftsbewegung durch eine fast hundertjährige Geschichte die tiefsten Wurzeln in der Arbeiterklasse. Hier ist es schon lange das Ideal der jüngeren radikalen Gewerkschaftsführer — Robert Smillie mag als ihr Typus gelten — daß die Arbeiterklasse mittels der Organisation der Gewerkschaften die Gesellschaft beherrscht. Auch die revolutionären Syndikalisten und die Wortführer der I. W. W. in Amerika — obgleich der Dritten Internationale angeschlossen — denken sich die künftige Herrschaft des Proletariats vorwiegend in solcher Gestalt. Die radikalen Gewerkschaftler betrachten das Sowjetsystem nicht als die reinste Form proletarischer Diktatur, sondern vielmehr als eine Regierung von Politikern und Intelligenzlern, die auf einer aus Arbeiterorganisationen bestehenden Grundlage aufgebaut ist. Dagegen ist die Gewerkschaftsbewegung für sie die natürliche selbstgeschaffene Klassenorganisation des Proletariats, das sich darin selbst regiert und die ganze Arbeit beherrschen soll. Ist das alte Ideal der „industriellen Demokratie“ verwirklicht und die Gewerkschaft Meister in der Fabrik, dann wird ihr gemeinsames Organ, der Gewerkschaftskongreß, die Funktion der Leitung und Verwaltung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses. Er ist dann das wirkliche „Parlament der Arbeit“, das an die Stelle des alten bürgerlichen Parteienparlaments tritt. Allerdings schreckt man in diesen Kreisen oft noch vor einer einseitigen und „ungerechten“ Klassendiktatur als Vorstoß gegen die Demokratie zurück; die Arbeit soll herrschen, aber die anderen sollen nicht rechtlos sein. Dementsprechend könnte neben dem Arbeitsparlament, das die Grundlage alles Lebens, die Arbeit verwaltet, ein durch all-

gemeines Wahlrecht gewähltes zweites Haus als Vertretung des ganzen Volkes kommen und seinen Einfluß auf öffentliche, kulturelle und allgemein politische Fragen ausüben.

Diese Auffassung einer Regierung von Gewerkschaften soll nicht mit dem „Laborism“ verwechselt werden, der Politik der „Labourparty“, die die Gewerkschaftler jetzt führen. Dies ist ein Eindringen der Gewerkschaften in das heutige bürgerliche Parlament, indem sie eine „Arbeiterpartei“ bilden auf gleichen Fuß mit den anderen Parteien und dadurch streben, an ihre Stelle Regierungspartei zu werden. Diese Partei ist völlig bürgerlich und zwischen Henderson und Ebert ist nicht viel Unterschied. Sie wird der englischen Bourgeoisie die Gelegenheit bieten — sobald es durch den drohenden Druck von unten nötig ist — auf breiterer Basis ihre alte Politik fortzusetzen, die Arbeiter dadurch schwach zu halten und irrezuführen, daß ihre Führer in die Regierung aufgenommen werden. Eine Regierung der Arbeiterpartei — die vor einem Jahre bei der revolutionären Stimmung der Massen nahe schien, die aber die Führer selbst seitdem durch die Niederhaltung der radikalen Strömung wieder in weite Ferne gerückt haben — wäre ähnlich wie die Ebertregierung in Deutschland nur eine Regierung für die Bourgeoisie. Aber es muß sich noch zeigen, ob die weitblickende englische kluge Bourgeoisie sich selbst nicht viel besser als diese Arbeiterbürokraten die Einseifung und Niederhaltung der Massen zutraut.

Eine reine Gewerkschaftsregierung nach radikaler Auffassung steht gegenüber dieser Arbeiterpartei politik, diesem „Laborism“, wie Revolution gegenüber Reform steht. Nur eine wirkliche Revolution der politischen Verhältnisse — ob gewaltsam oder nach alten englischen Mustern — kann sie herbeiführen; und im Bewußtsein der breiten Massen wäre dies dann die Eroberung der Herrschaft durch das Proletariat. Aber dennoch ist sie von dem Ziel des Kommunismus durchaus verschieden. Sie beruht auf der beschränkten Ideologie, die sich im Gewerkschaftskampf entwickelt, wo man nicht das Weltkapital als Ganzes in allen seinen verschlungenen Formen, nicht das Finanzkapital, nicht das Bankkapital, das agrarische Kapital, das Kolonialkapital, sondern nur seine industrielle Form gegenüber sich sieht. Sie stützt sich auf die marxistische Oekonomie, wie sie jetzt in der englischen Arbeiterwelt eifrig studiert wird, die die Produktion als Ausbeutungsmechanismus zeigt, aber ohne die tiefere marxistische Gesellschaftslehre, den historischen Materialismus. Sie weiß, daß die Arbeit die Grundlage der Welt bildet und will daher, daß die Arbeit die Welt beherrscht; aber sie sieht nicht, wie alle abstrakte Gebiete des politischen und geistigen Lebens durch die Produktionsweise bedingt werden, und sie ist deshalb geneigt, diesen der bürgerlichen Intelligenz zu überlassen,

wenn diese nur die Vorherrschaft der Arbeit anerkennt. Eine solche Arbeiterregierung wäre in Wirklichkeit eine Regierung der Gewerkschaftsbürokratie, die sich ergänzt durch den radikalen Teil der alten Staatsbürokratie, denen sie als Sachverständigen die Spezialgebiete der Kultur, der Politik u. dgl. überläßt. Ihr wirtschaftliches Programm wird voraussichtlich auch nicht mit der kommunistischen Enteignung zusammenfallen, sondern nur auf die Enteignung des Großkapitals, des Wucher-Bank- und Bodenkapitals gerichtet sein, während der „redliche“ Unternehmerprofit der von diesem Großkapital gerupften und beherrschten kleineren Unternehmer geschont wird. Es ist auch fraglich, ob sie in der Kolonialfrage, diesen Lebensnerv der herrschenden Klasse Englands, den Standpunkt völliger Freiheit für Indien einnehmen wird, der wesentlich zum kommunistischen Programm gehört.

In welcher Weise, in welchem Maße und in welcher Reinheit sich eine solche politische Form verwirklichen wird, ist nicht vorauszusagen; wir können nur die allgemeinen Triebkräfte und Tendenzen, die abstrakten Typen erkennen, aber nicht die überall verschiedenen konkreten Formen und Mischungen, in denen sie realisiert werden. Die englische Bourgeoisie hat immer die Kunst verstanden, durch partielle Konzessionen im richtigen Moment von revolutionären Zielen zurückzuhalten, inwieweit sie auch in Zukunft diese Taktik befolgen kann, wird vor allem von der Tiefe der wirtschaftlichen Krise abhängen. Wird in unregelmäßigen industriellen Revolten die Gewerkschaftsdisziplin von unten zerrieben, während der Kommunismus die Massen ergreift, dann werden die radikalen und reformistischen Gewerkschaftler sich auf einer mittleren Linie zusammenfinden; geht der Kampf scharf gegen die alte reformistische Führerpolitik, dann werden radikale Gewerkschaftler und Kommunisten Hand in Hand gehen.

Diese Tendenzen sind nicht auf England beschränkt. In allen Ländern bestehen Gewerkschaften als die mächtigsten Arbeiterorganisationen; sobald durch einen politischen Zusammenstoß die alte Gewalt stürzt, wird sie naturgemäß der bestorganisierten und einflußreichsten Macht zufallen, die dann vorhanden ist. In Deutschland bildeten die Gewerkschaftsvorstände im November 1918 die konterrevolutionäre Garde hinter Ebert; und bei der letzten Märzkrise traten sie auf die politische Bühne, mit dem Versuch, einen direkten Einfluß auf die Bildung der Regierung zu erwerben. Bei diesen Stützen der Ebert-Regierung handelte es sich dabei nur darum, durch den Trug einer „Regierung unter Kontrolle der Arbeiterorganisation“ das Proletariat noch schlauer einzuseifen. Aber es zeigt, daß hier die gleiche Tendenz vorhanden ist wie in England. Und wenn auch die Legien und Bauer zu sehr konterrevolutionär kompromittiert sind, neue radikalere Gewerkschaftler der

U. S. P.-Richtung werden an ihre Stelle treten — sowie im vorigen Jahre die Unabhängigen unter Dissmann schon die Leitung des großen Metallarbeiterverbandes eroberten. Wenn eine revolutionäre Bewegung die Ebert-Regierung stürzt, wird zweifellos — neben der K. P. oder gegen sie — diese festorganisierte Macht von sieben Millionen Mitgliedern dabei sein, die politische Gewalt zu ergreifen.

Eine solche „Regierung der Arbeiterklasse“ mittels der Gewerkschaften kann nicht stabil sein, wenn sie sich bei einem langsamen ökonomischen Zersetzungsprozeß auch lange wird behaupten können, so wird sie in einer akuten Revolution nur als schwankender Übergangszustand bestehen können. Ihr Programm, wie oben skizziert, kann nicht radikal sein. Eine Richtung aber, die solche Maßnahmen, nicht wie der Kommunismus, höchstens als zeitweilige Zwischenformen zuläßt, die er bewußt in der Richtung einer kommunistischen Organisation weiterentwickelt, sondern als definitives Programm betrachtet, muß notwendig im Gegensatz zu und in Streit mit den Massen kommen. Erstens weil sie die bürgerlichen Elemente nicht völlig machtlos macht, sondern ihnen in der Bürokratie und vielleicht im Parlament eine gewisse Machtposition überläßt, von der aus sie den Klassenkampf weiter führen können. Die Bourgeoisie wird trachten, diese Machtpositionen zu stärken, während das Proletariat, weil es in solcher Weise die feindliche Klasse nicht vernichten kann, versuchen muß, das reine Sowjetsystem als Organ seiner Diktatur durchzuführen. In diesem Kampfe zweier kräftiger Gegner wird der ökonomische Aufbau unmöglich.¹⁾ Und zweitens, weil eine solche Regierung von Gewerkschaftsführern die Probleme, die die Gesellschaft stellt, nicht lösen kann. Denn diese sind nur zu lösen durch die eigene Initiative und Aktivität der einer proletarischen Masse, die durch eine so opferwillige, grenzenlose Begeisterung getrieben wird, also nur der Kommunismus mit seinen Perspektiven völliger Freiheit und höchster geistiger und sittlicher Erhebung wecken kann. Eine Richtung, die die materielle Armut und Ausbeutung aufheben will, sich aber bewußt darauf beschränkt, den bürgerlichen Ueberbau nicht antastet und nicht zugleich den ganzen geistigen Ausblick, die Ideologie des Proletariats umzuwälzen weiß, kann diese mächtigen Energien in den Massen nicht auslösen; aber daher wird

¹⁾ Das Fehlen äußerlich sichtbarer imponierender Gewaltmittel der Bourgeoisie in England weckt mitunter die pazifistische Illusion, eine gewaltsame Revolution sei hier nicht nötig und ein friedlicher Aufbau von unten (wie in der Guildbewegung und den Shop Committees) werde alles besorgen. Sicher ist, daß bisher die mächtigste Waffe der englischen Bourgeoisie nicht die Gewalt, sondern der schlaue Betrug war; wenn es aber nötig ist, wird diese weltbeherrschende Klasse noch ungeheure Gewaltmittel aufzubieten wissen.

sie auch unfähig sein, das materielle Problem, den wirtschaftlichen Aufbau, zu lösen und das Chaos zu heben.

Aehnlich wie die „rein sozialistische“ Regierung wird die Gewerkschaftsregierung das augenblickliche Ergebnis des Revolutionsprozesses festzuhalten und zu stabilisieren versuchen — nur in einem viel weiteren Entwicklungsstadium, wenn die Vorherrschaft der Bourgeoisie zerstört ist und ein gewisses Gleichgewicht der Klassen unter Vorherrschaft des Proletariats eingetreten ist; wenn nicht der ganze Kapitalprofit mehr zu erhalten ist, sondern nur seine weniger anstößige kleinkapitalistische Form; wenn nicht mehr der bürgerliche, sondern der sozialistische Aufbau ernsthaft versucht wird, sei es auch mit ungenügenden Mitteln. Ihre Bedeutung ist also die einer letzten Zuflucht der bürgerlichen Klasse. Wenn die Bourgeoisie sich gegen den Ansturm der Massen auf der Linie Scheidemann-Henderson-Renaudel nicht mehr halten kann, zieht sie sich auf ihre letzte Rückzugslinie Smillie-Dissmann-Merrheim zurück. Kann sie durch „Arbeiter“ in einer bürgerlichen oder sozialistischen Regierung das Proletariat nicht mehr betrügen, so kann sie nur noch durch eine „Regierung von Arbeiterorganisationen“ das Proletariat von seinen fernsten radikalsten Zielen zurückzuhalten suchen, um so einen Teil ihrer Vorzugsstellung zu erhalten. Der Charakter einer solchen Regierung ist konterrevolutionär, insoweit sie die notwendige Entwicklung der Revolution zur völligen Zerstörung der bürgerlichen Welt und zum völligen Kommunismus von dem Verfolgen seiner größten und klarsten Ziele zurückzuhalten sucht. Der Kampf der Kommunisten mag jetzt oft mit dem der radikalen Gewerkschafter parallel laufen; aber es wäre eine schädliche Taktik, dabei die Gegensätze in Prinzip und Ziel nicht scharf hervorzuheben. Und diese Betrachtungen haben auch eine Bedeutung für das Verhalten der Kommunisten den heutigen Gewerkschaftsverbänden gegenüber; alles, was dazu beiträgt, ihre Geschlossenheit und ihre Kraft zu stärken, stärkt die Macht, die sich künftig dem Fortschreiten der Revolution in den Weg stellt.

Wenn der Kommunismus einen starken und prinzipiellen Kampf gegen diese politische Uebergangsform führt, ist er der Vertreter der lebendigen revolutionären Tendenzen im Proletariat. Dieselbe revolutionäre Aktion des Proletariats, die dadurch, daß sie den bürgerlichen Machtapparat bricht, die Bahn für die Herrschaft der Arbeiterbürokratie öffnet, treibt die Massen zugleich zur Schaffung ihrer eigenen Organe, der Räte, die sofort die bürokratische Maschinerie der Gewerkschaften in ihren Grundlagen untergraben. Der Aufbau des Sowjetsystems ist zugleich der Kampf des Proletariats, die unvollkommene Form der Diktatur durch die vollkommene Diktatur zu ersetzen. Aber bei der intensiven Arbeit, die alle nie aufhörende Versuche zur „Neuorganisation“ der Wirtschaft erfordern, wird eine-

Führerbürokratie noch lange eine große Macht behalten können und die Fähigkeit der Massen, sich ihrer zu entledigen, nur langsam wachsen. Diese verschiedenen Formen und Phasen der Entwicklung folgen einander auch nicht in der abstrakt-regelmäßigen Weise, wie wir sie logisch als Ausdruck verschiedener Reifegrade der Entwicklung hintereinander setzen, sondern laufen nebeneinander her, vermischen und durchkreuzen sich als ein Chaos sich ergänzender, bekämpfender und ablösender Tendenzen, in deren Kampf sich die Gesamtentwicklung der Revolution entzieht. „Proletarische Revolutionen“, sagte schon Marx, „kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, erhöhen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihre Gegner nur niederzuwerfen, damit es neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte . . .“ Die Mächte, die aus dem Proletariat selbst aufwachsen als Ausdruck seiner unzulänglichen Kraft, müssen im Prozeß der Entwicklung dieser Kraft — einer Entwicklung in Gegensätzen, also katastrophal, durch Kampf — überwunden werden. Im Anfang war die Tat, aber sie bildet nur den Anfang. Eine Herrschaft zu stürzen, erfordert einen Augenblick einheitlichen Willens; aber nur die bleibende Einheit — die nur möglich ist durch die klare Einsicht — vermag den Sieg festzuhalten. Sonst kommt der Rückschlag, der keine Rückkehr der alten Herrscher ist, sondern eine neue Herrschaft in neuen Formen, mit neuen Personen und neuen Illusionen. Jede neue Phase der Revolution bringt eine neue Schicht noch unverbrauchter Führer als Vertreter bestimmter Organisationsformen an die Oberfläche, deren Ueberwindung wieder eine höhere Stufe der Selbstbefreiung des Proletariats verkörpert. Die Kraft des Proletariats ist nicht nur die forschende Kraft der einmaligen gewaltigen Tat, die den Feind niederschlägt, sondern die geistige Kraft, die die alte geistige Abhängigkeit überwindet und so mit starkem Griff festzuhalten weiß, was im Sturmangriff erobert wurde. Das Wachstum dieser Kraft im Auf- und Niedergang der Revolution ist das Wachstum der proletarischen Freiheit.

VIII.

Während in Westeuropa der Kapitalismus immer mehr zusammenbricht, wird in Rußland mit ungeheuren Schwierigkeiten die Produktion unter einer neuen Ordnung aufgebaut. Die Herrschaft des Kommunismus bedeutet nicht, daß die Produktion völlig kommunistisch geordnet ist — dies ist erst durch einen längeren Entwicklungsprozeß möglich — sondern

daß die Arbeiterklasse mit bewußter Absicht die Produktion in der Richtung zum Kommunismus entwickelt.¹⁾ Diese Entwicklung kann zu jeder Zeit nicht weiter gehen, als die vorhandenen technischen und gesellschaftlichen Grundlagen zulassen, sie muß daher Uebergangsformen zeigen, in denen Reste der alten bürgerlichen Welt hervortreten. Nachdem, was wir in Westeuropa über die russischen Zustände erfahren, sind diese auch in der Tat vorhanden.

Rußland ist ein riesiges Bauernland, die Industrie hat sich nicht, wie in Westeuropa zu dem unnatürlichen Umfang eine „Werkstätte“ der Welt entwickelt, die Ausfuhr und Expansion zu einer Lebensfrage machte, aber gerade genug, um eine industrielle Arbeiterklasse zu bilden, die fähig war, als eine entwickelte Klasse die Leitung der Gesellschaft in die Hand zu nehmen. Die Landwirtschaft beschäftigt die Volksmasse und darin bilden die modernen Großbetriebe eine, obgleich für die kommunistische Entwicklung wertvolle Minderheit. Den Hauptteil bilden die Kleinbetriebe, nicht die elenden ausgebeuteten Kleinbetriebe Westeuropas, sondern Betriebe, die den Bauern Wohlfahrt sichern und die die Sowjetregierung durch materielle Versorgung mit Hilfsstoffen und Werkzeugen sowie durch intensiven, kulturellen und fachwissenschaftlichen Unterricht in immer festere Verbindung mit dem Ganzen zu bringen sucht. Dennoch ist es selbstverständlich, daß diese Betriebsform einen gewissen individualistischen, dem Kommunismus fremden Geist erzeugt, der bei den „reichen Bauern“ zu einer feindlichen, regelrecht antikommunistischen Gesinnung wird. Darauf hat zweifellos die Entente mit ihrem Projekt des Handels mit Genossenschaften spekuliert, um dadurch, daß sie diese Schichten in den Kreis bürgerlicher Profitsucht zu ziehen versuchte, eine bürgerliche Gegenbewegung zu entfachen. Weil aber doch ein zu großes Interesse, die Furcht vor der feudalen Reaktion, sie mit der heutigen Regierung verbindet, müssen solche Versuche fehlschlagen, und wenn der westeuropäische Imperialismus untergeht, so verschwindet diese Gefahr völlig.

Die Industrie ist vorwiegend zentral geregelt, ausbeutungslose Produktion, sie ist das Herz der neuen Ordnung, auf das industrielle Proletariat stützt sich die Leitung des Staates. Aber auch diese Produktion befindet sich in einem Uebergangszustand; die technischen und Verwaltungsbeamten in

¹⁾ Diese Auffassung der allmählichen Umwälzung der Produktionsweise steht im scharfen Gegensatz zu der sozialdemokratischen Auffassung, die den Kapitalismus und die Ausbeutung allmählich, in langsamen Reformen beseitigen wollen. Die unmittelbare Aufhebung alles Kapitalsprofits und aller Ausbeutung durch das siegreiche Proletariat ist die Vorbedingung, damit die Produktionsweise den Weg zum Kommunismus einschlagen kann.

Fabrik und Staatswesen üben eine größere Macht aus, als zum entwickelten Kommunismus paßt. Die Notwendigkeit, rasch die Produktion zu heben, und noch mehr die Notwendigkeit, eine gute Armee gegen die Angriffe der Reaktion zu schaffen, nötigte dazu, im raschesten Tempo dem Mangel an führenden Kräften abzuhelfen; der drohende Hunger und die feindlichen Angriffe gestatten nicht alle Kraft auf die Hebung — im langsameren Tempo — der allgemeinen Fähigkeit und Entwicklung aller als Basis eines kommunistischen Gemeinwesens zu verwenden. So mußte aus den neuen Führern und Beamten eine neue Bürokratie entstehen, die die Reste der alten Bürokratie in sich aufnahm und deren Vorhandensein bisweilen als eine Gefahr der neuen Ordnung mit Besorgnis betrachtet wird. Diese Gefahr kann nur durch eine breite Entwicklung der Massen beseitigt werden, daran wird mit Feuereifer gearbeitet, aber ihre dauernde Grundlage wird erst von dem kommunistischen Ueberfluß gebildet werden, wodurch der Mensch aufhört, Sklave seiner Arbeit zu sein. Nur der Ueberfluß schafft die materielle Bedingung für Freiheit und Gleichheit; solange der Kampf gegen die Natur und gegen die Kapitalmächte noch ein schwerer Kampf ist, wird eine übermäßige Spezialisierung nötig bleiben.

Es ist bemerkenswert, daß nach unserer Untersuchung die verschiedene Entwicklung in Westeuropa — wo wir sie erst im weiteren Fortgang der Revolution voraussehen — und in Rußland dieselbe politisch-wirtschaftliche Struktur hervorbringt: eine kommunistisch geregelte Industrie, in der Arbeiter räte das Element der Selbstverwaltung bilden, unter technischer Leitung und politischer Herrschaft einer Arbeiterbürokratie, während daneben die Landwirtschaft in dem vorherrschenden Klein- und Mittelbetrieb einen individualistisch-kleinbürgerlichen Charakter behält. Aber diese Uebereinstimmung ist doch nicht sonderbar, da eine solche soziale Struktur nicht durch die politische Vorgeschichte, sondern durch technisch-wirtschaftliche Grundbedingungen bestimmt wird — die Entwicklungsstufe der industriellen und landwirtschaftlichen Technik, sowie der Massenbildung — die da wie dort die gleichen sind.¹⁾ Aber bei dieser Uebereinstimmung besteht ein großer Unterschied in Bedeutung und Ziel. In Westeuropa bildet diese politisch-ökonomische Struktur einen Uebergangszustand, auf dem in letzter Linie die Bourgeoisie ihren Untergang aufzuhalten sucht, während in Rußland versucht wird, die Entwicklung bewußt in die Richtung des Kommunismus

¹⁾ Ein bekanntes Beispiel für eine solche konvergente Entwicklung findet man in der sozialen Struktur am Ende des Altertums und zu Beginn des Mittelalters, vgl. Engels, „Der Ursprung der Familie“, Kap. VIII.

weiter zu steuern. In Westeuropa bildet sie eine Phase im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, in Rußland eine Phase in dem neuen wirtschaftlichen Aufbau. Unter gleichartigen äußeren Formen befindet sich Westeuropa, auf der niedergehenden Linie einer untergehenden Kultur, Rußland in der aufsteigenden Bewegung einer neuen Kultur.

Als die russische Revolution noch jung war und schwach und ihre Rettung von dem baldigen Ausbruch der europäischen Revolution erwartete, herrschte eine andere Auffassung über ihre Bedeutung. Rußland ist, so hieß es damals, nur eine Außenpost der Revolution, wo durch eine zufällige Gunst der Umstände das Proletariat so früh die Macht ergreifen konnte; aber dieses Proletariat ist schwach und ungebildet und verschwindet beinahe in den endlosen Bauernmassen. Das Proletariat des wirtschaftlich rückständigen Rußland kann nur zeitweilig voranschreiten; sobald die Riesenmassen des westeuropäischen Proletariats aufstehen werden, mit ihren Kenntnissen und ihrer Durchbildung, mit ihrer technischen und organisatorischen Schulung und die Herrschaft über die entwickeltesten Industrieländer mit alter reicher Kultur übernehmen, dann wird man ein Aufblühen des Kommunismus erleben, neben dem der dankenswerte russische Anfang doch nur schwach und dürrtig erscheinen würde. Wo der Kapitalismus seine höchste Kraft entfaltet — in England, in Deutschland, in Amerika — und die neue Produktionsweise vorbereitet hatte, da lag der Kern und die Kraft der neuen kommunistischen Welt.

Diese Auffassung hielt keine Rechnung mit den Schwierigkeiten der Revolution in Westeuropa. Wo das Proletariat nur langsam zu einer gefestigten Herrschaft kommt und die Bourgeoisie dann und wann die Macht oder Teile der Macht zurückzugewinnen weiß, dort kann von einem Aufbau der Wirtschaft nichts kommen. Ein kapitalistischer Aufbau ist unmöglich; jedesmal, wenn die Bourgeoisie freie Hand bekommt, schafft sie einen neuen Chaos und vernichtet die Grundlagen, die zum Aufbau einer kommunistischen Produktion dienen könnten. Durch blutige Reaktion und Zerstörung verhindert sie immer wieder die Festigung der neuen proletarischen Ordnung. Auch in Rußland fand dies statt: die Zerstörung der Industrieanlagen und Bergwerke im Ural und im Donezbecken durch Kolttschak und Denikin, sowie die Notwendigkeit, die besten Arbeiter und den Hauptteil der Produktionskraft auf den Kampf gegen sie zu verwenden, hat die Wirtschaft tief zerrüttet und den kommunistischen Aufbau schwer geschädigt und zurückgeworfen — und wenn auch die Eröffnung der Handelsbeziehungen mit Amerika und dem Westen den Anfang eines neuen Aufschwunges erheblich fördern kann, so wird doch die größte, aufopferndste Anstrengung der Massen in Rußland nötig sein, den Schaden völlig zu heben. Aber — und

darin liegt der Unterschied — in Rußland blieb die Sowjetrepublik selbst unerschüttert, als ein organisiertes Zentrum kommunistischer Kraft, das schon eine große innere Festigkeit erworben hatte. In Westeuropa wird nicht wenige zerstört und gemordet werden, da werden auch die besten Kräfte des Proletariats im Kampfe vernichtet werden, aber hier fehlt die Kraftquelle eines schon gefestigten, organisierter großen Sowjetstaates. Im verheerenden Bürgerkrieg erschöpften sich die Klassen gegeneinander und solange kann vom Aufbau nichts kommen, solange bleiben Chaos und Elend herrschend. Das wird das Los der Länder sein, wo das Proletariat nicht sofort mit klarem Blick und einheitlichem Willen seine Aufgabe erkannte, der Länder also, wo die bürgerlichen Traditionen die Arbeiter schwächen und spalten, ihre Augen trüben und ihre Herzen verzagt machen. Jahrzehnte werden nötig sein, um in den alten kapitalistischen Ländern den verpestenden lähmenden Einfluß der bürgerlichen Kultur auf das Proletariat zu überwinden. Und inzwischen bleibt die Produktion brach liegen und wird, wirtschaftlich, das Land zu einer Wüste werden.

Zur selben Zeit, als Westeuropa mühsam sich aus seiner bürgerlichen Vergangenheit emporringt, wirtschaftlich stagniert, blüht im Osten, in Rußland die Wirtschaft in der kommunistischen Ordnung empor. Was die Länder des entwickelten Kapitalismus vor dem rückständigen Osten auszeichnete, war ihr ungeheurer Besitz an materiellen und geistigen Produktionsmitteln — ein dichtes Netz von Eisenbahnen, Fabriken, Schiffen, eine dichte, technisch ausgebildete Bevölkerung. Aber im Zusammenbruch des Kapitalismus, im langen Bürgerkrieg, in der Zeit der Stagnation, als zu wenig produziert wird, geht dieser Besitz verloren, wird verbraucht oder zerstört. Die unzerstörbaren Produktivkräfte, die Wissenschaft, die technischen Fähigkeiten, sind nicht an diese Länder gebunden; ihre Träger finden in Rußland eine neue Heimat, wohin auch ein Teil des materiellen, technischen Besitzes Europas, durch den Handelsverkehr hinübergerettet werden mag. Das Handelsabkommen Sowjetrußlands mit Westeuropa und Amerika, wenn ernsthaft und kräftig durchgeführt, hat die Tendenz, diesen Gegensatz zu stärken, weil es den wirtschaftlichen Aufbau Rußlands fördert, während es in Westeuropa den Zusammenbruch verzögert, den Ruin aufhält, dem Kapitalismus eine Atempause verschafft und die revolutionäre Tatkraft der Massen lähmt — auf wie lange und in welchem Maße, steht noch dahin. Politisch wird sich das in einer scheinbaren Stabilisierung einer bürgerlichen oder einer der oben behandelten Regierungsformen zeigen und in einem gleichzeitigen Ueberhandnehmen des Opportunismus in dem Kommunismus; durch die Anerkennung der alten Kampfmethoden,

durch die Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit und loyale Opposition in den alten Gewerkschaften werden sich die kommunistischen Parteien in Westeuropa eine legale Position erwerben, ähnlich wie früher die Sozialdemokratie, und wird sich demgegenüber die radikale, revolutionäre Richtung in die Minderheit gedrängt sehen. Ein wirkliches, neues Aufblühen des Kapitalismus ist aber durchaus unwahrscheinlich; das Privatinteresse der mit Rußland handelnden Kapitalisten wird sich um die Gesamtwirtschaft nicht kümmern und des Profits wegen wichtige Grundelemente der Produktion nach Rußland verschleudern; das Proletariat ist auch nicht wieder in die Abhängigkeit zu bringen. Damit wird die Krise schleppend; eine bleibende Besserung ist unmöglich und wird stets wieder aufgehoben; der Prozess der Revolution und des Bürgerkrieges wird aufgeschoben und verlängert, die volle Herrschaft des Kommunismus und der Anfang neuen Aufblühens in eine weitere Zukunft verschoben. Inzwischen erhebt sich im Osten die Wirtschaft unbehindert im kräftigen Aufschwung, eröffnet neue Wege, sich stützend auf die höchste Naturwissenschaft — die der Westen nicht zu gebrauchen weiß — vereint mit der neuen Sozialwissenschaft, der neugewonnenen Herrschaft der Menschheit über seine eigenen gesellschaftlichen Kräfte. Und diese Kräfte, hundertfach gesteigert durch die neuen Energien, die aus der Freiheit und Gleichheit entsproßen, werden Rußland zum Zentrum der neuen kommunistischen Weltordnung machen.

Das wird ja nicht der erste Fall in der Weltgeschichte sein, daß bei dem Uebergang zu einer neuen Produktionsweise — oder einer ihrer Phasen — das Zentrum der Welt nach anderen Gegenden der Welt verlegt wurde. Im Altertum wanderte es von Vorderasien nach Südeuropa, im Mittelalter von Süd- nach Westeuropa; mit dem Aufkommen des Kolonial- und Handelskapitals wurde zuerst Spanien, dann Holland und England, mit dem Aufkommen der Industrie wurde England das führende Land. Die Ursachen dieser Wandlungen sind auch in einem allgemeinen Gesichtspunkt zusammenzufassen: wo die frühere Wirtschaftsform zur höchsten Entfaltung kam, sind die materiellen und geistigen Kräfte, die politisch-rechtlichen Institutionen, die ihre Existenz sichern und zu ihrer vollen Ausbildung nötig sind, so fest ausgebaut worden, daß sie einer Entwicklung zu neuen Formen fast unüberwindliche Widerstände in den Weg legen. So hemmte das Institut der Sklaverei am Ausgang des Altertums die Entwicklung einer feudalen Ordnung; so bewirkten die Zunftgesetze in den großen reichen Städten des Mittelalters, daß die spätere kapitalistische Manufaktur sich nur in anderen, bis dahin unbedeutenden Orten entwickeln konnte; so hemmte die politische Ordnung des französischen Absolutismus, die unter Col-

bert die Industrie förderte, im späteren, 18. Jahrhundert die Einführung der neuen Großindustrie, die England zum Fabrikanten machte. Es besteht sogar ein dementsprechendes Gesetz in der organischen Natur, das als Gegenstück zu Darwins „das Ueberleben der Passendsten“ mitunter als „survival of the unfitted“, das „Ueberleben der Nichtangepaßten“ bezeichnet wird. Wenn ein Tiertypus — wie zum Beispiel die Saurien im sekundären Zeitalter — sich spezialisiert und differenziert hat zu einem Reichtum an Formen, die allen besonderen Lebensbedingungen jener Zeit völlig angepasst sind, so ist er unfähig zur Entwicklung zu einem neuen Typus geworden: allerhand Anlagen und Entwicklungsmöglichkeiten sind verloren gegangen und kommen nicht zurück. Die Ausbildung eines neuen Typus geht von den primitiven Urformen aus, die, weil sie undifferenziert sind, alle Entwicklungsmöglichkeiten bewahrt haben und der anpassungsfähige alte Typus stirbt aus. Als besonderer Fall dieser organischen Regel ist die Erscheinung zu betrachten — die die bürgerliche Wissenschaft mit der Phantasie einer „Erschöpfung der Lebenskraft“ einer Nation oder Rasse abtut — daß im Laufe der Geschichte der Menschheit die Führung in der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Entwicklung fortwährend von einem Volke oder Land auf anderes übergeht.

Wir sehen jetzt die Ursachen, wodurch die Vorherrschaft von Westeuropa und Amerika — die die Bourgeoisie so gerne einer geistig-sittlichen Ueberlegenheit ihrer Rasse zuschreibt — verschwinden wird und wohin sie voraussichtlich gehen wird. Neue Länder, wo die Massen nicht durch den Qualm einer bürgerlichen Weltanschauung vergiftet sind, wo durch einen Anfang industrieller Entwicklung ihr Geist aus der alten unbeweglichen Ruhe emporgetrieben wurde und ein kommunistisches Gemeinsamkeitsempfinden erwachte, wo die Rohstoffe vorhanden sind, um die vom Kapitalismus ererbte höchste Technik zu einer Erneuerung der überlieferten Produktionsformen anzuwenden, wo der Druck von oben kräftig genug ist, zum Kampf und zur Ausbildung der Kampftugenden zu zwingen, wo aber keine übermächtige Bourgeoisie diese Erneuerung verhindern kann — solche Länder werden die Zentren der neuen kommunistischen Welt sein. Rußland, mit Sibirien selbst ein halber Weltteil, steht schon an erster Stelle. Diese Bedingungen sind aber auch mehr oder weniger vorhanden in anderen Ländern des Ostens, in Indien, in China. Wenn hier auch wieder andere Ursachen der Unreife vorhanden sind, so dürfen diese Länder Asiens doch bei einer Betrachtung der kommunistischen Weltrevolution nicht übersehen werden.

Man sieht diese Weltrevolution nicht in ihrer vollen universellen Bedeutung, wenn man sie nur vom westeuropäischen Gesichtspunkt betrachtet. Rußland ist nicht nur der östliche Teil Europas, sondern — nicht nur geo-

graphisch, sondern auch ökonomisch-politisch — in viel höherem Maße der westliche Teil Asiens. Das alte Rußland hatte mit Europa wenig gemeinsam; es war das am weitesten nach Westen liegende jener politisch-wirtschaftlichen Gebilde, die Marx als „Orientalische Despotien“ bezeichnete und zu denen alle großen alten und neuen Reichenreiche Asiens gehörten. In ihnen erhob sich auf der Grundlage des Dorfkommunismus eines überall nahezu gleichartigen Bauerntums eine unbeschränkte Fürsten- und Adelsmacht, die sich außerdem auf einem relativ geringen, aber wichtigen Handelsverkehr mit einfachem Handwerk stützte. In dieser, sich durch Jahrtausende — trotz Herrscherwechsel an der Oberfläche — immer wieder in derselben Weise reproduzierenden Produktionsweise ist das westeuropäische Kapital von allen Seiten auflösend, umwälzend, unterwerfend, ausbeutend, verciendend eingedrungen; durch Handel, durch direkte Unterwerfung und Ausplünderung, durch Ausbeutung der Naturschätze, durch das Bauen von Eisenbahnen und Fabriken, durch Staatsanleihen an die Fürsten, durch die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen — was alles unter dem Namen Kolonialpolitik zusammengefaßt wird. Während Indien mit seinem ungeheuren Reichtum schon erobert, ausgeraubt und dann proletarisiert und industrialisiert wurde, gerieten die anderen Länder erst später durch die moderne Kolonialpolitik in die Fänge des entwickelten Finanzkapitals. Auch Rußland wurde — obgleich es äußerlich seit 1700 als eine der europäischen Großmächte auftrat — zu einer Kolonie des europäischen Kapitals: durch seine unmittelbare kriegerische Berührung mit Europa ging es früher und rascher den Weg, dem Persien und China später folgten. Vor dem letzten Krieg waren 70% der Eisenindustrie, die Mehrzahl der Eisenbahnen, 90% der Platinproduktion, 75% der Naphthaindustrie in den Händen europäischer Kapitalisten, die außerdem mittels der enormen Staatsschulden des Zarismus die russischen Bauern bis über die Hungergrenze hinaus ausbeuteten. Während die Arbeiterklasse in Rußland in gleichartigen Verhältnissen arbeitete als in Westeuropa, wodurch eine Gemeinschaft revolutionärer, marxistischer Anschauungen entstand, so war dennoch in seiner ganzen ökonomischen Situation Rußland das westliche der asiatischen Reiche.

Die russische Revolution ist der Anfang der grossen Revolte Asiens gegen das in England konzentrierte westeuropäische Kapital. Man achtet hier in der Regel nur auf ihre Einwirkung auf Westeuropa, wo die russischen Revolutionäre durch ihre hohe theoretische Schulung die Lehrer des zum Kommunismus emporstrebenden Proletariats geworden sind. Aber noch wichtiger ist ihre Wirkung nach Osten; und daher beherrschen die asiatischen Fragen die Politik der Sowjetrepublik fast noch mehr als die europäischen Fragen. Von Moskau, wo die Delegationen

asiatischer Stämme nacheinander eintreffen, geht der Ruf nach Freiheit und der Selbstbestimmung aller Völker und des Kampfe gegen das europäische Kapital über ganz Asien.²⁾ Von der Turanischen Sowjetrepublik gehen die Fäden nach Indien und den mohammedanischen Ländern, in Süd-China suchten die Revolutionäre dem Beispiel der Sowjetverfassung nachzufolgen; die in Vorderasien aufkommende panislamitische Bewegung unter türkischer Führung sucht sich an Russland anzulehnen. Hier liegt der grosse Inhalt des Weltkampfes zwischen Russland und England als den Exponenten zweier Gesellschaftssysteme; und daher kann dieser Kampf trotz zeitweiliger Pausen nicht mit einem wirklichen Frieden enden, denn der Gärungsprozess in Asien geht weiter. Englische Politiker, die etwas weiter blicken als der kleinbürgerliche Demagoge Lloyd George, sehen sehr gut die Gefahr, die hier die englische Weltherrschaft und damit den ganzen Kapitalismus bedroht; sie sagen mit Recht, dass Russland viel gefährlicher ist, als Deutschland je war. Aber sie können nicht energisch auftreten, da die beginnende Revolutionierung des englischen Proletariats eben keine andere Regierung als die der kleinbürgerlichen Demagogie zulässt.

Die Sache Asiens ist die eigentliche Sache der Menschheit. In Russland, China und Indien, in der sibirisch-russischen Ebene und den fruchtbaren Tälern des Ganges und Jangtsekiang wohnen 800 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung der Erde, fast dreimal so viel wie im übrigen kapitalistischen Europa. Und überall treten, ausserhalb Russlands, auch schon die Keime der Revolte hervor; einerseits kräftig auflodernde Streikbewegungen, wo industrielle Proletarier zusammengepfertcht sind, wie in Bombay und Hankau, andererseits nationalistische Bewegungen unter der noch schwachen emporkommenden nationalen Intelligenz. Soviel hier aus den spärlichen Nachrichten der ziemlich schweigsamen englischen Presse zu entnehmen ist, hat der Weltkrieg die nationalen Bewegungen stark angefacht, sie dann aber gewaltsam unterdrückt, während die Industrie sich in so kräftigem Aufschwung befindet, dass das Gold massenhaft aus Amerika nach Ostasien abfließt. Wenn die Welle der Wirtschaftskrise diese Länder erreicht — Japan scheint von ihr schon erfasst zu sein — wäre daher auf neue

²⁾ Hier liegt der Grund zu der Haltung, die Lenin in 1916, zur Zeit Zimmerwalds, gegenüber Radek, der den Standpunkt der westeuropäischen Kommunisten vertrat, zum Ausdruck brachte. Diese betonten, dass die Lösung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker — die die Sozialpatrioten mit Wilson anstimmten — nur Volksbetrug sei, da unter dem Imperialismus dieses Recht immer nur Schein und Trug sein kann, und dass daher diese Lösung von uns bekämpft werden müsse. Lenin sah in diesem Standpunkt die Tendenz westeuropäischer Sozialisten, die nationalen Befreiungskriege der asiatischen Völker abzulehnen, wodurch sie sich dem radikalen Kampf gegen die Kolonialpolitik ihrer Regierungen entziehen könnten.

Kämpfe zu rechnen. Die Frage kann aufgeworfen werden, ob rein nationalistische Bewegungen, die in Asien ein nationalkapitalistisches Regiment erstreben, unterstützt werden sollen, da sie sich doch feindlich zu der eigenen proletarischen Freiheitsbewegung verhalten werden. Aber voraussichtlich wird die Entwicklung nicht diesen Weg nehmen. Zwar hat sich bisher die aufkommende Intelligenz nach dem europäischen Nationalismus orientiert und als Ideologen der entstehenden einheimischen Bourgeoisie eine national-bürgerliche Regierung nach westlichem Muster propagiert. Aber mit dem Zerfall Europas verblasst dieses Ideal und wird sie zweifellos stark unter dem geistigen Einfluss des russischen Bolschewismus kommen und darin das Mittel finden, sich mit der proletarischen Streik- und Aufstandsbewegung zu verschmelzen. So werden vielleicht rascher, als jetzt nach dem äusseren Schein zu erwarten wäre, die nationalen Freiheitsbewegungen Asiens auf dem festen materiellen Boden eines Klassenkampfes der Arbeiter und Bauern gegen die barbarische Unterdrückung durch das Weltkapital eine kommunistische Gedankenwelt und ein kommunistisches Programm annehmen.

Dass diese Völker vorwiegend agrarisch sind, braucht ebensowenig wie in Russland ein Hindernis zu sein; kommunistische Gemeinwesen bestehen nicht in einer dichtgedrängten Menge von Fabriksstädten — da hier die kapitalistische Trennung von Industrieländern und Agrarländern aufhört — sondern die Landwirtschaft wird in ihnen einen grossen Raum einnehmen müssen. Aber allerdings wird der vorwiegend agrarische Charakter die Revolution erschweren, da die geistige Disposition dabei geringer ist. Zweifellos wird in diesen Ländern auch eine längere Periode geistiger und politischer Umwälzung nötig sein. Die Schwierigkeiten sind hier anders als in Europa: weniger aktiv als passiv; sie liegen weniger in der Kraft der Widerstände als in der Langsamkeit des Erwachens zur Aktivität, nicht in dem Ueberwinden des inneren Chaos, sondern in der Bildung einheitlicher Kraft zur Vertreibung des fremden Ausbeuters. Auf die speziellen Unterschiede dieser Schwierigkeiten: die religiöse und nationale Zersplitterung Indiens, den kleinbürgerlichen Charakter Chinas, gehen wir hier nicht ein. Wie sich auch weiter die politischen und wirtschaftlichen Formen entwickeln werden, das Hauptproblem, das zuerst gelöst werden muss, ist die Vernichtung der Herrschaft des europäisch-amerikanischen Kapitals.

Der schwere Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus ist die gemeinsame Aufgabe, die die Arbeiter Westeuropas und der U. S. A. Hand in Hand mit den Millionenvölkern Asiens zu lösen haben. Wir stehen jetzt erst in seinen ersten Anfängen. Wenn die deutsche Revolution eine entscheidende Wendung nimmt und sich Russland anschliesst, wenn in England und Amerika revolutionäre Massenkämpfe ausbrechen, wenn in Indien die Aufstände auflodern, wenn der Kommunismus seine Grenzen

zum Rhein und zum Indischen Ozean verschiebt, dann tritt die Weltrevolution in die nächste gewaltigste Phase. Mit ihren Vasallen des Völkerbundes und ihren japanischen und amerikanischen Bundesgenossen wird die weltbeherrschende englische Bourgeoisie von innen und von aussen angegriffen, durch koloniale Aufstände und Befreiungskriege in seiner Weltmacht bedroht, durch Streik und Bürgerkrieg im Innern gelähmt, alle Kräfte anstrengen müssen und Söldnerheere gegen beide Feinde auf die Beine bringen müssen. Wenn die englische Arbeiterklasse, im Rücken gestärkt durch das übrige europäische Proletariat, ihre Bourgeoisie angreift, kämpft sie in doppelter Weise für den Kommunismus, indem sie dafür in England die Bahn selbst freimacht, und indem sie hilft, Asien zu befreien. Und umgekehrt wird sie auf die Unterstützung der kommunistischen Hauptmacht rechnen können, wenn bewaffnete Mietlinge der Bourgeoisie ihren Kampf im Blut zu ertränken suchen — denn Westeuropa mit den vorgelagerten Inseln ist nur eine aus dem grossen russisch-asiatischen Länderkomplex hinausragende Halbinsel. Der gemeinsame Kampf gegen das Kapital wird die proletarischen Massen der ganzen Welt zu einer Einheit machen. Und wenn endlich am Ende des schweren Ringens die europäischen Arbeiter, tief erschöpft, im klaren Morgenlicht der Freiheit stehen, grüssen sie im Osten die befreiten Völker Asiens und reichen sie sich die Hände in Moskau, der Hauptstadt der neuen Menschheit.

Zur Organisationsfrage der Intellektuellen.

G. L.

Es gehört, wie dies Marx und Engels bereits im kommunistischen Manifest dargelegt haben, zum Wesenszeichen der nahenden Entscheidung im Klassenkampfe, dass „der Aufklärungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft einen so heftigen, so grellen Charakter annimmt, dass ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschliesst, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt.“ Diese Periode ist für den Kapitalismus schon vor dem Kriege eingetreten; der Krieg und seine Folgen haben bloss die latente Krise des Kapitalismus zu einer akuten gemacht. Dieser akuten Krise entspricht das rapide Zunehmen der Organisationen der Intellektuellen, worin viele im ersten Revolutionsrausche nicht nur ein Zeichen des Entscheidungskampfes erblickt haben (was teilweise richtig war), sondern eine innere Erstarkung der Truppen des Proletariats, die diesen Entscheidungskampf auszukämpfen haben. Jede revolutionäre Bewegung musste — sofern sie hier Illusionen hatte — schwere Enttäuschungen er-

leben. Die Intellektuellen-Organisationen sind mit ganz sporadischen Ausnahmen früher oder später in das Lager der Gegenrevolution übergegangen. Ihre oft echt revolutionären Führer aber blieben mit der Zeit entweder völlig isoliert oder wurden, wenn sie sich von ihren Fachgenossen nicht loszulösen vermochten, ebenfalls in die Reihen der Bourgeoisie zurückgedrängt.

Diese Erscheinung ist so allgemein, dass es vielleicht der Mühe wert erscheint, in ein paar Worten auf ihre Gründe einzugehen. Die Organisationen der Industriearbeiter (auch der Landarbeiter) sind einerseits wirksame Kampforganisationen des Proletariats, die den Klassenkampf materiell und ideologisch möglich machen, andererseits aber Vorformen, Keime der kommunistischen Organisation des Wirtschaftslebens. Im Wirtschaftsleben besteht eben ein direkt dialektischer Prozess: der Kapitalismus bereitet seinen eigenen Untergang vor und produziert selbst die Kräfte und Mächte, die ihn zu ersetzen berufen sein werden. Auf allen Gebieten hingegen, die man im Gegensatz zur Wirtschaft mit dem Ausdruck „Ideologie“ zu bezeichnen pflegt, ist die dialektische Beziehung zwischen Auflösung des Kapitalismus und Neuaufsteigen der ihn ersetzenden Formen eine indirekte und darum höchst verwickelte Beziehung. Erstens ist auf allen diesen Gebieten die Umwandlung, die das sich zur herrschenden Klasse organisierende Proletariat sogleich vollzieht, viel gewaltvoller als die Betriebsorganisation der Sozialisierung. Dazu kommt aber, dass die hierbei notwendige Umschichtung den Klasseninteressen der Intellektuellen als Klasse nicht entspricht und nicht entsprechen kann. Ich verweise nur darauf, dass die für eine rationelle Organisation der Produktion völlig unerlässliche einheitliche Verwaltung der wirtschaftlich zusammenhängenden Betriebe ganze Massen von Privatbeamten zur Aenderung ihrer Lebensbahn zwingen muss, da ihre Stellung in der Produktion nicht auf sachlichen Notwendigkeiten der Produktion beruhte wie bei den Arbeitern, sondern auf der kapitalistisch-konkurrenzhaften Vielzahl der Betriebe. Ähnlich ist die Klassenlage der Beamten, der Offiziere, noch krasser der Advokaten, der Richter oder gar der Journalisten. Diese Klassenlage erklärt es in ausreichender Weise, warum diese Schichten sich erst im Zeitpunkt einer akuten Krise zu organisieren beginnen oder wenigstens als Organisationen ernsthaft in Betracht zu kommen beginnen. Ihre Organisation hat nämlich einen rein defensiven Charakter. Da sie „Parasiten“ des Kapitalismus sind, zeigt sich die Erschütterung des Kapitalismus zuerst in der Erschütterung

ihrer Klassenlage. Wenn es auch wahr bleibt, dass selbst dem industriellen Proletariat die wirtschaftliche Zwangslage den Klassenkampf aufgezwungen hat, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Organisationen der Industriearbeiter von Anfang an und ihrer Idee nach Offensivorganisationen sind; und zwar Organisationen einer Offensive, die auf das Dasein des Kapitalismus gerichtet ist. Jede Organisation der Industriearbeiter ist deshalb ihrem Wesen nach revolutionär und kann nur hie und da (infolge der Bürokratisierung der Gewerkschaften) reaktionär wirken. Während die Intellektuellenorganisationen ihrem Wesen nach reaktionär sind und nur zufällig zu revolutionären Wirkungen gelangen.

Dieser entgegengesetzte Charakter der beiden Organisationsformen beruht nicht nur auf der eben erwähnten Entgegengesetztheit der Interessen bezüglich des äusseren Aufbaues der Gesellschaft in der Periode der Diktatur, sondern auch auf tiefgehende ideologische Entgegengesetztheiten. Die neue Gesellschaft nämlich, die die Diktatur des Proletariats aufzubauen berufen ist, soll aus dem Geiste des Proletariats entstehen. Wenn die Diktatur des Proletariats zugleich als Proletariatsdemokratie bezeichnet wird, so will dies eben darauf hinweisen, dass die Lebensinteressen des Proletariats zu Richtlinien für den Aufbau der neuen Gesellschaft werden müssen. Beruht doch die geschichtliche Berufenheit des Proletariats zu dieser Revolution wesentlich darauf, dass seine Klasseninteressen mit den Menschheitsinteressen zusammenfallen, dass es sich aus seiner Stellung als unterdrückte Klasse nicht befreien kann, ohne die Klassenunterschiede überhaupt zu vernichten (Elend der Philosophie 163). Die Diktatur des Proletariats muss also ein Selbstbestimmungsrecht des Proletariats bedeuten. Ist aber dieses Selbstbestimmungsrecht auf die ebenfalls „organisierten“ Intellektuellen, die sich eventuell ebenfalls unter sozialistischer Flagge organisiert haben, anwendbar? Sicher nicht; und zwar gerade dort nicht, wo diese Organisationen mit dem scheinbar grössten Rechte auf ihre Selbstbestimmung bestehen: In den Fragen des Aufbaues. Ist es wahr, dass bei dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft etwa die Organisation der Lehrer berufen sein könnte, den Plan des Erziehungswerkes zu vollbringen oder eine Organisation der Künstler oder Gelehrten die Organisation von Kunst und Wissenschaft? Sicher nicht. Unsonst würden sie sich auf ihre „Sachkenntnisse“ berufen, darauf, dass sie in diesen Fragen „Fachmänner“ sind. Sie sind nicht kompetent. Erstens weil sie in ihrer Mehrzahl — dies folgt aus dem

Wesen des Kapitalismus — keine wirklichen Sachverständigen, sondern leere Routiniers, seelenlose Macher und Handwerker sind. Zweitens weil sie Fachmänner in der kapitalistischen Erziehung usw. sind und als solche für die neue Kultur nicht ausschlaggebend sein können. Den Begriff der Proletariatsdemokratie auf die „Gewerkschaften“ der Intellektuellen anzuwenden, hiesse so viel, wie die neu entstehende Gesellschaft im Keime zu ersticken, sie kleinstädtischer Geschicklichkeit und kapitalistischer Routine preiszugeben.

Die offene Sabotage der „Intelligenz“ in Russland, ihre sich immer steigende gegenrevolutionäre Haltung in Ungarn (die Journalisten geben das erste Zeichen zur Gegenrevolution und die Gewerkschaft der Privatangestellten hemmt am stärksten den wirtschaftlichen Aufbau) sind keine Zufälle. Sie sind nicht durch „falsche“ Taktik entstanden und können nicht durch „richtige“ Taktik vermieden werden, sondern sie folgen notwendigerweise aus der Klassenlage der Intellektuellen und aus der ihr entsprechenden Wesensart ihrer Organisationen. Ich sagte: diese Organisationen sind defensiv, während die der Industriearbeiter offensiv sind. Diese greifen die bürgerliche Gesellschaft an, jene verteidigen ihre eigenen gefährdeten Vorrechte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn sie sich Sozialisten nennen, so ist das bei ihnen ein Mangel an Bewusstsein; wenn die sozialistischen Parteien sie als solche anerkennen, ist es ein Mangel an Einsicht. Denn wie könnte etwa ein Student als Student Sozialist sein, wo das Wesen des Studententums (dessen „Selbstbestimmungsrecht“ er verteidigt) auf dem Gegensatze des Studierten und der Nichtstudierten, auf dem Bildungsprivileg beruht — darauf also, dessen Abschaffung der Sinn des Sozialismus ist? Das Missverständnis der ersten Begeisterung klärt sich bald auf und es ist der bessere Fall, wenn der einmal notwendig auszutragende Klassengegensatz bald und offen ausgetragen wird. Die Intelligenz ist heute als Klasse nicht revolutionär, kann nicht revolutionär sein; während das Proletariat gerade als Klasse revolutionär ist. (Es ist falsch, auf die französische Revolution, überhaupt auf bürgerliche Revolutionen hinzuweisen. In Bezug auf den abzuschaffenden Feudalismus oder Absolutismus mag die „Intelligenz“ vielfach auch als Klasse revolutionär gewesen sein, woraus jedoch für ihre Haltung zum Kapitalismus keinerlei Folgerungen zu ziehen sind.) Dies ist eine objektive Sachlage, deren Verkennung schwere Fehler nach sich gezogen hat — und noch nach sich ziehen wird.

Ist hiemit die revolutionäre Bedeutung der Intellektuellen geleugnet? Mit nichten. Ja viele Intellektuelle sind gute, sind mitunter die besten Vorkämpfer der Revolution. Wenn Zeitgenossen Lenins und Trotzki's, Bela Kuns und Rosa Luxemburgs dies leugnen würden, so wären sie mit Blindheit geschlagen. Aber Intellektuelle können nur als Individuen revolutionär werden; sie müssen aus ihrer Klasse austreten, um an dem Klassenkampf des Proletariats teilnehmen zu können. Dann können sie wirkliche Vorkämpfer werden; können — da sie mit offenem Bewusstsein tun, was die grosse Masse der Proletarier nur instinktiv tut — die besten und aufopferungsvollsten Führer werden. Denn sie haben, wie das kommunistische Manifest an der angeführten Stelle sagt: „zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet.“

Zur Frage des Parlamentarismus.*)

G. L.

Es wird jetzt allgemein behauptet: die Frage des Parlamentarismus sei keine prinzipielle, sondern eine bloß taktische Frage. Bei seiner zweifellosen Richtigkeit leidet dieser Satz doch an mannigfaltigen Unklarheiten. Abgesehen davon, daß er fast ausschließlich von jenen ausgesprochen wird, die — praktisch — für den Parlamentarismus sind, daß also sein Aussprechen fast immer eine Stellungnahme für den Parlamentarismus bedeutet, ist mit der bloßen Feststellung, daß eine Frage nicht prinzipieller, sondern taktischer Natur sei, noch herzlich wenig gesagt. Besonders deshalb, weil — in-

*) Mit diesem setzen wir die Diskussion über kommunistische Taktik fort.
Die Redaktion.

folge des Mangels an einer wirklichen Erkenntnistheorie des Sozialismus — die Beziehung einer taktischen Frage zu den Prinzipien durchaus ungeklärt ist.

Ohne hier auch nur andeutend auf dieses Problem eingehen zu können, muß dennoch folgendes betont werden. Taktik bedeutet die praktische Anwendung der theoretisch festgelegten Prinzipien. Taktik ist mithin das Bindeglied zwischen der Zielsetzung und der unmittelbar gegebenen Wirklichkeit. Sie ist also zweiseitig bestimmt. Einerseits durch die unverrückbar festgestellten Prinzipien und Zielsetzungen des Kommunismus. Andererseits durch die ständig wechselnde geschichtliche Wirklichkeit. Wenn wiederholt von der großen Geschmeidigkeit der kommunistischen Taktik gesprochen wurde (wenigstens das betreffend, was diese sein sollte), so darf zum richtigen Verständnis dieses Satzes nicht vergessen werden, daß das Unstarre der kommunistischen Taktik die direkte Folge der Starrheit der Prinzipien des Kommunismus ist. Nur dadurch, daß die unwandelbaren Prinzipien des Kommunismus die unablässig sich verändernde Wirklichkeit in einer lebendigen und fruchtbaren Weise umzubilden berufen sind, können sie diese Schmiegsamkeit erhalten. Jede „Realpolitik“, jedes prinzipienlose Handeln wird starr und schematisch, desto starrer und schematischer, je eigensinniger sein von Prinzipien freier Charakter betont wird (z. B. die deutsche imperialistische Politik). Denn das Dauernde im Wechsel, das Richtungsgebende in der Fülle kann durch keine „Realpolitik“ ausgeschaltet werden. Wird diese Funktion nicht von einer Theorie, die imstande ist die Tatsachen fruchtbar zu beeinflussen und an ihnen fruchtbar zu werden, geleistet, so muß an ihre Stelle die Gewohnheit, die Schablone, die Routine treten und die ist dann unfähig, sich den Forderungen des Augenblickes anzupassen.

Eben durch diese ihre Verankertheit in der Theorie, in den Prinzipien unterscheidet sich die kommunistische Taktik von jeder bürgerlichen oder sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen „realpolitischen“ Taktik. Wenn also für die Kommunistische Partei eine Frage als taktische Frage bestimmt ist, so gilt es zu fragen: erstens, von welchen Prinzipien die betreffende taktische Frage abhängig ist? Zweitens, für welche geschichtliche Lage dieser Abhängigkeit ge-

mäß diese Taktik anwendbar ist? Drittens, welcher Beschaffenheit, ebenfalls gemäß dieser Abhängigkeit, die Taktik sein soll? Viertens, wie die Verknüpfung der taktischen Einzelfrage mit den anderen taktischen Einzelfragen — wieder gemäß ihrer Verknüpfung mit den Prinzipienfragen — zu denken ist?

2.

Zur näheren Bestimmung des Parlamentarismus als taktischer Frage des Kommunismus muß man stets einerseits vom Prinzip des Klassenkampfes, andererseits von der konkreten Analyse des gegenwärtigen, tatsächlichen Standes der materiellen und ideologischen Kräfteverhältnisse der einander gegenüberstehenden Klassen ausgehen. Hieraus ergeben sich die beiden entscheidenden Fragestellungen. Erstens, wann Parlamentarismus als Waffe, als taktisches Mittel des Proletariats überhaupt in Betracht kommt? Zweitens, wie diese Waffe in Interesse des proletarischen Klassenkampfes zu gebrauchen ist?

Der Klassenkampf des Proletariats leugnet seinem Wesen nach die bürgerliche Gesellschaft. Das bedeutet keineswegs, den von Marx mit Recht verhöhten politischen Indifferentismus dem Staate gegenüber, sondern im Gegenteil eine Kampfart, in der das Proletariat sich durch die Formen und Mittel, die die bürgerliche Gesellschaft für ihre eigenen Zwecke ausgebaut hat, durchaus nicht binden läßt; eine Kampfart, in der die Initiative durchaus auf der Seite des Proletariats ist. Nun darf aber nicht vergessen werden, daß diese ganz reine Art des proletarischen Klassenkampfes sich nur selten rein entfalten kann. Vor allem deshalb, weil das Proletariat, obwohl es seiner geschichtsphilosophischen Sendung nach im steten Kampfe gegen das Dasein der bürgerlichen Gesellschaft steht, sich in den gegebenen geschichtlichen Situationen sehr oft in der Defensive der Bourgeoisie gegenüber befindet. Die Idee des proletarischen Klassenkampfes ist eine große Offensive gegen den Kapitalismus, die Geschichte läßt diese Offensive als dem Proletariat aufgezwungen erscheinen. Die taktische Lage, in der sich das Proletariat jeweils befindet, läßt sich demzufolge durch ihren Offensiv- oder Defensivcharakter am einfachsten beschreiben. Wobei es sich aus dem bisher Gesagten von selbst ergibt, daß in defensiven Lagen takti-

sche Mittel angewendet werden müssen, die ihrem innersten Wesen nach der Idee des proletarischen Klassenkampfes widersprechen. Die allerdings notwendige Anwendung solcher Mittel ist deshalb stets mit der Gefahr verbunden, daß sie den Zweck, für den sie gebraucht werden, den Klassenkampf des Proletariats, zu gefährden fähig sein können.

Das Parlament, das ureigenste Instrument der Bourgeoisie, kann mithin nur eine defensive Waffe des Proletariats sein. Die Frage des „Wann“ ihrer Anwendung ist deshalb von selbst gegeben: eine Phase des Klassenkampfes, in der dem Proletariat, sei es infolge der äußeren Kraftverhältnisse, sei es infolge der eigenen ideologischen Unreife, nicht möglich ist, mit seinen eigentlichen Angriffsmitteln die Bourgeoisie zu bekämpfen. Die Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit bedeutet also für jede kommunistische Partei das Bewußtsein und das Geständnis, daß die Revolution in absehbarer Zeit undenkbar ist. Das in die Defensive gedrängte Proletariat mag dann die Tribüne des Parlamentes zu Agitations- und Propagandazwecke benützen; es mag die Möglichkeiten, die die „Freiheit“ der Bourgeoisie den Mitgliedern des Parlamentes sichert, als Ersatz von sonst abgeschnittenen Aeußerungsformen anwenden; es mag die parlamentarischen Kämpfe mit der Bourgeoisie zur Sammlung der eigenen Kräfte, für Vorbereitung des wirklichen, des eigentlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie gebrauchen. Daß eine solche Phase eventuell eine ziemlich große Zeitspanne dauern kann, versteht sich von selbst, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die parlamentarische Tätigkeit für eine kommunistische Partei niemals mehr als Vorbereitung zum eigentlichen Kampfe, niemals der eigentliche Kampf selbst sein kann.

3.

Noch schwieriger als der Zeitpunkt, in dem die parlamentarische Taktik angewendet werden kann, ist die Bestimmung, wie sich eine kommunistische Fraktion im Parlament zu verhalten hat. (Die beiden Fragen hängen übrigens sehr eng zusammen.) Man beruft sich fast immer *) auf das Beispiel Karl Liebknechts und auf das bolschewistische Dumafraktion. Beide Beispiele zeigen aber, wie schwer das

*) Zuletzt Radek: „Die Entwicklung der Weltrevolution“, S. 29.

richtige parlamentarische Verhalten für die Kommunisten zu treffen ist, was für außergewöhnliche Fähigkeiten es von den kommunistischen Parlamentariern voraussetzt. Die Schwierigkeit läßt sich kurz so zusammenfassen: der kommunistische Parlamentarier muß das Parlament im Parlament bekämpfen — und zwar mit einer Taktik, die sich für keinen Augenblick auf den Boden der Bourgeoisie, des Parlamentarismus stellt. Nicht der „Protest“ gegen den Parlamentarismus, nicht seine „Bekämpfung“ in den „Debatten“ ist hierbei gemeint (dies alles bleibt parlamentarisch, legal, bleibt revolutionäre Phrase), sondern die Bekämpfung des Parlamentarismus, der Bourgeoisieherrschaft durch die Tat im Parlament selbst.

Diese revolutionäre Tat kann nichts anderes bezwecken, als den Uebergang des Proletariats aus der Defensive in die Offensive ideologisch vorzubereiten; d. h. durch diese Tat wird die Bourgeoisie und mit ihr ihre sozialdemokratischen Helfershelfer gezwungen, ihre Klassendiktatur in einer Weise bloßzulegen, die für den Fortbestand dieser Diktatur gefährlich werden kann. Es handelt sich also bei der kommunistischen Taktik der Entlarvung der Bourgeoisie im Parlament nicht um eine Kritik in Worten (dies kann in vielen Fällen eine bloße, von der Bourgeoisie geduldete, revolutionäre Phraseologie sein), sondern um eine Provokation der Bourgeoisie zu einem offeneren Vorgehen, zu einer Selbstenthüllung durch Taten, die für sie im gegebenen Augenblick ungünstig werden kann. Da Parlamentarismus eine Defensivtaktik des Proletariats ist, so gilt es hierbei die Defensive so einzurichten, daß die taktische Initiative dennoch beim Proletariat bleibe, daß die Vorstöße der Bourgeoisie für diese selbst verhängnisvoll werden sollen. *)

Diese ganz kurze und grobe Darlegung zeigt hoffentlich bereits in hinreichender Klarheit die großen Schwierigkeiten dieser Taktik. Die erste Schwierigkeit, der die parlamentarischen Gruppen beinahe ausnahmslos erliegen, ist: im Parlament selbst zum wirklichen Hinausgehen über den

*) An diese Taktik denkt sicherlich Engels in seiner so oft — zumelst absichtlich — mißverstandenen Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“, wenn er sagt, daß die Ordnungsparteien an dem von ihnen geschaffenen „gesetzlichen“ Zustande zugrunde gehen. Seine Beschreibung ist unzweideutigweise die eines Defensivzustandes.

Parlamentarismus zu gelangen. Denn selbst die schärfste Kritik einer Handlung der herrschenden Klassen bleibt bloßes Wort, bloße revolutionäre Phrase, wenn sie nicht über den Rahmen des Parlamentes hinausgreift. Wenn sie nicht zur Folge hat, daß der Klassenkampf selbst sich an diesem Momente entzündet, daß die Klassengegensätze in offenerer und daher die Ideologie des Proletariats beschleunigender Weise an den Tag treten. Der Opportunismus — die größte Gefahr der parlamentarischen Taktik — hat seine letzten Grundlagen gerade hierin: jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch. Hierbei kann die schärfste Kritik die innerhalb dieses Rahmens ausgeübt wird, nicht das geringste ändern. Im Gegenteil. Gerade durch die Tatsache, daß eine scharfe Kritik der bürgerlichen Gesellschaft im Rahmen des Parlamentes möglich erscheint, wird zu der von der Bourgeoisie erwünschten Trübung des proletarischen Klassenbewußtseins beitragen. Die Fiktion der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie beruht ja gerade darauf, daß das Parlament nicht als ein Organ der Klassenunterdrückung, sondern als Organ des „ganzen Volkes“ erscheint. Indem jeder Wortradikalismus — durch die Tatsache seiner parlamentarischen Möglichkeit — die Illusionen der unaufgeweckten Schichten des Proletariats in Bezug auf diese Fiktion bestärkt, ist er opportunistisch und verwerflich.

Das Parlament muß also als Parlament sabotiert, die parlamentarische Tätigkeit über den Parlamentarismus hinausgetrieben werden. Bei einer solchen Aufgabestellung für die parlamentarische Vertretung der Kommunisten zeigt sich eine weitere taktische Schwierigkeit, die selbst, wenn die Gefahr des Opportunismus überwunden scheint, diese Arbeit sehr zu gefährden geeignet ist. Diese Gefahr ist, daß trotz allen Anstrengungen, die die kommunistische Parlamentsfraktion machen mag, die Initiative und darum das taktische Uebergewicht dennoch auf der Seite der Bourgeoisie verbleibt. Denn das taktische Uebergewicht ist dennoch bestimmt, wenn von den kämpfenden Gegnern es gelingt, die für ihn günstigen Bedingungen des Kampfes dem anderen aufzuzwingen. Nun wurde es bereits hervorgehoben, daß jedes

Parlamentarisch-bleiben des Kampfes ein taktischer Sieg der Bourgeoisie ist; das Proletariat ist also in sehr vielen Fällen vor die Wahl gestellt: entweder dem entscheidenden Kampfe auszuweichen (Parlamentarisch-bleiben: Gefahr des Opportunismus), oder das Hinaustreiben über den Parlamentarismus, das An-die-Masse-appellieren in einem Augenblick zu verwirklichen, wo dies für die Bourgeoisie günstig ist. Das deutlichste Beispiel für die Unlösbarkeit dieser Frage bietet die gegenwärtige Lage des italienischen Proletariats. Die Wahlen — die offen unter kommunistischer Flagge, als großzügige „Agitation“ betrieben wurden — haben der Partei eine große Zahl von Mandaten gebracht. Was nun? Entweder an der „positiven Arbeit“ des Parlaments teilnehmen, was Turati und seinesgleichen wünschen; Folge: Sieg des Opportunismus, Verflachung der revolutionären Bewegung. Oder offene Sabotage des Parlaments; Folge: früher oder später direkter Zusammenstoß mit der Bourgeoisie, wobei es nicht in der Macht des Proletariats steht, den Augenblick des Zusammenstoßes auszuwählen. Man mißverstehe nicht: wir gehen nicht von der lächerlichen Voraussetzung aus, man könne „den Augenblick“ für die Revolution „auswählen“; im Gegenteil: wir glauben, daß die revolutionären Ausbrüche spontane Massenaktionen sind, wobei der Partei die Rolle des Bewußtmachers des Zieles, des Richtungsgebens zukommt. Dadurch aber, daß der Ausgangspunkt des Zusammenstoßes im Parlament liegt, ist gerade diese Spontaneität gefährdet. Die parlamentarische Aktion wird entweder zur leeren Demonstration (deren Folge die Menge auf die Dauer ermüdet und schlaff macht) oder führt zu gelungenen Provokationen der Bourgeoisie. Die italienische Fraktion — aus Furcht vor dieser letzten Möglichkeit — schwankt zwischen leeren Demonstrationen und dem leisen Opportunismus der revolutionären Phrase haltlos hin und her. (Neben diesen methodisch-taktischen Fehlern sind freilich auch sozusagen inhaltlich-taktische Fehler gemacht worden; z. B. die kleinbürgerliche Demonstration für die Republik.)

4.

Aus diesem Beispiel erscheint ganz klar die Lehre, wie gefährlich für das Proletariat ein „Wahlsieg“ werden kann. Denn die größte Gefahr für die italienische Partei liegt darin, daß ihre antiparlamentarische Betätigung im Parlament

sehr leicht zur Sprengung des Parlamentes führen kann — obwohl das italienische Proletariat ideologisch und organisatorisch noch nicht die für den Entscheidungskampf notwendige Reife besitzt. Der Widerspruch zwischen Wahlsieg und Unvorbereitetheit beleuchtet grell die Hinfälligkeit jenes Argumentes für den Parlamentarismus, das hierin eine Art von „Heerschau“ des Proletariats erblickt. Wenn nämlich die gewonnenen „Stimmen“ wirkliche Kommunisten bedeuten würden — so wären diese Bedenken hinfällig, die ideologische Reife wäre bereits vorhanden.

Dadurch zeigt sich aber auch, daß die Wahlagitation selbst als bloßes Propagandamittel nicht unbedenklich ist. Die Propaganda der kommunistischen Partei muß der Klärung des Klassenbewußtseins der proletarischen Massen, ihrer Erweckung zum Klassenkampf dienen. Sie muß dementsprechend darauf gerichtet sein, den Prozeß der Differenzierung im Proletariat so weit wie möglich zu beschleunigen. Nur dadurch ist zu erreichen, daß einerseits der bewußte und feste Kern des revolutionären Proletariats (die kommunistische Partei) sich quantitativ und qualitativ entwickelt; andererseits, daß die Partei durch den Anschauungsunterricht der revolutionären Handlung, die halb-bewußten Schichten mit sich reißt und sie zum revolutionären Bewußtsein ihrer Lage führt. Die Wahlagitation ist hierfür ein äußerst bedenkliches Mittel. Denn die Abgabe der Stimme ist nicht nur keine Tat, sondern was viel schlimmer ist: eine Scheintat, die Illusion einer Tat; sie wirkt deshalb nicht bewußtseinfördernd, sondern im Gegenteil das Bewußtsein trübend. Es entsteht ein scheinbar großes Heer, das im Augenblick, wo ein ernstes Standhalten notwendig wird, völlig versagt. (Deutsche Sozialdemokratie im August 1914.)

Die Sachlage folgt notwendig aus der typisch bürgerlichen Wesensart der parlamentarischen Parteien. Wie die Gesamtorganisation der bürgerlichen Gesellschaft, ist auch der letzte, wenn auch selten bewußte, Zweck der parlamentarisch-bürgerlichen Parteien: die Verdunkelung des Klassenbewußtseins. Als verschwindende Minorität der Bevölkerung vermag die Bourgeoisie ihre Herrschaft nur dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie alle materiell wie ideologisch schwankenden und unklaren Schichten in ihre Gefolgschaft einreihet. Die bürgerlich-parlamentarische Partei ist demzu-

folge eine Resultante verschiedenster Klasseninteressen (wobei freilich vom Standpunkte des Kapitalismus das scheinbare Kompromiß stets größer ist, als das wirkliche). Dem Proletariat wird aber fast immer, wenn es sich am Wahlkampf beteiligt, diese Parteistruktur aufgezwungen. Das Eigenleben jedes Wahlmechanismus, der notwendig auf einen möglichst großen „Sieg“ arbeitet, beeinflußt fast immer die Parolen in der Richtung auf ein Gewinnen der „Mitläufer“. Und selbst wenn dies nicht oder wenigstens nicht bewußt geschieht, so liegt in der ganzen Technik der Wahl eine Anlockung der „Mitläufer“, die die verhängnisvolle Gefahr in sich birgt: Gesinnung und Tat voneinander zu trennen und so eine Neigung zur Bürgerlichkeit, zum Opportunismus zu erwecken. Das Erziehungswerk der kommunistischen Parteien auf die unklaren und schwankenden Gruppen des Proletariats kann nur dann wirklich fruchtbar werden, wenn es durch den Anschauungsunterricht des revolutionären Handelns in ihnen die revolutionäre Ueberzeugung festigt. Jede Wahlkampagne zeigt — ihrer bürgerlichen Wesensart entsprechend — eine völlig entgegengesetzte Richtung, die nur in den seltensten Fällen wirklich überwunden werden kann. Auch die italienische Partei ist dieser Gefahr erlegen. Der rechte Flügel betrachtete den Anschluß an die dritte Internationale, die Forderung der Räterepublik — als bloße Wahlparole. Der Prozeß der Differentiation, die wirkliche Eroberung der Massen für das kommunistische Handeln, kann so erst später (wahrscheinlich unter ungünstigeren Umständen) beginnen. Ueberhaupt zeigen Wahlparolen schon dadurch, daß sie in keiner unmittelbaren Beziehung zum Handeln stehen, eine merkwürdige Tendenz auf Vermischung der Gegensätze, auf Vereinigung der divergierenden Richtungen. Lauter Eigenschäften, die gerade im gegenwärtigen Zustand des Klassenkampfes, wo es auf die wirkliche, werktätige Einheit des Proletariats, nicht auf die Scheineinheit der alten Parteien ankommt, mehr als bedenklich sind.

5.

Zu den fast unüberwindbaren Schwierigkeiten einer kommunistischen Aktion im Parlament gehört die allzu große Selbständigkeit und Eigengesetzlichkeit, die der parlamentarischen Gruppe im Parteileben zuzukommen pflegt. Daß

dies für die bürgerlichen Parteien ein Vorteil ist, versteht sich von selbst, kann aber hier nicht näher erörtert werden. *) Was aber für die Bourgeoisie nützlich, ist für das Proletariat fast ausnahmslos bedenklich. So auch in diesem Fall, wo infolge der oben geschilderten Gefahren der parlamentarischen Taktik, diese nur dann mit einiger Aussicht vermieden werden können, wenn die parlamentarische Tätigkeit in vollem Umfange und bedingungslos der außerparlamentarischen Zentralleitung unterworfen ist. Dies scheint theoretisch selbstverständlich zu sein, die Erfahrung lehrt uns jedoch, daß die Beziehung zwischen Partei und Parlamentsfraktion sich beinahe ausnahmslos umkehrt und die Partei von der Parlamentsfraktion ins Schlepptau genommen wird. So z. B. im Falle Liebknecht während des Krieges, wo er sich, natürlich völlig vergebens, der Reichstagsfraktion gegenüber auf das Bindende des Parteiprogramms berufen hat. **)

Noch schwieriger als die Beziehung von Parlamentsfraktion und Partei ist die zwischen der ersteren und dem Arbeiterrat. Die Schwierigkeit einer theoretisch richtigen Fragestellung wirft wieder grelles Licht auf die problematische Wesensart des Parlamentarismus im Klassenkampf des Proletariats. Die Arbeiterräte als Organisationen des Gesamtproletariats (des bewußten wie des unbewußten) weisen durch ihr einfaches Dasein über die bürgerliche Gesellschaft hinaus. Sie sind ihrem Wesen nach revolutionäre Organisationen der Ausbreitung, Aktionsfähigkeit und Macht des Proletariats; als solche wirkliche Gradmesser der Entwicklung der Revolution. Denn alles was in den Arbeiterräten geleistet und erreicht wird, wird dem Widerstand der Bourgeoisie entrisen, und ist deshalb nicht nur als Resultat wertvoll, sondern hauptsächlich als Erziehungsmittel zum klassenbewußten Handeln. Es zeigt also einen Gipfelpunkt des „parlamentarischen Kretinismus“, wenn Versuche unternommen werden (wie von den U. S. P. D.), die Arbeiterräte „in der Verfassung zu verankern“, ihnen ein bestimmtes Tätigkeitsfeld legal zu-

*) Dies hängt mit der Frage der Vorteile zusammen, die die sogenannte Telling der Gewalten für die Bourgeoisie bedeutet.

**) Klassenkampf gegen den Krieg, 53.

zusichern. Die Legalität tötet den Arbeiterrat. Als Offensivorganisation des revolutionären Proletariats existiert der Arbeiterrat nur, insofern er das Dasein der bürgerlichen Gesellschaft bedroht, insofern er ihre Zerstörung und damit den Aufbau der proletarischen Gesellschaft Schritt für Schritt erkämpft und vorbereitet. Jede Legalität, d. i. Eingefügtheit in die bürgerliche Gesellschaft mit bestimmten Grenzen der Kompetenz, verwandelt seine Existenz in ein Scheindasein: aus dem Arbeiterrat wird eine Mischung von Debattierklub, Ausschuß — und Parlamentskarikatur.

Können also Arbeiterrat und parlamentarische Fraktion als taktische Waffen des Proletariats überhaupt nebeneinander bestehen? Es wäre naheliegend, aus dem Offensivcharakter der einen und aus der defensiven Wesensart des anderen eine gegenseitige Ergänzung abzuleiten. *) Solche Versöhnungsversuche übersehen aber, daß Offensive und Defensive im Klassenkampf dialektische Begriffe sind, deren jeder eine ganze Welt des Handelns (also in beiden Fällen: Einzeloffensiven und -defensiven) umfaßt und sich nur auf eine bestimmte Phase des Klassenkampfes, auf diese aber den anderen anschließend anwenden läßt. Der Unterschied beider Phasen läßt sich am kürzesten und zugleich für die hier behandelte Frage am klarsten so bestimmen: das Proletariat befindet sich so lange in der Defensive, bis der Auflösungsprozeß des Kapitalismus nicht begonnen hat. Ist diese Phase der ökonomischen Entwicklung eingetreten, so ist — einerlei ob diese Wandlung bewußt geworden ist oder nicht und gar ob sie „wissenschaftlich“ feststellbar und belegbar scheint — das Proletariat zur Offensive gezwungen. Da aber der Entwicklungsprozeß der Ideologie mit dem der Wirtschaft nicht einfach zusammenfällt, nicht einmal ganz parallel läuft, findet die objektive Möglichkeit und Notwendigkeit der offensiven Phase des Klassenkampfes das Proletariat selten ideologisch hinreichend vorbereitet. Infolge der wirtschaftlichen Lage gelte zwar das spontane Handeln der Massen in eine revolutionäre Richtung, es wird aber stets von der opportunistischen Führerschicht, die sich von den Gewohnheiten des defensiven Stadiums nicht losreißen will, noch kann, in falsche Bahnen geleitet, oder vollends

*) Max Adlers Vorschlag vom Arbeiterrat als Zweite Kammer.

sabotiert. In der offensiven Phase des Klassenkampfes stehen demzufolge nicht mehr bloß die Bourgeoisie und die von ihr geführten Schichten dem Proletariat feindlich gegenüber, sondern seine eigene frühere Führerschicht. Der Gegenstand, auf den die Kritik sich zu richten hat, ist also nicht mehr in erster Reihe die Bourgeoisie (die ist bereits durch die Geschichte gerichtet), sondern der rechte Flügel und das Zentrum der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, ohne deren Mithilfe der Kapitalismus in keinem Land die geringste Aussicht hätte, seine gegenwärtige Krise selbst zeitweilig zu überwinden.

Die Kritik des Proletariats ist aber ebenfalls eine Kritik der Tat, ein Erziehungswerk des revolutionären Handelns, ein Anschauungsunterricht. Hiezu sind die Arbeiterräte das denkbar günstigste Instrument. Denn wichtiger als alle einzelnen Errungenschaften, die sie für das Proletariat zu erkämpfen vermögen, ist ihre erzieherische Funktion. Der Arbeiterrat ist der Tod der Sozialdemokratie. Während es im Parlament durchaus möglich ist, den tatsächlichen Opportunismus durch revolutionäre Phrasen zu verdecken, ist der Arbeiterrat zum Handeln gezwungen — oder er hört auf zu existieren. Dieses Handeln, dessen bewußter Führer die kommunistische Partei zu sein hat, bringt die Auflösung des Opportunismus, die heute notwendige Kritik zustande. Kein Wunder, daß die Sozialdemokratie eine Scheu vor der ihr hier aufgezwungenen Selbstkritik hat. Die Entwicklung der Arbeiterräte in Rußland von der ersten bis zur zweiten Revolution zeigt deutlich, wohin diese Entwicklung führen muß.

Damit wäre die Stellung von Arbeiterrat und Parlament theoretisch-taktisch bestimmt: wo ein Arbeiterrat (selbst im bescheidensten Rahmen) möglich ist, ist der Parlamentarismus überflüssig. Er ist sogar gefährlich, denn es liegt in seinem Wesen, daß die innerhalb seines Rahmens mögliche Kritik nur die Kritik der Bourgeoisie, nicht die Selbstkritik des Proletariats sei. Das Proletariat muß aber, bevor es das gesegnete Land der Befreiung betritt, durch das Fegefeuer dieser Selbstkritik hindurch, in der es seine eigene Gestalt im kapitalistischen Zeitalter, die in der Sozialdemokratie am prägnantesten erscheint, auflöst, verwirft und dadurch zur Läuterung bringt.

Die Beteiligung an den Wahlen für das Parlament.

Von Paul Friedländer.

I.

Die Beteiligung der Kommunistischen Partei Deutschlands an den Wahlen für den Reichstag hat die Aufmerksamkeit der kommunistischen Arbeiterschaft für diese stets lebendige Frage der revolutionären Taktik in erhöhtem Maße wachgerufen. Nun ist soeben eine Flugschrift der kommunistischen Partei Deutschösterreich erschienen, betitelt „Die Kommunistische Partei und der Parlamentarismus“, die zur Wahlbeteiligung der deutschen Kommunisten in offenem schärfstem Widerspruche steht, indem sie in die allgemeine Erklärung ausmündet: „Jede gültige Stimme zu parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staat! Jede proletarische Stimmenthaltung bedeutet ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse“ und daher die Parole ausgibt: „Keine Stimme und keinen Heller den parlamentarischen Wahlen!“ Diese einfache Formel soll wohl dem Zweck der Flugschrift entsprechen, die sich an „das klassenbewußte Proletariat“ wendet, um seinem Klassenbewußtsein ein bestimmtes Gepräge zu geben. Im übrigen aber bedeutet sie entschieden einen Rückschritt gegenüber dem, was sowohl in der Stellung des Problems als auch in seiner Beantwortung bisher erreicht wurde.¹⁾ In einem Punkte stimmen nämlich alle Kommunisten überein, Lenin, Radek, Bela Kun, das Berliner und das (bereits aufgelöste) Amsterdamer Bureau der 3. Internationale, daß nämlich die Frage der Bejahung oder Verneinung des Parlamentarismus zu trennen ist von der Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen, daß jene Frage eine prinzipielle ist, und zwar eine prinzipiell gegen den Parlamentarismus und für die

¹⁾ Genosse Friedländer hat unserer Ansicht nach mit seiner Kritik des Flugblattes nicht recht.

Erstens beurteilt das Flugblatt die Frage des Parlamentarismus von den Verhältnissen jenes Landes aus, für das es bestimmt ist: für Deutschösterreich.

Zweitens wird in dem Flugblatte der Parlamentarismus nicht „doktrinär“, um jeden Preis abgelehnt, was folgende Stelle beweist: Solange Arbeiterräte oder sonstige Möglichkeiten revolutionärer proletarischer Betätigung bestehen, bedürfen wir der parlamentarischen Tribüne nicht.“ (Flugblatt S. 57, im Original fett gedruckt.)

Erst nach der Darstellung der Verhältnisse in Deutschösterreich heißt es am Ende des Flugblattes:

„Jede gültige Stimme in parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staat.“ (Flugblatt S. 9, im Original fett gedruckt.) D. R.

proletarische Diktatur in Form des Räte systems e n t s c h i e d e n e (und also gar keine Frage mehr), während die andere Frage eine taktische ist, und zwar, wie das im Wesen einer taktischen Frage liegt, eine jeweilig entsprechend den gegebenen Verhältnissen eines Abstimmungsgebietes zu e n t s c h e i d e n d e und also eine stets von neuem gegebene Frage.

Die von der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs herausgegebene Flugschrift wirkt zwar teilweise vortrefflich durch ihre schlichte und klare Gegenüberstellung des Parlamentarismus einerseits und des proletarischen Räte systems andererseits, wirkt aber schließlich verwirrend dadurch, daß sie die Zustimmung zum Parlamentarismus mit der Wahlbeteiligung bei den Wahlen in einen Topf wirft und in ein und denselben prinzipiellen Brei verrührt. Dies heißt: sich die Sachen zu leicht machen; dies heißt: den gordischen Knoten der Wahlbeteiligungsfrage weder lösen noch zerhauen, sondern ihn einfach nicht bemerken. Dadurch ist man aber soweit wie bisher, ja nicht einmal soweit wie bisher.

Darum soll in diesem Artikel das Problem der Beteiligung an den Parlamentswahlen neuerlich behandelt werden, jedoch lediglich das Problem der Beteiligung an den Wahlen. Ausgeschaltet — und einer späteren Untersuchung vorbehalten — bleibt das Problem der Beteiligung am Parlament selbst, an seinen Plenarversammlungen wie an seinen Ausschüssen. Außer Diskussion, weil durchaus entschieden, steht die Frage des Parlamentarismus. Die kommunistische Partei (und gegenwärtig wohl auch ein großer Teil der Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ja, sogar der linke Flügel der Linken der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs — von manchen anderen Ländern gar nicht zu reden —) verwirft im A-B-C ihrer Grundsätze den Parlamentarismus zugunsten des Räte systems. Im Rahmen dieser Zeitschrift darf daher nicht der Kniff angewendet werden, der ja sonst im politischen Kampf dem kniffligen Gegner gegenüber durchaus erlaubt ist, denjenigen, der für die Wahlen zur Nationalversammlung eintritt, einfach als „Parlamentarier“ abzutun, als einen, der sich für die parlamentarischen Schwatzbuden in Staat, Land und Gemeinde ausspricht, sondern es soll hier deutlich unterschieden werden zwischen der Anerkennung des demokratischen Parlamentarismus und der Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen. Es soll nur davon die Rede sein, wie sich der überzeugte Antiparlamentarier zur Frage der Wahlbeteiligung verhalten soll.

II.

Es wird also von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Parlament ein Uebel ist, der Uebel größtes vielleicht, daß es das Werkzeug der Diktatur der kapitalistischen

Klasse ist, auch dort, wo es keine solch schroffe Klasseninstitution, wie gegenwärtig in Ungarn, sondern wo es eine demokratische Institution ist, wie gegenwärtig in Deutschland oder in Oesterreich oder in Italien. Es wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß auf die Schwächung und Abschaffung des Parlaments mit allen Mitteln und Kräften des organisierten proletarischen Klassenkampfes hinarbeiten ist. Daraus ergibt sich, daß die Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung des revolutionären Proletariats nur eines der vielen Mittel — und gewiß nicht das hauptsächlichste und entscheidende — im Kampf gegen den Parlamentarismus ist. Es wird ferner ausgegangen von der Voraussetzung, daß die kapitalistische Ordnung auf der ganzen Welt aus den Fugen geraten, daß sie in ihre katastrophale Krise eingetreten ist, und daß, infolge der revolutionären Situation in den meisten Staaten und infolge der gewaltigen Stellung der Arbeiterklasse — mag sie auch zahlenmäßig die Minorität des „Volkes“ bilden — die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zur Grundlegung der sozialistischen Ordnung in greifbare Nähe gerückt ist.

Noch vor zwei Jahrzehnten war der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für das Parlament — und somit nach der entsprechenden Vertretung im Parlament — eine berechtigte Forderung des Proletariats. Damals war die Ablehnung des Parlaments, vor allem aber die Propaganda der Wahlenthaltung, wie sie von syndikalistischen und anarchistischen Gruppen betrieben wurde, ein Ausfluß der Unfähigkeit, für das Proletariat Politik zu treiben, mag jene Propaganda auch einer ganz richtigen, sogar prophetischen Einschätzung des Parlaments entsprungen sein. Heute liegen die Dinge anders. Heute ist das Parlament, insbesondere das „demokratische“, zum ärgsten Hindernis einer Politik geworden, die im Interesse der Arbeiterschaft und des Sozialismus zu betreiben ist. Heute gilt es — womöglich auch durch Wahlenthaltung —, das Parlament aus dem Wege zu räumen.

Es wurde gesagt: womöglich durch Wahlenthaltung. In dem Wort „womöglich“ liegt das ganze Geheimnis.

Es wurde nicht gesagt: schlechthin durch Wahlenthaltung (wie dies die erwähnte Flugschrift verkündet). Denn es ist ganz klar, daß in den meisten Ländern, in denen der revolutionäre Umsturz nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, wie in den Ländern des westlichen Kapitalismus, in Amerika, in England, in Frankreich, jede gültige sozialistische Stimme zu parlamentarischen Wahlen nicht ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate bedeutet, sondern vielmehr ein Bekenntnis gegen den kapitalistischen Staat, daß sie nicht ein Hintertreiben, sondern ein Weitertreiben der revolutionären Situation ist. Es ist ferner klar, daß in einigen andern Ländern, die in höherem Maße zum revolutionären Umsturz reif sind, als die erwähnten westlichen

Länder; die Stimmenabgabe in beträchtlichem Maße ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse, eine Bedrohung des Parlaments ist, wie in Jugoslawien, in Bulgarien, in Italien, vielleicht auch in Deutschland (seitens der U. S. P.-Anhänger), daß hierdurch zur Verschärfung und Klarstellung der Klassengegensätze und damit der bestehenden Krise beigetragen, daß also das Parlament als gesetzgebendes Organ in seiner Autorität und Wirkungsfähigkeit nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Die Parole der Wahlenthaltung ist einfach in den meisten Ländern weder mit der objektiven politischen und wirtschaftlichen Lage, noch mit der subjektiven Reife der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen.

Ein doktrinärer Grundsatz, sei es der Wahlbeteiligung, sei es der Wahlenthaltung, würde also nur ein Beweis politischer Unfähigkeit und sogar revolutionärer — Passivität sein. Der allgemeine Grundsatz der Wahlbeteiligung kann nur verfochten werden in Verkenning der revolutionären Situation auf der Welt, der allgemeine Grundsatz der Wahlenthaltung kann nur verfochten werden in Verkenning der — gegenrevolutionären Faktoren auf der Welt. Das Parlament wegleugnen heißt nicht es wegschaffen. Und doktrinär sein ist nicht gleichbedeutend mit revolutionär sein.

Somit kann kein Zweifel bestehen, daß die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung eine rein taktische Frage ist (unter vielen andern taktischen Fragen). Es kommt nur darauf an, gewisse Richtlinien zur Lösung dieser taktischen Frage aufzuzeichnen.

III.

Für den Antiparlamentarier hat die Taktik der Wahlenthaltung vor der Taktik der Wahlbeteiligung einen unleugbaren mächtigen Vorzug voraus, der gar nicht überschätzt werden kann: Die Wahlenthaltung ist geeignet, bei der Arbeiterschaft keinerlei Mißverständnis über die Ablehnung und Bekämpfung des Parlaments aufkommen zu lassen. Den bei der Wahlenthaltung aktiv und bewußt beteiligten Arbeitern wird dadurch unzweideutig und unauslöschlich der Wille zur Zertrümmerung der Bourgeoisdemokratie und zur Aufrichtung der Proletariendiktatur (der sozialen Demokratie) eingeprägt. Zugleich wird dieser Wille den Verfechtern der Demokratie, seien sie bürgerlicher, seien sie proletarischer Herkunft, auf die nachdrücklichste und einschneidendste Methode kundgegeben. Der Einwand, daß Wahlenthaltung auch die Parole einer demokratischen Partei sein kann, wie dies z. B. das Vorgehen der ungarischen sozialdemokratischen Partei unter dem Horthyregime beweist, ist natürlich hinfällig, weil diese Wahlenthaltung nur der Protest gegen die Behinderung der Wahlbeteiligung und Wahlbewegung der Arbeiterschaft durch die reaktionären Machthaber war. Unsere Erwägungen aber gelten unter der Voraussetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der vollen Demokratie in dem

betreffenden Lande. (Ebenso wird von der Wahlenthaltung aus Gleichgültigkeit abgesehen.) Hingegen ist die Wahlbeteiligung, mag sie auch aus taktischen Gründen notwendig sein, insoferne stets mit einer gewissen Gefahr verbunden, als die Arbeiter häufig genug Wahlbeteiligung und Parlamentsbeteiligung, beziehungsweise Parlamentsbejahung voneinander nicht unterscheiden, sondern für ein und dasselbe halten. Immerhin hat sich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft das klare Bewußtsein befestigt, daß man ebensowenig das Parlament aufrechterhalten will, wenn man Vertreter dorthin entsendet, als man die kapitalistische Wirtschaftsordnung bejaht, wenn man in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt ist. Infolge der bestimmten politischen Verhältnisse kann man genötigt sein, ins Parlament zu gehen, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Parlament, so wie man in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich als Ausgebeuteter (ja sogar als Ausbeuter) ins kapitalistische Getriebe hineinfügen muß, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Kapitalismus.

Jedenfalls aber ist die Parole der Wahlenthaltung un-
zweideutig und an und für sich eine aufklärende und werbende Kraft. Daher unser Ausdruck oben: „womöglich Wahlenthaltung!“. Unter gewissen Umständen ist sie die ausschlaggebende revolutionäre Kraft, der alle übrigen Möglichkeiten nachzustellen sind. Die Umstände, unter denen eine kommunistische Partei die Wahlenthaltung als das geeignete taktische Mittel zur Schwächung des Parlamentarismus, zugleich zur Stärkung der Position der Arbeiterschaft und zur Verschärfung der revolutionären Krise ausrufen und mit aller Kraft propagieren soll, scheinen mir hauptsächlich folgende zu sein: (Die nachfolgende Darstellung kann nicht als erschöpfend gelten; der Umfang dieses Artikels läßt dies nicht zu.)

Ist die kommunistische Partei schwach, indem sie am Anfang ihrer Entwicklung steht und nur geringe Teile des Proletariats in ihrem Rahmen vereinigt, so daß vorauszusehen ist, daß weder die Wahlbeteiligung noch die Wahlenthaltung wichtige Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen mit sich bringen, so ist jedenfalls die Parole der Wahlenthaltung die richtige. Sie wirkt, worauf es in diesem Falle ankommt, klärend und reinigend auf die Arbeiterschaft. Sie stellt die Parteimitglieder auf die Probe; sie ist ein weithin sichtbares Banner, um das sich die kleine Kerntruppe sammelt. Sie ist ein deutlicher Schlag ins Gesicht der Demokratie. Mehr kann sie in diesem Falle nicht sein. In diesem Falle kann die Wahlenthaltung nicht als Parlamentsboykott bezeichnet werden, auch nicht als Versuch eines solchen Boykotts. Denn zum Boykottieren ist Macht notwendig. Der Boykott beurteilt sich nicht nach dem Willen, sondern nach der Leistung.

Vor einundeinhalb Jahren haben sowohl der Spartakusbund in Deutschland als auch die kommunistische Partei Deutschlands — als schwache und für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse keineswegs bedeutsame Parteien — ihrer prinzipiellen Ablehnung der Bourgeoisiedemokratie und ihres Parlamentarismus (im Rechtsstaate der kapitalistischen Gesellschaftsordnung) durch die Parole der Wahlenthaltung den richtigen taktischen Ausdruck gegeben. Erleichtert wurde ihnen dieser Entschluß durch die besonders kritische Situation in diesen Ländern, welche die Aussicht auf einen baldigen revolutionären Umsturz offen ließ.

Das taktische Mittel der Wahlenthaltung seitens der K. P. wäre wohl auch bei den letzten Wahlen für den deutschen Reichstag, die vor kurzem stattgefunden haben, am Platze gewesen. Diese Ueberzeugung brauchte nicht auf Grund des Wahlergebnisses entstehen, — nachher ist es billig, taktisch weise zu sein — sondern sie mußte auch bereits vorher feststehen. Denn die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus verschiedenen Gründen nicht gedeihen konnte — vor allem ist es schwer, im Schatten der Unabhängigen sozialdemokratie Deutschlands kräftig zu wachsen — hatte von vornherein nur sehr geringe Aussichten auf Mandatsbesetzungen; jedenfalls so geringe, daß sie für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in der gesetzgebenden Körperschaft nicht in Betracht gekommen wären. Dies hat sich auch bestätigt: Es wäre selbst dann richtig, wenn auf Grund der abgegebenen Stimmen nicht zwei, sondern acht Kommunisten als Abgeordnete aus der Wahl hervorgegangen wären. Auch dies ist noch immer nicht viel mehr als 5 Prozent aller Proletariatsvertreter (wobei ich allerdings annehme, daß für die Mehrheitssozialisten hauptsächlich Proletarier gestimmt haben). Diesem verschwindenden Vorteil steht gegenüber der große Nachteil, daß es die kommunistische Partei in diesem Falle, wo sie gegen die Stärkung des Parlaments und der Reaktion im Parlament nichts Bemerkenswertes leisten konnte, nicht vermocht hat, ihrer Opposition gegen die Bourgeoisiedemokratie den schärfsten Ausdruck zu geben, vor allem aber nicht, sich von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich abzugrenzen, worauf es besonders angekommen wäre. In diesem Falle, wo bloß zu propagieren und zu werben war, wäre eine energische Kampagne für die Wahlenthaltung das Beste gewesen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei betont, daß die Proklamation der Wahlenthaltung seitens der „kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, die nicht aus politischen Erwägungen, sondern aus grundsätzlichem Doktrinarismus heraus geschehen ist (siehe den Programmentwurf der K. A. P. D., veröffentlicht in der „Aktion“, Heft 23/24 des X. Jahrganges, S. 314), nur zufällig mit dem unter diesen

Umständen taktisch Richtigen übereinstimmt, jedoch ihrem Ursprung und ihrem Geiste nach entschieden abzuweisen ist.

Eine weitere Situation, die einer kommunistischen Partei unter allen Umständen die Wahlenthaltung aufdrängt, ist eine offenbar revolutionäre Situation in dem betreffenden Abstimmungsgebiet. In diesem Fall kann die Wahlenthaltung die Lage so verschärfen, daß sie zum Entscheidungskampf treibt. Sie kann ein Dolchstoß durch das Herz der Bourgeoisiedemokratie sein. (Dies wäre gegenwärtig vielleicht der Fall in Polen.) Eine revolutionäre Situation war vor einundeinhalb Jahren in den Staaten der „Besiegten“, vor allem in Deutschland und Oesterreich, gegeben. Nur daß die kommunistischen Parteien dortselbst ohnmächtig waren. Darum war die Wahlenthaltung ihrer Anhänger ohne Wirkung. Je mächtiger aber in solch einer Lage eine kommunistische Partei ist, umso mehr ist sie fähig, umso mehr ist sie verpflichtet, den aktiven Parlamentsboykott bei den Wahlen in größtmöglichem Maße durchzuführen, in dem Sinne, wie ihn B—K— im Heft 18 des „Kommunismus“ in dem Artikel „Die Durchführung des Parlamentsboykotts“ vorzüglich und, meines Wissens nach, erstmalig dargestellt hat. (S. 540—555.)

Endlich ist auch eine kommunistische Partei eines Landes, das sich in einer Lage befindet, die zwar nicht revolutionär ist, die aber eine sichere Voraussicht auf eine revolutionäre Entwicklung in der nahen Zukunft gibt, durchaus im Recht, die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen durchzuführen, auch auf die Gefahr hin, vorübergehend und bloß scheinbar die Reaktion zu stärken, letzten Endes aber, um die Entlarvung der tatsächlichen Gegensätze und die Auslösung der Entscheidungskämpfe um die Diktatur des Proletariats, um die Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates zu bewerkstelligen.

Damit wären Richtlinien entworfen, die für die Taktik der Wahlenthaltung bestimmend sein sollten.

IV.

Während die Wahlenthaltung eine einfache und offene Demonstration gegen die bürgerliche Demokratie und ihren Parlamentarismus ist, ist die Wahlbeteiligung keine solche un zweideutige feindliche Haltung. Denn, sollte man meinen, sie ist und bleibt doch immerhin eine Art Aufrechterhaltung des Parlaments. Diese populäre Auffassung ist bereits an einer früheren Stelle abgetan worden.

Es gibt Stufen der geschichtlichen Entwicklung in einem Lande (und das trifft derzeit noch für viele Länder zu), in denen der Parlamentarismus noch nicht abgebrochen werden kann, weil die Verhältnisse noch nicht zum Umsturz reif sind.

In der gegenwärtigen Epoche der katastrophalen Krise des Kapitalismus auf der ganzen Welt ist unter diesen Umständen für jeden zielbewußten und gebildeten proletarischen Klassenkämpfer die Notwendigkeit gegeben, den bürgerlichen Parlamentarismus, die höchste Form des kapitalistischen Klassentaates, geradezu treibhausmäßig auf die Spitze zu treiben, um seine völlige Unfähigkeit darzulegen, in der gegenwärtigen entscheidungsreifen Epoche für die Arbeiterschaft die Entscheidung zu bringen. In der gegenwärtigen Zeit kann eine kommunistische Partei nur ein Interesse haben: die Bourgeoisie in die Sackgasse zu jagen, ihr das Regierungsgeschäft im bürgerlichen Staat unter den gegenwärtigen zerrütteten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu überantworten und sie gleichzeitig möglichst zu schwächen, ihr möglichst viel Unterstützung durch die „Bevölkerung“ des Landes zu entziehen.

Es ist klar, daß hierdurch die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung ein anderes Gesicht bekommt. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei nochmals betont, daß Wahlbeteiligung keineswegs bereits Parlamentsbeteiligung, geschweige „positive“ Mitarbeit im Parlament bedeutet. (Ueber diese Frage ein andermal; auch ich bei der Meinung, die in der zitierten Flugschrift der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs zum Ausdruck kommt, daß das Parlament nicht einmal als „Tribüne“, geschweige denn als Boden zur Austragung des Klassenkampfes in Betracht kommt.) Wenn also einerseits in einem bestimmten Lande eine revolutionäre Entwicklung noch nicht zur Reife gediehen, noch nicht ausgegangen ist (beispielsweise Italien), andererseits in einem bestimmten Lande reaktionäre Strömungen in immer gesteigertem Maße auftauchen und die Tendenz zu einer weiteren reaktionären Entwicklung in dem betreffenden Lande gegeben ist, dann wird auch für eine kommunistische Partei die Frage der Wahlbeteiligung brennend. Für den Fall natürlich nur, daß die kommunistische Partei so stark und so bedeutend ist, um für die Herausbildung und Herauskristallisierung der politischen Machtverhältnisse erstlich in Betracht zu kommen. Eine Wahlenthaltung unter diesen erwähnten Umständen würde nur das Gegenteil dessen erzielen, was sie beabsichtigt. Sie würde nämlich tatsächlich nur zu einer Verschleierung der Klassengegensätze, zu einer ungebührlichen Stärkung der Bourgeoisie, vor allem aber zu einer Stärkung der parlamentarischen Reaktion führen, also auch zu einer Vertuschung der Klassendiktatur der kapitalistischen Klasse beitragen. Dies in einem Zeitpunkte, in dem, wie gesagt, das Proletariat, sei es infolge der Unreife der Verhältnisse im betreffenden Staat, sei es infolge eigener Unreife, nicht in der Lage ist, zu entscheidenden Schlägen auszuholen. Für

eine kommunistische Partei, die für die Gestaltung der politischen Kräfte im Lande ins Gewicht fällt, gibt es da nur eine Taktik: Schwächung der Bourgeoisie, Schwächung der Reaktion, Schwächung des Parlamentarismus durch Wahlbeteiligung. Je stärker eine antiparlamentarische Partei ist, umso geringer ist die Gefahr, daß ihre Massen bei der Wahlbeteiligung von der Illusion befangen wird, es handle sich um ein Eintreten für das Parlament und nicht um einen Kampf gegen das Parlament.

Keine kommunistische Partei kann die Verantwortung auf sich nehmen, die Reaktion für die Dauer zu stärken. Es gibt Situationen in der revolutionären Entwicklung eines Landes, wo es die Wahlbeteiligung proletarischer Parteien ist, welche den bürgerlichen Parlamentarismus stärkt, ja, sogar wieder auf die Beine bringt, wie dies die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs durch ihre Beteiligung an den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung getan haben. Es kann umgekehrt Situationen geben, wo die Wahlenthaltung analog wirkt. In einem Lande, in dem die reaktionären Gruppen Tag für Tag an realen Machtmitteln gewinnen (durch Bewaffnung ihrer Anhänger u. dgl.), in dem aber diese reaktionären Gruppen gleichzeitig doch nur das Interesse haben, auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage Gewalt auszuüben, gilt es, ihrer parlamentarischen Reaktion Abbruch tun, nicht aber ihr Vorschub leisten. Da gilt es, die Reaktion zu einem offenen diktatorischen Vorgehen zu bringen, um sie vor der Arbeiterschaft zu entlarven und ihr gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Eine Wahlenthaltung wird unter solchen Umständen die Klassengegensätze verschleiern und die Machtausübung der Bourgeoisie begünstigen, indem sie ihrer Gesetzgebung die demokratische Weihe ermöglicht. In einem Lande beispielsweise, das in reaktionärer Entwicklung begriffen und in dem eine kommunistische Partei zwanzig Prozent der proletarischen Wählerschaft mit sich führt, bedeutet eine wirklich durchgeführte Wahlenthaltung eine vierzigprozentige Stärkung der reaktionären Bourgeoisie und zugleich eine vierzigprozentige Stärkung des Parlamentarismus. Unter diesen Umständen ist Wahlbeteiligung geboten (wobei ich die Parlamentsbeteiligung dahingestellt sein lasse).

Der Einwand, eine solche Auffassung sei kleinbürgerlich, weil sie nur durch die Betrachtung des Zustandes im eigenen Lande, und da sogar durch die Betrachtung des augenblicklichen Zustandes eingegeben sei, nicht aber durch die Betrachtung der revolutionären Entwicklung auf der ganzen Welt und durch die Voraussicht auf die kommenden Dinge in dem betreffenden Land selbst, ist hinfällig. Hinfällig deswegen, weil die revolutionäre Weltsituation die Resultante aus der Situation in jedem besonderen Lande ist und die Frage der Wahl-

beteiligung oder Wahlenthaltung ja gerade im Lichte des Vorwärtstreibens der revolutionären Entwicklung, beziehungsweise des Kampfes gegen die reaktionäre Entwicklung erörtert wurde. Hinfällig deswegen, weil auch bemerkt wurde, daß bei einer offenbar rasch vorübergehenden reaktionären Welle die Wahlenthaltung das geeignetere taktische Mittel ist. Hinfällig deswegen, weil, wenn die reaktionäre Strömung keine vorübergehende, sondern eine stetige ist, mit aller Entschiedenheit die Auffassung hier zurückgewiesen werden muß, daß ein Politiker des Proletariats die Reaktion jemals gewähren lassen oder gar fördern darf. Dann münden wir in das gleiche pseudo-marxistische Fahrwasser, in dem so manche Sozialdemokraten während des Krieges geschwommen sind, als sie den Imperialismus freudig gewähren ließen, damit sich die Lage des Kapitalismus verschlechtere. Ein angeblich „marxistischer“ Fatalismus, welcher die Reaktion begrüßt, um der darauffolgenden Revolution willen, ist keine ernsthafte, sondern eine frivole „historisch-materialistische“ Theorie. —

Diese Andeutungen, um den gordischen Knoten der Wahlenthaltung und Wahlbeteiligung auflösen oder auch nur zerkleinern zu können, sollen in einem weiteren Artikel besonders an dem Beispiel Deutschösterreichs illustriert und ausgedeutet werden, wobei sich gleichzeitig die Möglichkeit ergeben wird, die Gegenüberstellung von Arbeiterrat einerseits und Wahlbeteiligung für das Parlament andererseits zu besprechen.²⁾

Revolutionärer Parlamentarismus.

L. R.

Der zweite Kongreß der Dritten kommunistischen Internationale hat über die Frage des Parlamentarismus entschieden und die Rolle d bürgerlichen Parlaments im revolutionären Kampf des Proletariats gwertet. Er hat die Richtlinien festgelegt, nach denen gehandelt werde muß, um den parlamentarischen Kampf des Proletariats aus dem Sumj des Reformismus und aus der Niedrtracht der bürgerlichen Korruption wohin die bisherigen Arbeiterführer ihn gezerzt haben, herauszuhebe und zu einer wirksamen Waffe des Proletariats neben andern gegen di Bourgeoisie zu gestalten.

Gelingt es den kommunistischen Sektionen der einzelnen Länder, diese Richtlinien einzuhalten, so wird auch aus dem bürgerlichen Parlament eine revolutionäre Arena des Proletariats, wo dieses und seine Vertreter denselben Kampf führen werden, der auch an anderen Kampfplätzen, in den verschiedenen Räten (Betriebsräten, Arbeiterräten usw.), Fabriken, auf der Straße, in den Gewerkschaften usw., gleichzeitig geführt wird, bis alle diese Kampfhandlungen, in dem bewaffneten Aufstand zusammengefaßt, in die revolutionäre Erhebung des Proletariats ausmünden. So ist der parlamentarische Kampf kein parlamentarischer Kampf mehr, sondern nur ein Kampf, der im Parlament für dasselbe Ziel geführt wird wie anderswo. Der achte Abschnitt des dritten Teiles der Thesen über den Parlamentarismus sagt: „Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen.“ Das Parlament darf nichts anderes als „eine Tribüne, ein Werkzeug des revolutionären Kampfes, ein Mittel zur Organisation der werktätigen Massen zu ihrer Vorbereitung für den bewaffneten Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten“ sein. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im bürgerlichen Parlament „Skandale hervorrufen und die Parlamentsordnung verletzen, sich verhaften und den Gerichten überliefern lassen, ihre Immunität im vollen Maße ausnützen zur Agitation und Propaganda und zur Organisation der Arbeiter für die direkte Aktion“. Das Ziel ist die Entlarvung des Parlaments, und zwar (Abschnitt 11): „Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des ‚Zentrums‘ und andern Gegnern des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der III. Internationale ausnützen.“

Leitsätze allein sind noch keine Gewähr ihrer Einhaltung. Das schönste und revolutionärste Programm kann zu Schanden werden, wenn der erreichte Grad des Klassenkampfes oder aber der entschlossene Wille zu seiner Durchführung fehlt. „Der Parlamentarismus ist ein gefährlicher Boden“ — anerkennen auch die Leitsätze. Auf diesem „gefährlichen Boden“ wurde das Proletariat schon so manchmal betrogen, gefoppt und verraten, was wird geschehen, wenn der Beschluß der III. Internationale verwirklicht zu werden versucht wird? Wo ist die Gewähr, das der Beschluß nicht Beschluß bleibt und trotz allem der Parlamentarismus seine korrumpierende, verflucht verhängnisvolle Wirkung auf die proletarischen Führer ausübt? Diese Führer sind Menschen, nach den Leitsätzen sollen sie einfache Arbeiter sein — einfache Arbeiter sind ebenso korrumpierbar wie Intellektuelle und geriebene Gewerkschaftsführer.

Die Theorie gibt auf diese Frage Antwort. Und indem die Leitsätze diesen Gefahren institutionell vorbeugen, wird die Gefahr etwas vermindert. Die Führung und die Kontrolle über die parlamentarische Fraktion hat die Partei in der Hand, die parlamentarischen Vertreter können abberufen werden usw. Die Theorie muß sich aber in der Praxis bewähren, um allen Gegnern des Parlamentarismus innerhalb des revolutionär-prole-

tarischen Lagers engfügig beweisen zu können, daß ein revolutionärer Parlamentarismus nicht nur denkbar ist, nicht nur theoretisch formulierbar ist, gleichsam als abstrakte Forderung, sondern unter den gegebenen Verhältnissen auch möglich, daß der erreichte Grad des Klassenkampfes ein solcher ist, welcher die kommunistischen Sektionen den revolutionären Klassenkampf im Parlament zu führen zwingt. Es hängt schon nicht allein von der revolutionären Ehrlichkeit einzelner Individuen (Karl Liebknecht) ab, ob sie auch im Parlament ehrliche kompromißfeindliche Vorkämpfer der Revolution des Proletariats bleiben wollen, sondern alle Sektionen der kommunistischen Revolution müssen im Parlament revolutionär wirken, ob sie wollen oder nicht. Verrat ist nicht ausgeschlossen — das ist eine Frage, die als Irrtum in der Auswahl der parlamentarischen Vertreter bewertet werden muß, oder als individuelles Gebrechen, das aber theoretisch nicht erfaßbar ist — ein Verrat der ganzen Partei aber, wie das die Sozialdemokratie geleistet hat, ist unmöglich in dem Moment, wo die arbeitenden Massen durch den Klassenkampf immer mehr ins selbständige politische Leben und Handeln geschleudert und durch die kommunistischen Sektionen darin geführt und geschult werden. Das ist die einzige Bürgschaft, daß die parlamentarische Tätigkeit der kommunistischen Parteien revolutionär bleibt.

Der erste praktische Beweis der Richtigkeit der Auffassung der III. Internationale liefert nun der Ausgang der Wahlen zum sächsischen Landtag. Es wurden dort 49 Mehrheitssozialisten, Rechtsunabhängige und Kommunisten gewählt, gegen 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien. Die Mitgliederzahl des Landtages beträgt 96. 49 Mandate machen die Mehrheit aus, es bilden also die sozialistischen Parteien zusammen die Mehrheit den bürgerlichen Parteien gegenüber. Die neun gewählten Kommunisten entscheiden in Sachsen, ob sich eine „sozialistische“ Regierung im sächsischen Parlament halten kann oder nicht.

Wären die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen tatsächlich „sozialistische Parteien“ und wäre das Parlament tatsächlich das Terrain, wo der Klassenkampf endgültig entschieden wird, wie das von den Sozialdemokraten behauptet wird, dann wäre die Pflicht der Kommunisten, in eine sozialistische Regierung ohne Zögerung einzutreten, klar. Nun ist das Parlament in der heutigen Krise der Bourgeoisie nur das eine und nicht einmal das wichtigste Terrain, wo die Frage der Revolution und Gegenrevolution entschieden wird. Die Kommunisten gehen nicht ins Parlament, um dort für die Arbeiter Reformen zu erwirken, nicht weil sie den parlamentarischen Kampf als einen überaus wichtigen Teil der proletarischen Revolution betrachten, im Gegenteil, die vom 2. Kongreß der III. Internationale angenommenen Leitsätze betonen ausdrücklich, daß die Frage des Parlamentarismus eine untergeordnete Rolle spielt, denn das Parlament dient den Kommunisten zu nichts anderem als zur Entlarvung der Bourgeoisie und ihres Parlamentes und zur Zerstörung der demokratischen Illusionen der Massen. Der Schwerpunkt des Klassenkampfes liegt in den Fabriken, in den Arbeiterräten, auf der Straße, in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes: also auf legalen, aber außerhalb des Parlamentes liegenden, andererseits gänzlich illegalen Gebieten. Deshalb hat eine

... jedes Landes selbst darüber zu bestimmen, welche Taktik in den konkreten Wendungen des parlamentarischen Kampfes befolgen

Diese Taktik wird natürlich immer davon abhängen, welches Stadium der Klassenkampf des Proletariats im betreffenden Lande erreicht hat. Je schärfer der Klassenkampf, desto mehr wird er außerhalb des Parlamentes geführt, desto mehr verliert die parlamentarische Aktion der Kommunisten neben ihren anderen Aktionen an Bedeutung, besser gesagt, desto mehr werden die anderen Aktionen der parlamentarischen Aktion gegenüber an Gewicht zunehmen. Desto stärker kann es aber wirken, wenn die Kommunisten von der Tribüne des Parlamentes, durch ihre Immunität geschützt, die Bourgeoisie und ihr Parlament entlarven, wenn sie die parlamentarischen Lakaien der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, demaskieren und nach Erfüllung dieser Aufgabe in einem geeigneten Moment das Parlament verlassen und so vor den breiten Massen der Werktätigen dokumentieren, daß das von den Kommunisten verlassene Parlament nichts ist als eine gegenrevolutionäre Organisation der Bourgeoisie. Dadurch, daß die sächsischen Kommunisten trotz ihrer kleinen Zahl einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der sächsischen Regierung gewannen, haben sie die beste Gelegenheit zur Verrichtung dieser Arbeit der Entlarvung bekommen. Der Klassenkampf ist in Deutschland aufs äußerste gespannt. Die wirtschaftliche Not der Massen, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Lebensmittelnot wuchsen ins Unerhörte, die Kapitalisten schließen die Werke oder verkürzen die Arbeitszeit, damit das Proletariat durch den Hunger zum Gehorsam gezwungen werde, die gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie warten, bis zu den Zähnen bewaffnet, auf den günstigen Moment, in welchem sie gegen das Proletariat losschlagen können; die besten und mutigsten proletarische Parteien es als ihre dringendste Aufgabe erachten, die Massen auf die unausweichbare Revolution je besser vorzubereiten. Sachsen ist der industriell am meisten entwickelte Teil Deutschlands. Eine Stadt folgt der anderen, Sachsen ist in Europa am dichtesten bewohnt. Es ist natürlich, daß das sächsische Proletariat durch die kapitalistische Krise und durch die Not der kapitalistischen Sabotage noch mehr leidet als das übrige deutsche Proletariat. Die Klassengegensätze, die im ganzen Reiche überaus scharf sind, gewinnen hier eine noch schärfere Form: Bourgeoisie und Proletariat stehen Auge in Auge einander gegenüber.

Die Bourgeoisie steht in der Orgesch und in anderen gegenrevolutionären Organisationen zum Kampf gerüstet. Das Proletariat aber wird durch die Sozialdemokraten beider Richtungen wehrlos der Bourgeoisie ausgeliefert. Sie tun nicht nur nichts zur Linderung der Not der arbeitenden Klassen, sie verhindern nicht nur die Bewaffnung des Proletariats, sie verhindern auch die Entwaffnung der gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie.

So gab der Ausgang der Wahlen den sächsischen kommunistischen Parlamentsmitgliedern eine günstige Gelegenheit, im Interesse des sächsischen, ja des ganzen deutschen Proletariats eine wichtige revolutionäre

Arbeit zu verrichten. Da ohne ihre Unterstützung oder wenigstens ihre Duldung keine „sozialistische“ Regierung gebildet werden kann, konnten sie gewisse Bedingungen aufstellen, die der Revolution des Proletariats fördernd sein können und ohne die sie der „sozialdemokratischen“ Regierungsbildung ihre Unterstützung versagen können.

Eine kommunistische Partei kann natürlich in keiner Regierung Platz nehmen, die auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht und mit dem bürgerlichen Parlamente „regiert“. Eine kommunistische Partei, die die Errichtung der Diktatur des Proletariats anstrebt, kann unter keinen Bedingungen an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen. Sie kann aber eine bürgerliche Regierung — und eine „sozialdemokratische“ Regierung ist auch eine solche — dazu zwingen, gewisse Hindernisse aus dem Wege der proletarischen Revolution zu entfernen. Eine bürgerliche Regierung, auch wenn sie sich sozialdemokratisch nennt, bedeutet immer, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie ist. Solange die Bourgeoisie nicht, im Klassenkampfe niedergedrungen ist oder aber eine Regierung nicht diese Niederringung sich zum Ziele setzt, bleibt sie eine bürgerliche Regierung, wenn auch Hilferding ihr Finanzminister oder Dittmann ihr Arbeitsminister ist. Eine proletarische Regierung hingegen ist nur eine solche, die die Macht des Proletariats verwirklicht. Diese kann nur durch die Diktatur des Proletariats und durch die Räte verwirklicht werden. Dann ist sie aber keine Regierung, die aus Ministern besteht, sondern ein Rat, der aus Volkskommissären besteht. Nicht auf die Namen „Minister“ und „Volkskommissär“ kommt es an, diese Namen verkünden aber das Wesen einer jeden Regierung. Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats: eine Regierung kann nur eine der beiden Möglichkeiten vollziehen. Es ist natürlich, daß die sächsischen Kommunisten von vornherein den von den „Sozialdemokraten“ ihnen zugemuteten Gedanken zurückweisen mußten, in eine Koalitionsregierung mit ihnen einzutreten und so die Verantwortung für eine Diktatur der Bourgeoisie zu tragen. Das wäre Verrat gewesen, nicht aber „praktische Arbeit“, wie ihre Politik des Verrats die Sozialdemokraten so gerne nennen, um eben ihrem Verrat einen schönen Namen zu geben. Es blieb den Kommunisten, aber die Aufgabe, eine „sozialdemokratische“ Regierung möglich zu machen, sie jedoch vor Aufgaben zu stellen, die zu erfüllen einer heutigen bürgerlichen Regierung unmöglich ist, trotzdem sie dazu dienen, den momentanen Bedürfnissen der Massen abzuhielfen. Die Kommunisten müssen die durch Engels empfohlene Taktik anwenden, sie müssen durchführbare Vorschläge machen. Aber „durchführbar“ der Sache nach, einerlei ob die bestehende Regierung es kann. Sie müssen zum Sturz der kapitalistischen Produktion führenden Maßregeln vorschlagen, aber solche, die sachlich praktisch, aber für diese Regierung unmöglich sind.“

Mit solchen praktischen Vorschlägen werden die Kommunisten zweierlei erreichen: sie müssen den Massen beweisen, daß sie ihre momentane Not nicht mit der Vertröstung auf die Weltrevolution im allgemeinen abtun, sondern praktische, sofort wirksame Maßregeln gegen den Bankrott und Sabotage des Kapitalismus vorschlagen können. Zweitens: sie müssen den Massen beweisen, daß die Sozialdemokratie beiderlei Richtungen

diese Maßregeln nicht anwenden, dieselben zurückweisen, einzig deshalb, weil die Vorschläge revolutionär sind, trotzdem sie gleichzeitig doch praktisch und durchführbar sind. Somit werden die Sozialpatrioten entlarvt. Sie können sich nicht darauf berufen, daß die „sozialistische“ Regierungsbildung an den Kommunisten gescheitert ist, die Sozialpatrioten müssen zu den revolutionären Bedingungen und somit zur Revolution offene Stellung nehmen und ihren gegenrevolutionären Charakter selbst enthüllen.

Die Bedingungen der sächsischen kommunistischen Partei sind die folgenden:

Die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung soll im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen: für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen; für die ernsthafte Entwaffnung der Konterrevolution, der Orgesch und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums; für die Schaffung ernsthafter Selbstschutzorganisationen des Proletariats; für die sofortige Enteignung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe durch die Betriebsräte; für Versorgung der Arbeitenden mit billigen Lebensmitteln auf Kosten der Besitzenden; für Beschlagnahme aller überschüssigen Wohnräume der Reichen zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung; für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe; für die Verpflichtung der Gesamtunternehmerschaft, die Arbeitslosen in voller Lohnhöhe zu unterstützen. In diesem Falle werden die Kommunisten die zu bildende Regierung zur Durchführung dieser Maßnahmen parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.

Wie ersichtbar, lauter praktische Forderungen, deren größter Teil dazu dienen würde, der augenblicklichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung abzuhelfen. Trotzdem sie praktisch sind, sind sie zugleich revolutionäre Forderungen. In der heutigen Krise des Kapitalismus können eben die praktischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht ohne Revolution verwirklicht werden. Aber nicht das Proletariat, sondern der Kapitalismus trägt die Schuld daran, daß das Proletariat nicht einmal seine augenblicklichen Bedürfnisse ohne revolutionäre Maßregeln zu stillen imstande ist. In der Tat, wollte man nur eine der vorgeschlagenen Forderungen der kommunistischen Partei erfüllen, es loderte augenblicklich in hellen Flammen der Bürgerkrieg in Sachsen auf. Man soll versuchen, die Orgesch zu entwaffnen, man soll versuchen, das Proletariat zu bewaffnen; man soll versuchen, die stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe zu enteignen, sie wiedereröffnen und durch die Betriebsräte weiterführen zu lassen. Man soll versuchen, die Sabotage der Bourgeoisie zu brechen, die Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten in die Betriebe einzustellen oder aber die Wohnungen der Reichen zu requirieren, um den arbeitenden Proletariern ein Obdach zu verschaffen — sofort wird die demokratische Bourgeoisie zu den Waffen greifen und das Parlament samt ihren „sozialistischen“ Ministern zum Teufel jagen, oder aber diese Regierung wird gezwungen sein, will sie ihre Maßnahmen wirklich durchführen, die bewaffnete Kraft des Proletariats in Anspruch nehmen; der Bürgerkrieg wäre nicht zu vermeiden, die Revolution wäre da.

Das wissen die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen sehr gut. Die Mehrheitler hüteten sich wohl, die durch die Kommunisten gestellten Bedingungen zu erörtern und wiesen sie glatt ab. Das können die Rechtsunabhängigen nicht gut tun, da sie gerne als „Revolutionäre“ gelten und wenigstens den Schein ihres Revolutionarismus wahren möchten. Deshalb stellen sie auch ihrerseits gewisse Forderungen auf, die sie als minimale Forderungen bezeichnen, ohne die sie keine Koalition mit den Mehrheitlern zu bilden geneigt sind. Vorerst erklären sie, daß sie nur deshalb keine Diktatur des Proletariats und keine Räterepublik in Sachsen errichten, weil die Revolution in Sachsen allein nicht gemacht werden könne und die Reichsverfassung den einzelnen Landen keine genügende Autonomie gewähre, um den Sozialismus im eigenen Rahmen verwirklichen zu können. Also steht dem Sozialismus in Sachsen nichts gegenüber, außer daß er zur Reichsverfassung im Gegensatz steht. Schauen wir uns jetzt die Gegenforderungen der Rechtsunabhängigen an.

Die Bourgeoisie ist bis an die Zähne bewaffnet. Die Orgesch steht zum Losschlagen bereit da. Die Kommunisten, wie wir gesehen haben, fordern deshalb die ernsthafte Entwaffnung der konterrevolutionären Organisationen und die ernsthafte Bewaffnung des Proletariats. Die Unabhängigen fordern die Entwaffnung der Orgesch nicht. Sie erwähnen diese demokratische Institution mit keiner Silbe, wahrscheinlich deshalb, weil die deutsche Regierung sie offiziell nicht anerkennt und deshalb sie auch für die Rechtsunabhängigen nicht existiert. Und diese sind zur illegalen Tätigkeit nicht geneigt, auch dann nicht, wenn diese nur aus der Kenntnisnahme einer illegalen Organisation der Bourgeoisie besteht. Die Orgesch existiert offiziell nicht, also existiert sie überhaupt nicht. Und da sie nicht existiert, kann man auch ihre Entwaffnung nicht fordern. Hingegen fordern auch sie die Schaffung von „Institutionen“ zum Selbstschutz des Proletariats. Natürlich können diese „Institutionen“ sein, wie sie wollen. Sie müssen nicht aus der Bewaffnung des Proletariats bestehen. Die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats wäre das einzige Mittel zur Abwehr von Gegenrevolutionen, zugleich führte aber diese Methode zur Revolution. Das wollen aber die Rechtsunabhängigen nicht, denn das bedeutete nicht nur die Anerkennung der Revolution in Worten, sondern die revolutionäre Tat selbst. Und davor schrecken diese guten Revolutionäre, wie immer, auch jetzt zurück.

Das Proletariat leidet Elend. Die Arbeitslosigkeit steigt ins Riesenhafte. Die Werke sind geschlossen oder arbeiten verkürzt. Die Bourgeoisie sabotiert und wirft ihre Arbeiter auf die Straße, diese finden infolge der Wohnungsnot nicht einmal eine Unterkunft für sich und ihre Familie. Die kommunistische Partei fordert sofort wirksame Maßnahmen. Es sind genug Räumlichkeiten in einer jeden Großstadt, nur spreizen sich die Reichen darin. Es gibt genug Arbeitsgelegenheit, die Bourgeoisie sperrt aber ihre Arbeiter aus ihren Werken. Es gibt genügend Lebensmittel, um den Arbeiter besser zu versorgen als es heute geschieht, wenn man nur der Spekulation des reichen Bauers und der Schlemmerei der Reichen einen Damm vorlegt. Deshalb: Requieren der überflüssigen Wohnungen und Räumlichkeiten, Enteignen der stillgelegten Fabriken, Beschlagnahmung

der Lebensmittel, die zur Nahrung der arbeitenden Klassen notwendig sind. Das sind nicht einmal Forderungen des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft, das sind Maßnahmen zur Stillung der momentanen Bedürfnisse. Anstatt dessen fordern die Rechtsunabhängigen das Bauen von Wohnungen; nein, nicht einmal das, weil das auch höchst radikal wäre. Sie fordern nur, daß der Wohnungsbau „gefördert“ wird. Sie fordern, daß staatliche Fürsorge zu treffen ist zur Ernährung der werktätigen Bevölkerung, durch befriedigende Lebensmittelsendungen“. Von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, von Bekämpfung der Sabotage der Bourgeoisie keine Silbe, wahrscheinlich aus demselben Grunde, aus welchem sie von der Orgesch keine Erwähnung taten: der Kapitalismus anerkennt keine Arbeitslosigkeit, also existieren keine Arbeitslosen. Es gibt nur Fäulnizer und Arbeitsscheue. Mit ganzer Wucht wird aber das neueste Wundermittel der Hülferdinge, die Sozialisierung, gefordert. Die Kommunisten sagen: Enteignung der Werke, die Rechtsunabhängigen verlangen hingegen, daß die „Sächsische Regierung entschieden auf die Reichsregierung einwirke, damit die Produktionsmittel und der Warenaustausch sozialisiert werden“. Der Warenaustausch in sozialistischer Form, das ist der Sozialismus der Hülferdinge. Diese Forderung wird dann stilgemäß durch die andere, die bürgerliche Demokratie, verewiegend ergänzt: die Gemeindereform wird auf der Grundlage der „breitesten Autonomie“ gefordert. Also: Erhaltung der kapitalistischen Produktion und des kapitalistischen Warenaustausches „in sozialisierter Form“ und Erhaltung der bis an die Zähne bewaffneten deutschen Demokratie.

Auf Grundlage dieser Forderungen haben die Rechtsunabhängigen Sachsens beschlossen, mit den Mehrheitssozialisten zwecks Bildung einer Regierung in Verhandlung zu treten. Diese Regierung wird auch zustande kommen. Sie wird sich aber auch auf die bürgerlichen Parteien stützen müssen, da sie die revolutionären Forderungen der Kommunisten zu erfüllen weder geneigt noch imstande sein wird. Sie wird, trotzdem sie sich „sozialistisch“ bezeichnen wird, eine gegenrevolutionäre Politik betreiben müssen. Die Kommunisten aber werden darauf hinweisen können, daß sie geneigt wären, eine die Revolution fördernde Politik im vollen Maße zu unterstützen, sie werden auch dem unaufgeklärtesten deutschen Arbeiter klar machen können, was für „sozialistische“ Parteien es sind, welche lieber die Befehle der Bourgeoisie ausführen, damit sie ja nicht solche Maßnahmen zu ergreifen genötigt seien, welche der Bourgeoisie zwar schaden, dem Proletariat aber sofort wirksam nützen würden.

Damit erfüllen die Kommunisten in Sachsen ihre Aufgabe im Parlament: sie entlarven nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Handlanger, die Sozialpatrioten. Sie betreiben einen revolutionären Parlamentarismus.

QUELLEN

- Anton Pannekoek Der Imperialismus...., in: VOR-
BOTE, Internationale Marxistische
Rundschau, Hg. A. Panne-
koek und Henriette Roland-Holst.
Nr.1, Januar 1916 (Düsseldorf).
S.7-19.
- Die Entwicklung....., in: KOM-
MUNISMUS, Zeitschrift der Kom-
unistischen Internationale,
1.Jg. Heft 28/29, 1. August
1920 (Wien: Verlag der KP Deutsch-
österreichs. Redaktion: Gerhart
Eisler). S.976-1018.
- G.L. (Georg Lu- Zur Organisationsfrage...., in:
kács) KOMMUNISMUS, 1.Jg. Heft 3, 8.Fe-
bruar 1920. S.14-18.
- Zur Frage des Parlamentarismus,
in: KOMM., 1.Jg. Heft 6, 1.März
1920. S.161-172.
- Paul Friedländer Die Beteiligung...., in: KOMM.,
(Ernst Reuter) 1.Jg. Heft 24, 26.Juni 1920.
S.811-820.
- L.R. (Rudas) Revolutionärer Parlamentarismus,
in: KOMM., 1.Jg. Heft 46, 14.De-
zember 1920. S.1667-1674.

